

Simonetta Sommaruga, Emil Ludwig, Michael Lauber, Globi

Nummer 9 – 26. Februar 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Sergio Ermotti: Der mutige Schweizer

Der UBS-Chef wagt sich aus der Deckung. *Von Roger Köppel*

Bordellbesuch auf Staatskosten

Mordfall Adeline M. Eine Serie in mindestens drei Teilen. *Von Alex Baur*

Die Akte Meyer-Fürst

Erstmals spricht der umstrittene Schönheitschirurg. *Von Rico Bandle*



Magnesium-Power für den Alltag

- ✓ Einfach 1x täglich 1 Beutel
- ✓ Trinkgranulat reich an Magnesium
- ✓ Mit frischem Orangengeschmack



Zur Nahrungsergänzung.

Erhältlich in Ihrer Apotheke oder Drogerie.

BioMed[®]

Intern

Die Genfer Regierung möchte mit einer amts-internen Untersuchung einen Schlussstrich ziehen unter den Mordfall Adeline M. Sie will die Hinterbliebenen der Therapeutin, die vom Rückfalltäter auf einem Freigang im September 2013 ermordet wurde, mit 60 000 Franken Schmerzensgeld zum Schweigen verpflichten. Ist es damit wirklich getan? Alex Baur ist dem Fall nachgegangen. Dabei stiess er auf teilweise haarsträubende Zustände beim Genfer Jus-



Haarsträubende Zustände: Mordopfer Adeline M.

tizvollzug, aber auch bei der Begutachtung von Gewalttätern. In einer ersten Folge einer mehrteiligen Serie beschreibt unser Autor das lockere Regime im Genfer Gefängnis La Pâquerette, in dem brandgefährliche Verbrecher resozialisiert werden, sowie die von langer Hand geplante Flucht des Mörders Fabrice Anthamatten. **Seite 38**

Das Gebäude ist eine Sünde in Beton, aber die Lage könnte nicht besser sein. Von seinem aufgeräumten Büro an der Berner Taubenstrasse sieht Bundesanwalt Michael Lauber direkt auf das Bundeshaus, von der hinteren, aber schöneren Seite, die der Aare zugewandt ist. Die Fragen von Philipp Gut waren unbequem, aber Lauber blieb verbindlich und gab sich selbstkritisch. Im Interview erklärt er, was besser werden muss, damit die Bundesanwaltschaft nicht mehr solche Fehlschläge wie im Fall Holenweger, bei den Hells Angels oder jüngst bei einem grossen Mafiaverfahren produziert. Und ja, es stimmt: Der Händedruck von Lauber ist wirklich so langanhaltend und stark, wie es die Legende will. **Seite 50**

Dass der Kreml verstimmt ist über die Schweiz, weil sie sich gefügig und flott den Wirtschaftssanktionen der EU anschloss, haben führende russische Repräsentanten deutlich gemacht. Doch zum Glück leiden die Konsumenten in Russland noch nicht unter einem Schweizer Exportstopp (es sei denn, sie kauften Güter, die sich irgendwie rüstungstechnisch verwenden liessen). Für die grosse Mehrheit der Bevölkerung freilich ist vorgesorgt, davon konnte sich *Weltwoche*-Reporter Wolfgang Koydl mit eigenen Augen überzeugen, bevor er zum Gespräch in der Duma empfangen wurde: Die wirklich relevanten Schweizer Produkte sind nach wie vor zu haben: Schokolade, Käse und vor allem Uhren – von der Volks-Swatch bis zur Oligarchen-Bréguet. **Seite 48**

Ende Januar berichtete die SRF-Konsumentensendung «Kassensturz» über eine missratene Brustoperation des 78-jährigen Zürcher Schönheitschirurgen Peter Meyer-Fürst. Die Empörung über «Pfuscherchirurgen» hält bis heute an. Von *Blick* bis *NZZ* sind sich alle einig: Meyer-Fürst muss dringend ferngehalten werden von operationswilligen Frauen. Wie steht der angeschuldigte Arzt zu den Vorwürfen? Meyer-Fürst hat bisher eisern geschwiegen. Redaktor Rico Bandle ist es gelungen, ein Treffen mit ihm zu vereinbaren. In der mittlerweile geschlossenen Tagesklinik am Bellevue hat er ein langes Gespräch mit dem energiegeladenen, kampfeslustigen Schönheitschirurgen geführt – und einige Überraschungen erlebt. **Seite 30**

UBS-Chef Sergio Ermotti wühlt die Schweiz auf. Seine Kritik der Politik trifft zu. **Seite 12**
Ihre Weltwoche

CP
CRESTA
PALACE
Frühlingsbote
SKI-(S)PASS CHF 35.-
Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Direkt bei Skilift, Gondelbahn, Skischulen und Loipen.
7 Tage Zi./Frühstück ab CHF 1225.- im DZ/Person
Ab 2 Nächten:
Skipass für CHF 35.- pro Person/Aufenthaltsstag
Wintersaison bis 12. April 2015
★★★★★
CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren
das Bergjuwel

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.- (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.- (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Florian Schwab,
Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Christoph Landolt,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,
Deborah Neufeld, Daniela Niederberger,
Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),
Simon Keller, Martin Kappler (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,
Sandra Noser, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini
und Stephan Schwab (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninndienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schon Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Rund 10'000 Produkte, selber hergestellt.



VON UNS.
VON HIER.



Mehr auf: www.vonuns-vonhier.ch



Was uns am Herzen liegt, das machen wir selber. Deshalb stellen wir viele Migros-Produkte in unseren eigenen Schweizer Betrieben her.

MIGROS
Ein **M** einzigartiger.

Fall Sika

Die Eigentümer sollen enteignet werden. Jetzt mischt sich Bundesrat Schneider-Ammann ein. Von Roger Köppel

Seit Monaten tobt eine betrübliche Übernahmeschlacht um den Schweizer Baumittelkonzern Sika. Die Eigentümerfamilie Burkard will das Unternehmen an einen französischen Konkurrenten verkaufen. Dagegen wehren sich erbittert Angestellte, Verwaltungsräte, Manager, Aktionäre und das ihnen zugewandte Medienhaus Ringier machen massiv Stimmung gegen die Transaktion. Der bekannte Zürcher Anwalt Peter Nobel hat versucht, in einem Gutachten die Stimmrechtsmehrheit der Burkards juristisch wegzuzaubern. Die Eigentümer sollen daran gehindert werden, ihre Eigentümerrechte wahrzunehmen.

Es kann doch keinen Zweifel geben: Die Eigentümerfamilie ist im Recht. Die Burkards halten 16 Prozent der Aktien und 52 Prozent der Stimmrechte. Sie haben also eine kontrollierende Mehrheit am Unternehmen. Sie haben das Sagen. Die Tatsache, dass bestimmte Aktien mehr Stimmrechte haben als andere, war und ist allen Beteiligten bekannt. Die Angestellten wussten, dass die Familie die Mehrheit hatte. Die anderen Aktionäre wussten, dass nicht alle Aktien die gleichen Stimmrechte haben. Niemand hätte bei Sika arbeiten, niemand hätte in Sika investieren müssen, wenn ihm diese Konstruktion, die vollkommen legal ist, nicht gefallen hätte. Die Sachlage ist klar. Der Eigentümer entscheidet. Wer zahlt, befiehlt.

Trotzdem: Die Angestellten, die ihnen helfenden Aktionäre, Journalisten und Anwälte versuchen jetzt, die Eigentümer zu enteignen. Sie setzen alles daran, den Verkauf zu verhindern. Die Topmanager lehnen sich öffentlich auf. Es gab Pressekonferenzen, Anschuldigungen, Interviews. Die Burkards wurden mit Vorwürfen eingedeckt und durch den medialen Schlamm gezogen. Eigentlich werden Manager und Verwaltungsräte dafür bezahlt, dass sie den Wert des ihnen vom Eigentümer anvertrauten Unternehmens steigern. Die Sika-Angestellten machen das Gegenteil. Sie reden die Eigentümer schlecht, sie reden den Verkauf schlecht, sie reden ihre Firma schlecht. Entsprechend sank der Börsenwert.

Die Rolle des Staates in diesem Drama wäre klar: Eine der wichtigsten Staatsaufgaben ist der Schutz des privaten Eigentums. Das ist der Kern unseres modernen bürgerlichen Rechtssystems. Wo das Eigentum nicht mehr gesichert ist, muss der Staat eingreifen und die Ordnung wiederherstellen. Bis jetzt ist davon wenig zu



«Die Schweiz schwankt.»

sehen. Die politische Stimmung wird sogar von bürgerlicher Seite gegen die Eigentümerfamilie angeheizt. Die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger hobelt gegen den Verkauf und spricht faktenwidrig von «Missbrauch». CVPLer und SVPLer wettern für einmal einträchtig an der Seite der SP.

Ganz heftig teilte die Zürcher FDP-Frau Doris Fiala aus. Sika werde von den Franzosen «wahrhaft ausgeblutet», weiss die Politikerin. Schlimmer noch: «Die Gründerfamilie Burkard hat das Management, die Aktionäre und die Öffentlichkeit massiv getäuscht – es ist, wie wenn man links blinkt und dann rechts abbiegt.»



Fiala biegt links ab. Sie irrt mit ihrem Angriff auf die Eigentümerrechte. Seit wann darf ein Unternehmer keine geheimen Verhandlungen über den Verkauf seiner Firma führen? Muss sich Fiala jetzt auch entrüsten, weil Nationalbank-Präsident Thomas Jordan die Frankfurter Grenze aufhob, ohne die FDP vorab zu informieren? Klar. Man kann sich immer über den Stil einer Kommunikation unterhalten. Aber bei Sika geht es nicht um Stil, sondern ums Grundsätzliche. Es geht um das Menschenrecht, dass Eigentümer über ihr Eigentum im Rahmen des Rechts verfügen dürfen.

Der Fall hat inzwischen die obersten Etagen des Bundeshauses erreicht. Urs Burkard wurde vom freisinnigen Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann zum vertraulichen Gespräch aufgeboten. Das verheisst nichts Gutes. Schneider-Ammann war Unternehmer, heute ist er Interventionist. Es ist Wahljahr. Die Gefahr besteht, dass auch der Bundesrat aus Langenthal ähnlich falsch abbiegt wie Parteifreundin Fiala. Die Versuchung ist gross, durch eine medienwirksame «Rettung» von Schweizer Arbeitsplätzen politisch punkten zu wollen. Schneider-Ammann mahnt die Schweizer gerne an, keine währungsoptimierten Einkäufe im benachbarten Euro-Ausland zu tätigen. Auch er wird, vermuten wir mal, gar keine Freude haben, dass eine Schweizer Industriepelz an die Franzosen verkauft werden soll.

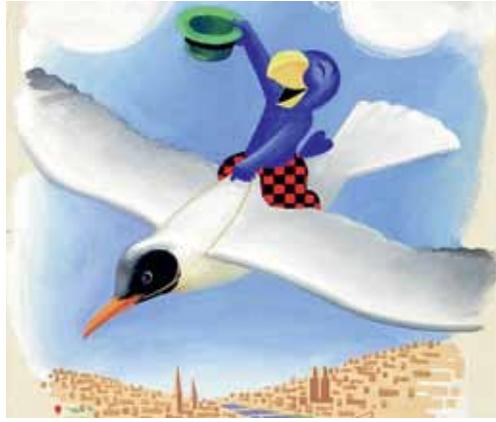
Das alles sind misstrauische Vermutungen. Hoffen wir also, dass Schneider-Ammann genau das Gegenteil macht, dass er der Familie Burkard den Rücken stärkt, dass er die aufbegehrenden Angestellten zur Ordnung ruft und dass er sich dafür einsetzt, dass die Eigentümerrechte wieder ernst genommen werden.

Denn hier liegt der tiefere Sinn des Vorgangs. Die Schweiz war über Jahrzehnte, vielleicht über Jahrhunderte, die Alpenfestung der Rechtssicherheit. Generationen von Schweizern und Ausländern haben ihr Geld hier angelegt im festen Glauben, dass es ihnen niemand wegnimmt. Diese Rechtssicherheit hat in den letzten Jahren arg gelitten. Das Bankkundengeheimnis wurde fallengelassen. Ausländische Steuerbehörden greifen ungehindert durch. Im Bankenstreit mit den USA wollte der Bundesrat die eigene Rechtsordnung verbiegen. Das sind nicht die Signale, die man in der Welt von der Schweiz erwartet. Der Bundesrat muss die Rechtsordnung schützen, nicht aufweichen.

Der Fall Sika passt hier ins Bild. Gewiss: Noch sind die Burkards nicht enteignet. Der Verkauf kann immer noch wie beabsichtigt über die Bühne gehen. Der Schaden allerdings ist ange richtet. Die rebellierenden Verwaltungsräte haben Vertrauen zerstört und vielleicht sogar schon das Unternehmen beschädigt. Es wurde eine Stimmung geschaffen, in der man nicht mehr sicher ist, ob in der Schweiz das Eigentum noch sicher ist. Die Schweiz schwankt.



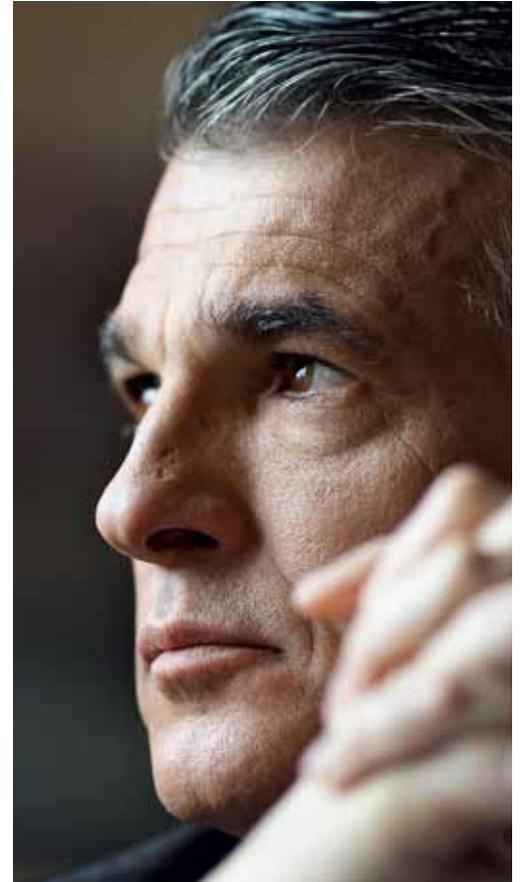
Gegenangriff: Peter Meyer-Fürst. Seite 30



Vom Schelm zum Bünzli: Globi. Seite 42



Flirt-Guru: Julien Blanc. Seite 56



Im Wirtschaftskrieg: Sergio Ermotti. Seite 12

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar** Bersets leere Behauptung
- 9 **Im Auge** Niall Leonard, Mister Fifty Shades
- 10 **Franken** Katastrophenlust
- 10 **Steuern** Unmögliche Mission
- 10 **Europa** Mut- und ratlos
- 11 **Zürcher Universitätsaffäre** Die Aufklärer löschen das Licht
- 11 **Krawall** Berns Polizei
- 12 Sergio Ermotti: Der mutige Schweizer**
Der UBS-Chef verblüfft mit einem Warnruf
- 15 **Zuwanderung** Im Herz der Finsternis
- 16 **Die Deutschen** Jüdisches Roulette
- 16 **Wirtschaft** Bedrohliche Verzerrungen
- 17 **Ausland** Terrorabwehr mit Wenn und Aber
- 18 **Mörgeli** Ganz gemütlich griechisch grillen
- 18 **Bodenmann** Mühlemann, Ospel, Ermotti, Weber
- 19 **Medien** 5 nach 12 für «10 vor 10»
- 19 **Gesellschaft** Vorbilder
- 20 **Leserbriefe**/Darf man das?

Hintergrund

22 Die Sommaruga-Show

Die Nachlässigkeiten der Bundespräsidentin

25 Wo soll das enden?

Der Schweizer Fiskus wird immer gieriger

26 Statistik Mehr Staat in Zahlen

28 Sparwahn

Moralisten wollen das Volk erziehen – gegen jede Vernunft

30 Die Akte Meyer-Fürst

Der illustre Schönheitsarzt am Fernseh-Pranger

33 Fernsehen «Kassensturz» stellt Gemeinde bloss

34 Schattenbank im Bundeshaus

Die Doppelmoral des Eidgenössischen Finanzdepartements

36 Marx, Mengele und Mohammed

Die europäischen Vorbilder der Dschihadisten

38 Bordellbesuch auf Staatskosten

Mordfall Adeline M. (Serie, Teil 1)

41 La Pâquerette Resozialisierung im Bordell

42 Fifty Shades of Globi

Globi, alter Schelm, was ist bloss aus dir geworden?

45 Wahhabs Botschaft für die Welt

Saudi-Arabiens erkonservative Staatsreligion (Serie, Teil 2)

48 Berner Diplomatie per SMS

Die Schweiz setze ihre Neutralität aufs Spiel, kritisiert Moskau



«Das darf nie passieren»: Bundesanwalt Lauber. Seite 50

Interview

50 «Keiner, der aus der Hüfte schießt»

Die Bundesanwaltschaft macht seit Jahren mit Fehlschlägen Schlagzeilen. Bundesanwalt Michael Lauber mahnt eine selbstkritische Haltung an

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Hüftschwung in Glas

56 Zurück in die Steinzeit

Wie der gebürtige Schweizer Julien Blanc die Frauen gefügig macht

58 Bestseller

58 Die zwei Leben des Emil Ludwig

Der Unbekannte, der Mussolini interviewte, Roosevelt beriet und Bestseller schrieb

60 Top 10

60 Kino «Red Army»

61 Jazz Andreas Schaerer's Hildgard lernt fliegen

62 Namen Gästeliste des Zürcher Opernballs

63 Hochzeit Mara Braun und Alexander Pfeiffer

63 Thiel Eigengoalie

64 Wein Cantina Mesa: Opale Vermentino di Sardegna DOC

64 Zu Tisch Restaurant «Pearl», Winterthur

65 Auto Mercedes S500 Plug-in Hybrid lang

66 MvH trifft Peter «Marvey» Wollenmann, Magier

Autoren in dieser Ausgabe

Sarah Pines



Die Literaturwissenschaftlerin und Autorin hat in Köln, Düsseldorf und Stanford studiert. In ihrem Artikel porträtiert sie den gebürtigen Schweizer Julien Blanc und dessen umstrittenen Flirtmethoden, die er weltweit an Seminaren propagiert. Seite 58

Dagmar Just

Die Buchautorin und profilierte Kulturjournalistin lebt und arbeitet in Berlin. In dieser Ausgabe porträtiert sie Emil Ludwig (1881–1948). Der grosse Schweizer Schriftsteller jüdischer Abstammung ist völlig zu Unrecht in Vergessenheit geraten. Seite 56

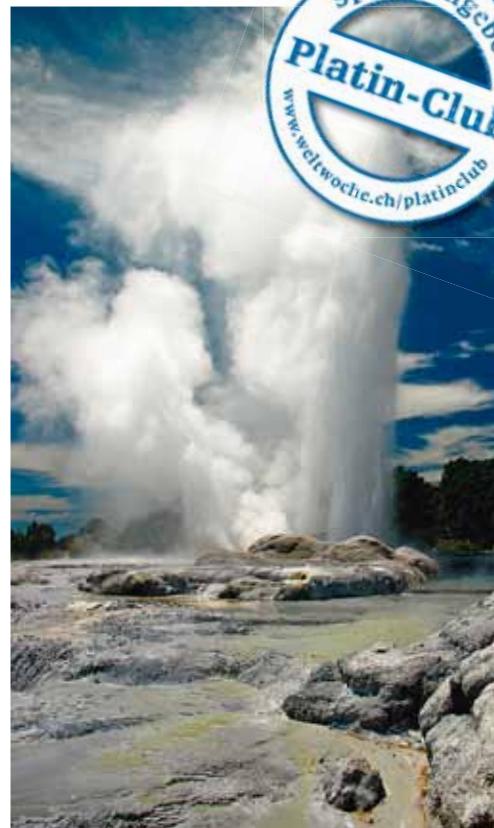
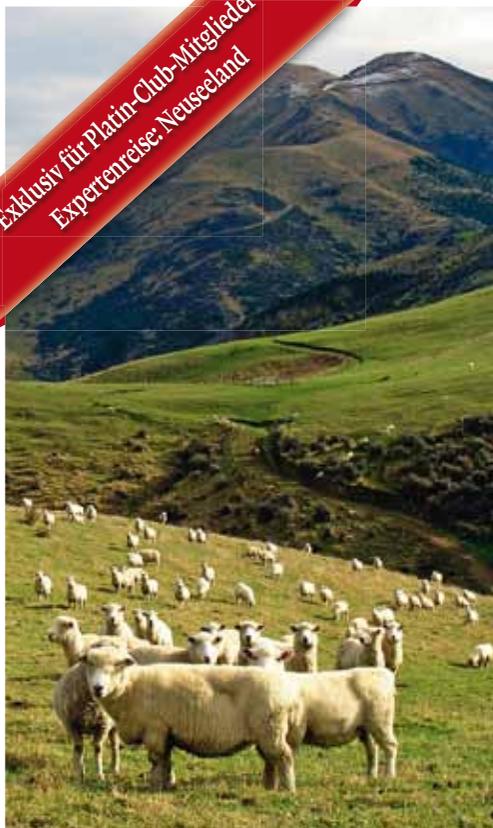
Blättern wie im gedruckten Heft.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das E-Paper noch mehr Lesevergnügen. Beachten Sie den Link auf unserer Website.



DIE WELTWOCH

Exklusiv für Platin-Club-Mitglieder
Expertenreise: Neuseeland



Weltwoche-Expertenreise nach Neuseeland

Auf James Cooks Spuren

Entdecken Sie die atemberaubenden und verborgenen Seiten von Neuseeland. Ihr fachkundiger Begleiter ist der langjährige Korrespondent und Reisebuchautor Urs Wälterlin.

Auch über 240 Jahre nach der waghalsigen Erkundung durch Captain James Cook aus dem englischen Yorkshire hat die Faszination der beiden Hauptinseln im südwestlichen Pazifik nicht abgenommen. Als Weltwoche-Leser haben Sie nun die einmalige Gelegenheit, die andere Seite des Globus in fachkundiger Begleitung kennenzulernen.

Auf der dreiwöchigen Reise geniessen Sie die unglaublichen Naturschönheiten von Geysiren und Jahrmillionen alten Gletschern, die sich im dampfenden Regenwald verlaufen. Oder das Farbenspiel von schneebedeckten Gipfeln, stahlblauen Seen und endlosen Wiesen. Sie entdecken Orte, an die nur wenige Touristen gelangen: die von Kiwis und Gelbaugenpinguinen bevölkerte Stewart-Insel, den charismatischen Taranaki-Vulkan oder mit dem Schiff den Doubtful-Sound-Fjord.

Unterwegs begegnen Sie Angehörigen von Maori-Stämmen und lernen den Teufelskreis von Segregation, Alkoholismus und Arbeitslosigkeit kennen. Beim Besuch der modernen

Zentren von Auckland, Wellington und Christchurch spüren Sie einen Hauch von Good Old England, und beim Essen auf einer Farm erzählen Ihnen die Bauern über die Herausforderungen der neuseeländischen Landwirtschaft. Sie werden empfangen von der Schweizer Botschafterin und erfahren im Gespräch mit einem ausgewanderten Landsmann spannende Hintergründe über das Leben am anderen Ende der Welt.

Ihr begleitender Experte

Der gebürtige Basler Urs Wälterlin lebt mit seiner Familie seit über zwanzig Jahren in



Australien, wo er als Neuseeland- und Ozeanien-Korrespondent für Schweizer und ausländische Printmedien und Radiosender berichtet. Er wird Sie auf der Reise durch Neuseeland während zehn Tagen begleiten.

Platin-Club-Spezialangebot

Expertenreise für Weltwoche-Leser Neuseeland

mit Urs Wälterlin:

21. Oktober bis 13. November 2015

Reisearrangement

Für Abonnenten: Fr. 10 900.–

Für Nichtabonnenten: Fr. 11 100.–

Detailprogramm/Anmeldeformular

Weitere Informationen zur Reise sowie das Anmeldeformular finden Sie auf www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter

Reiseveranstalter ist die auf Expertenreisen spezialisierte Reiseagentur cotravel in Allschwil BL (www.cotravel.ch).
Telefon: 061 308 33 00
E-Mail: cotravel@cotravel.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Bersets leere Behauptung

Von Philipp Gut — Der Streit um das Schulfranzösisch eskaliert. Der Bund schlägt martialische Töne an und droht den Kantonen. Ihm fehlen die sachlichen Argumente.



An der Praxis vorbei: Bildungsminister Berset.

Es sind Töne, wie man sie in der friedlichen, vielfältigen und föderalistischen Schweiz selten hört. «Verwaltung und Politiker skizzieren Ideen, um abweichende Kantone zu disziplinieren», meldete der *Tages-Anzeiger*. Die Sache sei «nicht verhandelbar». Die Regierung in Bern und mit ihr eine Reihe von National- und Ständeräten sieht gar den «nationalen Zusammenhalt» in Gefahr.

Das klingt fast, als stehe ein neuer Sonderbundskrieg bevor. Keine Verhandlungen, keine Gefangenen. Bedingungslose Kapitulation.

Dabei ist das Thema, das die Zentralregierung mit der Keule drohen lässt, vergleichsweise harmlos. Es geht um die Frage, ob in der Primarschule als erste Fremdsprache Englisch unterrichtet wird statt einer zweiten Landessprache, meist Französisch.

SP-Bundesrat Alain Berset, selber französischsprachig, hat schon wiederholt ein autoritäres Eingreifen des Bundes angedroht, falls sich einzelne Kantone erdreisteten, Englisch dem Französischen vorzuziehen. Nun erhält der welsche Magistrat, wen wundert's, Rückenbedeckung durch seine eigenen Beamten. Der Bund sei durch die Verfassung sogar verpflichtet, gegen widerspenstige Kantone vorzugehen und das Primat des Französischen durchzusetzen, schreibt das Bundesamt für Kultur in einem Bericht, den es letzte Woche vorstellte.

Dieser Publikationstermin dürfte kein Zufall sein. Am 8. März stimmt der Kanton Nidwalden über eine Volksinitiative ab, die nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe will. In anderen Kantonen laufen ähnliche Bestrebungen. Das Thurgauer Parlament möchte den obligatorischen Französischunterricht aus dem Lehrplan der Primarschule entfernen. St. Gallen prüft ebenfalls eine Verschiebung auf die Oberstufe. Und in Luzern, Graubünden und jüngst in Zürich gibt es Volksinitiativen mit dem Ziel, dass auf der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird.

Diese Vorstösse kommen von unten – und aus der Praxis. Treibende Kräfte sind vielerorts die Lehrer. Sie argumentieren aus der täglichen Erfahrung: Viele Schüler, vor allem solche ausländischer Herkunft, hätten schon genug Mühe mit dem Deutschen.

Zudem wissen die betroffenen Lehrer, dass das vor einigen Jahren mit viel Aufwand eingeführte Frühfranzösisch kaum etwas bringt. Ob ein Schüler schon in der Primarschule in den Genuss von Französischunterricht kommt oder erst ab der Oberstufe: Die Leistungen am Ende der obligatorischen Schulzeit unterscheiden sich nicht. Das zeigen auch verschiedene nationale und internationale Studien.

Näher bei der Wirklichkeit

Sachlich gibt es daher keinen Grund, die erwähnten Vorstösse in den Kantonen zu verbieten. Zumal der Siegeszug des Englischen als Lingua franca, als Weltsprache, die überall gebraucht und verstanden wird, ungebremst voranschreitet.

Mit Verlaub, Monsieur Berset: Ihre Behauptung, es stehe nichts Geringeres als der Zusammenhalt des Landes auf dem Spiel, ist sinnleere Rhetorik. Ist etwa das Tessin aus der Schweiz ausgetreten, bloss weil unsere Drittklässler nicht Italienisch lernen? Natürlich nicht.

Vermutlich spüren die Zentralisten selber, dass ihnen die Argumente fehlen. Wieso sonst rufen sie nach Zwang, Disziplinierung und «Bundesintervention», wie Christoph Eymann, der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz?

Die Schweiz ist mit ihrem Föderalismus in Bildungsfragen gut gefahren. Warum das so ist, zeigt gerade auch der aktuelle Streitfall: Föderalistische Politik ist näher bei den Bürgern. Und näher bei der Wirklichkeit.

So armlos



Niall Leonard, *Mister Fifty Shades*.

Als sich Erika, heute 52, und Niall, 56, auf der Filmhochschule erstmals begegneten, trug er gerade eine nackte Schaufensterpuppe ohne Arme an ihr vorbei. Sie witzelte: «Wie armlos.» Sie machte Karriere als Produzentin beim Fernsehen, er schrieb Drehbücher für die BBC, verheiratet sind sie seit 28 Jahren, zwei Söhne kamen hinzu, die sich aber schämen, *mommy's* Film im Kino anzuschauen, den die Kritiker nur mit der Pinzette oder mit Gummihandschuhen anfassen. Dafür macht sich das Massenpublikum total entfesselt über die Bestsellertrilogie «*Fifty Shades of Grey*» (Auflage 100 Millionen) her und törnt sich auch noch mit diesem ganzen Sadomaso-Zeugs an, mit Reizwäsche, Toys und sogar einem Enthemmungswein («*Red Satin*»), die Erika Leonard unter ihrem Pseudonym und Markennamen E. L. James verramscht. Verglichen mit ihr bleiben selbst Harry Potter oder Stieg Larsson Waisenknaben.

Hingegen lastet auf Mister Niall Leonard das Stigma, er sei als unheimlicher Marquis de Sade die Vorlage dieses Lustmolchs, worüber ein Gentleman nur lacht. Bei ihnen, auch hinter den Mauern der neubezogenen standesgemässen Villa, gäbe es kein Folterkabinett. Sie hatten sich geschworen, niemals gemeinsam zu arbeiten, sagt Ehemann Niall. Er wusste, Drehbuchautoren wie er werden in der Branche wie der letzte Dreck behandelt, wie Masochisten. Sie als Produzentin hatte die berufliche Dominanzrolle, sie entschied. Aber als er dann «immer öfter alleine vor dem Fernseher sass, statt mit ihr über lausige Serien zu lästern», begann er doch, «an einem Abend pro Woche», die Texte zu lesen, die sie jede freie Minute im Gartenhäuschen in den Laptop hämmerte. «Und wir haben uns dabei tatsächlich nicht umgebracht, obwohl sie keinen einzigen meiner Änderungsvorschläge berücksichtigte.» Aber aus den Ketten befreit hat die Autorin E. L. James mit ihrer Fesselungssaga unzweifelhaft ihren Liebsten. Niall löste aufgrund der neuen familiären Einkommenslage seinen Knechtschaftsvertrag als TV-Autor und ist jetzt selber freischaffender Dichter. Und statt VW fährt er einen ultrafortschrittlichen Tesla S.

Peter Hartmann

Katastrophenlust

Von Markus Schär — Der starke Franken macht manche immun gegen harte Fakten.

Die Schwarzmalerei greifen wieder zu den dicken Pinseln. Nachdem die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative bisher nicht zum Untergang der Schweiz geführt hat, fürchten sie jetzt wegen der Aufgabe des Euro-Mindestkurses das Ende für das Land: «Eine hausgemachte Katastrophe!», schimpft alt Preisüberwacher und SP-Nationalrat Rudolf Strahm immer noch über den Entscheid der Nationalbank. Das geringste Minus muss deshalb als Omen herhalten, dass die Apokalypse droht.

So in der Aussenhandelsstatistik: «Januar 2015: getrübler Jahresstart», unkte die Zollverwaltung im Titel ihrer monatlichen Medienmitteilung, die gewöhnlich kaum jemand zur Kenntnis nimmt. Die Journalisten schlürften denn auch die schlechte Nachricht gierig auf. «Seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses zittern Schweizer Unternehmer vor dem grossen Exporteinbruch», dichtete die Schweizerische Depeschagentur. «Die Aussenhandelszahlen vom Januar deuten nun an, dass die Befürchtungen Realität werden könnten.» Und Roger Schawinski bot, weil «die Exporte im Januar im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sind», für seine Talksendung auf SRF gleich zwei Topexperten auf, um zu beraten, «wie die Schweiz die grosse Herausforderung meistern könnte, die es so in ihrer Geschichte noch nie gab». (2009 bis 2011 sank der Euro von Fr. 1.60 auf Fr. 1.–, 1971 bis 1979 der Dollar von Fr. 4.30 auf Fr. 1.80.)

Dabei findet sich in der Medienmitteilung von der drohenden Katastrophe keine Spur. Die Zollverwaltung stellt fest, die Exporte seien im Januar gegenüber dem Vorjahr um 4,4 Prozent gesunken – bereinigt, da es diesmal im Januar einen Arbeitstag weniger gab, aber um 1,2 Prozent gestiegen, nachdem sie im Dezember abgenommen hatten. Von der Frankenstärke steht in der Mitteilung kein Wort, der Zuständige bei der Zollverwaltung wies erst nachfragende Journalisten darauf hin, dass die Nationalbank ihren Entscheid erst Mitte Januar getroffen hatte, weshalb er sich noch kaum auf die Exporte auswirkte.

Roger Schawinski, der seine Gesprächspartner gerne als promovierter HSG-Ökonom belehrt, sagte denn auch in der Sendung kein Wort mehr davon. Er konnte sich zurücklehnen: Professor Reiner Eichenberger, der zu erklären versuchte, dass der starke Franken die Schweizer reicher macht, wurde von Rudolf Strahm ständig unterbrochen, beleidigt und verhöhnt.

Unmöglich

Von Beat Gygi — Was das Global Forum der OECD will, kann die Schweiz nicht erfüllen.

Die Schweiz bereitet sich auf eine Prüfung vor, die sie eigentlich gar nicht mit lauten Mitteln bestehen kann. Das sogenannte Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke, das im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Informationsaustausch zwischen Staaten regeln und möglichst beschleunigen soll, wird nächstens wohl die Praxis der Schweizer Behörden untersuchen. Das Global Forum ist um 2000 herum geschaffen, als Hochsteuerländer in der OECD den Kampf gegen sogenannte



Krankes Recht: Generalsekretär Gurría.

Steueroasen und Länder mit niedrigen Steuern aufnahmen. Heute sind gut 120 Staaten im Global Forum, und die OECD mit Generalsekretär José Ángel Gurría ist quasi zur Koordinationsstelle der Regierungen geworden, die sich beim Verfolgen mobiler Steuerzahler gegenseitig helfen.

Wer gegen deren Regeln zum intensiven gegenseitigen Informationsaustausch in Steuerfragen und zur Einschränkung des Steuerwettbewerbs verstösst, kommt auf eine schwarze Liste. Die Schweizer Regierung hatte sich früher gegen solche Übergriffe gewehrt, heute macht sie mit. Zurzeit befindet sie sich in einem Examen, in dem zunächst die Institutionen und Gesetze beurteilt werden. Die Bundesbehörden hoffen, bald in die zweite Phase zu gelangen, in der dann die Praxis des Informationsaustausches untersucht wird, etwa das Verhalten bei Amtshilfeverfahren. Das Schweizer Gesetz lässt Amtshilfe nicht zu, wenn die Anfrage auf der Grundlage gestohlener Daten erfolgt, aber die OECD fordert auch in solchen Fällen den Informationsaustausch. Luxemburg wurde nach einer entsprechenden Weigerung auf eine schwarze Liste gesetzt und gab dann nach. Für die Schweiz kann es diesen Weg in ein krankes Recht aber nicht geben.

Mut- und ratlos

Von Wolfgang Koydl — Ob Brüssel oder Bern: Die Politik kennt keine Alternativen mehr.

Wer die Wahl hat, weiss der Volksmund, hat die Qual: Scholle oder Steak, Bergwandern oder Badeferien, die Brünette oder die Blonde – Entscheidungen sind nie einfach. Wähle ich das eine, verzichte ich auf das andere, und vielleicht liege ich total daneben. Ein Restrisiko bleibt immer. Eine Ausnahme bildet die Politik. Hier liegt die Qual oft darin, dass es keine Wahl gibt. Egal, was ich aus dem sozialbürgerlichgrünliberalen Eintopf herausfische – es schmeckt eh alles gleich.

Nicht so in Griechenland. Die glücklichen Hellenen hatten bei der letzten Parlamentswahl wirklich eine Alternative zwischen Weiterwursteln und Neuanfang. Sie entschieden sich für den Bruch mit der Vergangenheit und wählten mehrheitlich Politiker, die weder über Regierungserfahrung noch über Krawatten verfügen. Zum Teufel mit dem Risiko.

Bei derart halsbrecherischen Entscheidungen kann natürlich einiges schiefgehen. Deshalb können die Griechen von Glück reden, dass sie fürsorgliche europäische Partner haben, die sie vor dem Schlimmsten bewahren. Die in Brüssel versammelten Freunde haben ihnen soeben klargemacht, dass sie eigentlich gar nicht hätten wählen müssen, weil auch die neue Regierung den Kurs der alten fortsetzen müsse. Der Grund? Na, was schon – es gibt keine Alternative. In der DDR war es die Partei, die immer recht hatte. In der EU ist es Brüssel.

Margaret Thatcher war die Erste, die mit dem Motto «There is no alternative» ihre Gegner plattwalzte und sich nebenbei – nach den Anfangsbuchstaben des Spruches – den Spitznamen Tina einhandelte. Die Tina unserer Tage heisst Angela: Das Diktum von Bundeskanzlerin Merkel, dass es zu ihrer Art der Euro-Rettung keine Alternative gebe, hat Gegner mundtot gemacht und nebenbei einer neuen Partei zum Leben verholfen, die sich trotz «Alternative für Deutschland» nennt.

Mit dem Schlagwort schüchtert man nicht nur Deutsche oder Griechen ein. Den Schweizern etwa versucht man weiszumachen, dass es zu den bilateralen Verträgen mit der EU keine Alternative gebe. Ein wenig tönt das nach dem islamischen Glaubensbekenntnis: Es gibt keinen Gott ausser Gott – und basta.

Hinter der Alternativlosigkeit verbirgt sich freilich nichts anderes als Mut- und Ratlosigkeit. Wer keine neuen Ideen hat, bleibt stur auf dem alten Kurs. Auch wenn der schnurstracks auf einen Eisberg führt.

Die Aufklärer löschen das Licht

Von Philipp Gut — Die Staatsanwaltschaft darf nicht gegen die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aepli ermitteln. Die Mehrheit des Kantonsrats verhindert es. Willkür besiegt das Recht.

Regine Aepli, eine Hauptakteurin der Zürcher Universitätsaffäre, kommt ungeschoren davon. Die Staatsanwaltschaft darf kein Verfahren gegen die SP-Bildungsdirektorin eröffnen. Der Kantonsrat lehnte am Montag einen Antrag der Oberstaatsanwaltschaft ab, Aeplis Immunität aufzuheben, die sie vor Strafverfolgung schützt.

Es ist das jüngste Kapitel im trüben Politikkomplott, das als Fall Mörgeli begann und sich dann flächenbrandartig zur Zürcher Universitätsaffäre und zu einem Fall Aepli erweiterte. Zur Erinnerung: Die Staatsanwaltschaft wollte untersuchen, was die *Weltwoche* im April 2014 aufdeckte. Regine Aepli nahm ungebührlich Einfluss auf die Entlassung von Medizinhistoriker und SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli («Anweisungen von ganz oben», *Weltwoche* Nr. 16/14).

Die *Weltwoche*-Recherchen wurden zwei Monate später von einer parteiübergreifenden Kantonsratskommission einstimmig und bis ins Detail bestätigt. Sie komme zum Schluss, dass Regierungsrätin Aepli Uni-Rektor Andreas Fischer «aufgefordert hat, Prof. Mörgeli zu entlassen». Damit habe Aepli eine «Kompetenzüberschreitung» begangen. Implizit bezichtigte die Kommission Aepli sogar der Falschaussage. Sie könne nicht erkennen, dass die einschlägigen Zeugen – neben Rektor Fischer der Chef des Uni-Rechtsdiensts und die zuständige Personalfachfrau – nicht die Wahrheit gesagt hätten, als sie von einem «Befehl» Aeplis sprachen.

Dies alles scheint heute bereits vergessen. Der Entscheid der Kantonsratsmehrheit wurde von den Medien unisono begrüsst. Man solle nicht Sand ins Getriebe der Regierungsarbeit streuen, so lautete der Tenor. Schlüpfen lassen, abhaken, vergessen.

Doch beides überzeugt nicht: Weder Aeplis Schutz vor Strafverfolgung noch der Applaus von Journalisten, die sich offensichtlich nicht mehr als vierte, kritische Macht im Staat sehen und sich freiwillig bis auf Millimeterdistanz an die Regierung anschmiegen.

Sinn des Immunitätsparagrafen ist es, Politiker vor unbegründeten, politisch motivierten Anschuldigungen zu bewahren. Im Fall Aepli war dies allerdings nicht nötig: Der Vorstoss kam von der Oberstaatsanwaltschaft selber. Und die Fakten, die eine Untersuchung gegen die Regierungsrätin aufdrängen, hat ja ausgerechnet eine Kommission desselben Kantonsrats zusammengetragen, der jetzt



Abhaken, vergessen: Regierungsrätin Aepli.

nichts mehr von einer Kompetenzüberschreitung wissen will (das zeigte die Debatte vom Montag). Kurios: Selbst die Mitglieder der erwähnten Kommission stimmten, vom SVP-Vertreter abgesehen, gegen eine strafrechtliche Untersuchung der Vorgänge, die sie selber scharf kritisiert hatten. Die Aufklärer löschen das Licht.

Es bleibt der Eindruck, dass hier eine Politikerin, die aus politischen Motiven einen unliebsamen Universitätsangestellten aus dem Amt entfernen liess – die gegen Mörgeli gerichteten Aussagen von Aepli füllen Seiten – und die dabei ihre Machtposition schamlos ausnützte, sich nun noch ein zweites Mal über das Gesetz erheben darf. Normale Bürger werden verfolgt, die Politikerin Aepli wird von ihren Politikerkollegen gedeckt.

Am Ende war es wohl nicht nur ein Votum für Aepli, sondern vor allem ein Entscheid gegen die SVP. Im Fall Hildebrand hat die zuständige Nationalratskommission die Immunität von Christoph Blocher aufgehoben. Vermutlich, um dem SVP-Strategen eins auszuwischen. Im Fall Aepli wurde die Immunität nicht aufgehoben, vermutlich, weil sie die Gegenspielerin von SVP-Politiker Mörgeli ist. Fazit: Immunität bei Blocher (SVP) und bei Aepli (SP) ist eben nicht dasselbe. Die Willkür besiegt das Recht.

Berns Polizei

Von Roger Köppel — Stadtpräsident Alexander Tschäppäts aberwitzige Einsatzdoktrin.

Kürzlich haben in Bern enthemmte Linke keinen Polizeiposten überfallen. Das Verbrechen löste zu Recht heftige Verstörung, wenn auch bis jetzt noch keine sichtbaren Reaktionen aus. Die verummten Täter entstammen dem Umfeld des Jugendzentrums Reitschule, das jedem SBB-Kunden bei der Einfahrt in die Bundesstadt durch seine aufreizend verwahrloste Hässlichkeit als «schönster Schandfleck von Bern» sofort auffällt.

Warum sich an den Missständen nichts ändert, kann jetzt immerhin errahnt werden. In einem erhellenden Interview mit dem *Tages-Anzeiger* äussert sich SP-Stadtpräsident Alexander Tschäppät mit entwaffnender, vielleicht unabsichtlicher Offenheit über die rot-grüne Einsatzdoktrin der Berner Polizei: «Oberste Maxime bei Einsätzen bleibt es, Polizisten möglichst keiner Gefährdung auszusetzen.»

Wir versuchen uns vorzustellen, was das in der Praxis bedeutet: Die Polizei beobachtet und begleitet. Sie bleibt auf sicherer Distanz. Möglichen Gefährdungen weicht sie frühzeitig aus. Bei absehbaren Risiken ist es besser,



Zu gefährlich: Stadtpräsident Tschäppät.

wenn die Polizei gar nicht erst ausrückt. Konfrontationen meidet sie, denn Konfrontationen könnten von Krawallmachern als Provokationen verstanden werden, durch die sich die Polizei erst recht in Gefahr bringt.

Die Berner Tschäppät-Doktrin läuft zwingend darauf hinaus, dass die Berner Polizisten nur noch zuschauen und gegen unbekannte Täterschaft rapportieren. Es wäre zu gefährlich, sich dem Tatort so weit zu nähern, dass die Täter zu erkennen wären. Aktiv die Unversehrtheit von Personen und Sachwerten kann die Berner Polizei begreiflicherweise nicht schützen, sie würde sich auch hier einer Gefährdung aussetzen.

Hat da jemand etwas vom Bankrott des Rechtsstaats gesagt?

Der mutige Schweizer

Von Roger Köppel — UBS-Chef Sergio Ermotti verblüfft mit einem wirtschaftspolitischen Alarmsignal. Der Bankmanager hat Mut, und er hat recht. Der wirtschaftlich erfolgreiche Rechtsstaat Schweiz zeigt Symptome der Selbstaflösung.

Noch vor hundert Jahren konnte der schottische Staatstheoretiker James Bryce die Schweiz bewundernd so beschreiben: «Die Sparsamkeit ist ein Teil der Tüchtigkeit der Verwaltung [...] Die Freiheit des Einzelnen wird respektiert, der Ton des öffentlichen Lebens hält sich auf einem hohen Niveau, und die Politik ist nicht von Korruption befleckt.» Die Gesetzgebung, schloss Bryce, sei ein «echter Ausdruck des Volkswillens».

1. Der Coup — Es war ein wirtschaftspolitischer Weckruf von ungewohnter Seite. Niemand hatte erwartet, dass sich ausgerechnet UBS-Chef Sergio Ermotti mit einer raumöffnenden Befreiungsflanke an den Bundesrat und an die bürgerlichen Parteien wenden würde. Sein besorgter Grundsatzartikel über die Schweizer Politik erschien in drei Tageszeitungen gleichzeitig. Ermotti fordert mehr Führung in Bern, mehr bürgerliche Zusammenarbeit, weniger Finanzplatzregulierung, tiefere Steuern, mehr Weltoffenheit und geringere Belastungen für die Unternehmen. Der Tessiner hat in allen Punkten recht. Das zeigen auch die schäumenden Reaktionen von links und die schnippischen Zurückweisungen der defizitären Finanzministerin.

Sergio Ermottis Wortmeldung ist gleich doppelt bemerkenswert: Zu einen, weil sich immer weniger bedeutende Unternehmensführer überhaupt in die politische Arena wagen. Zum andern, weil sich hier erstmals seit längerem wieder ein Vertreter der wettbewerbsfähigen Schweizer Global-Wirtschaft in die Belange des heimischen Standorts einmischt. Der Schweizer Binnensektor krankt nach wie vor, anders als die international tätigen Betriebe, an politischem Heimatschutz und an mangelnder kompetitiver Kraft. Es ist gut und hoffentlich heilsam, wenn die Internationalschweiz das nationale Geschehen politisch aufmischt.

2. Die Hintergründe — Natürlich, der UBS-Chef spricht auch als wirtschaftlich Direktbetroffener. Die Banken spüren es dramatisch. Weissgeldstrategie, Währungsschock, nochmals verschärfte Eigenkapitalauflagen durch die Brunetti-Kommission, schliesslich die einsam von Nationalbank-Präsident Jordan verfügte Negativzinsen: Das alles drückt auf die Margen und aufs Geschäft. Die Aufhebung der Franken-Untergrenze bedeutet ein Stahlbad

für die Schweizer Exportindustrie. Dass der Staat die Banken gleichzeitig zwingt, ihre Bilanzen zu verkleinern und ihr Eigenkapital zu verbessern, mag vor dem Hintergrund der Finanzkrise nachvollziehbar sein. In einer wirtschaftlich angespannten Situation freilich kann dies dazu führen, dass die Banken ihre Kredite an die Wirtschaft herunterfahren. Unnötige Pleitewellen drohen. Das zumindest befürchten erfahrene Beobachter.

Ermotti hat gute Gründe, wenn er die erodierende Schweizer Rechtssicherheit anprangert. Die Banken und ihre Kunden leiden am heftigsten. Bis vor kurzem war die Schweiz ein Bollwerk der Stabilität. Inzwischen liest sie ausländischen Kritikern jeden Wunsch von den Lippen ab. Die Politik schafft laufend neue Rahmenbedingungen. Unter dem Applaus der Medien und der Linken werden Rechtsbrüche gegen das Bankkundengeheimnis als Triumphe der Aufklärung und der Transparenz gefeiert. Steuersparende Anleger sollen ohne Anspruch auf Privatheit angepragert werden. Die Gerichtshöfe der Moral halten sich an keine Rechtsordnung mehr. Nach «Swissleaks» fragen sich viele Kunden zu Recht, wie sicher ihr Geld in der Schweiz noch ist. Dass sich der Banker Ermotti über solche Vorgänge entsetzt zeigt, ist selbstverständlich.

Es wäre aber falsch, den Tessiner zum blossen Sprachrohr seiner Eigeninteressen zu erklären. Ermotti äussert sich schon seit Jahren kritisch zur Wirtschaftspolitik, manchmal öffentlich, oft auch in vertraulichen Gesprächen. Er ist überzeugt, dass sich die Schweiz seit der Finanzkrise in einer Art wirtschaftlichen Kriegssituation befindet. Er ist der Meinung, dass das einst hervorragend organisierte Land seine Trümpfe fahrlässig vergibt. Ermotti sieht nicht nur die Belange der Wirtschaft. Er macht sich vor allem Sorgen über die desolat finanzierten Sozialwerke. Das ist der Hintergrund seiner Forderung, die bürgerlichen Parteien sollen wieder zusammenstehen.

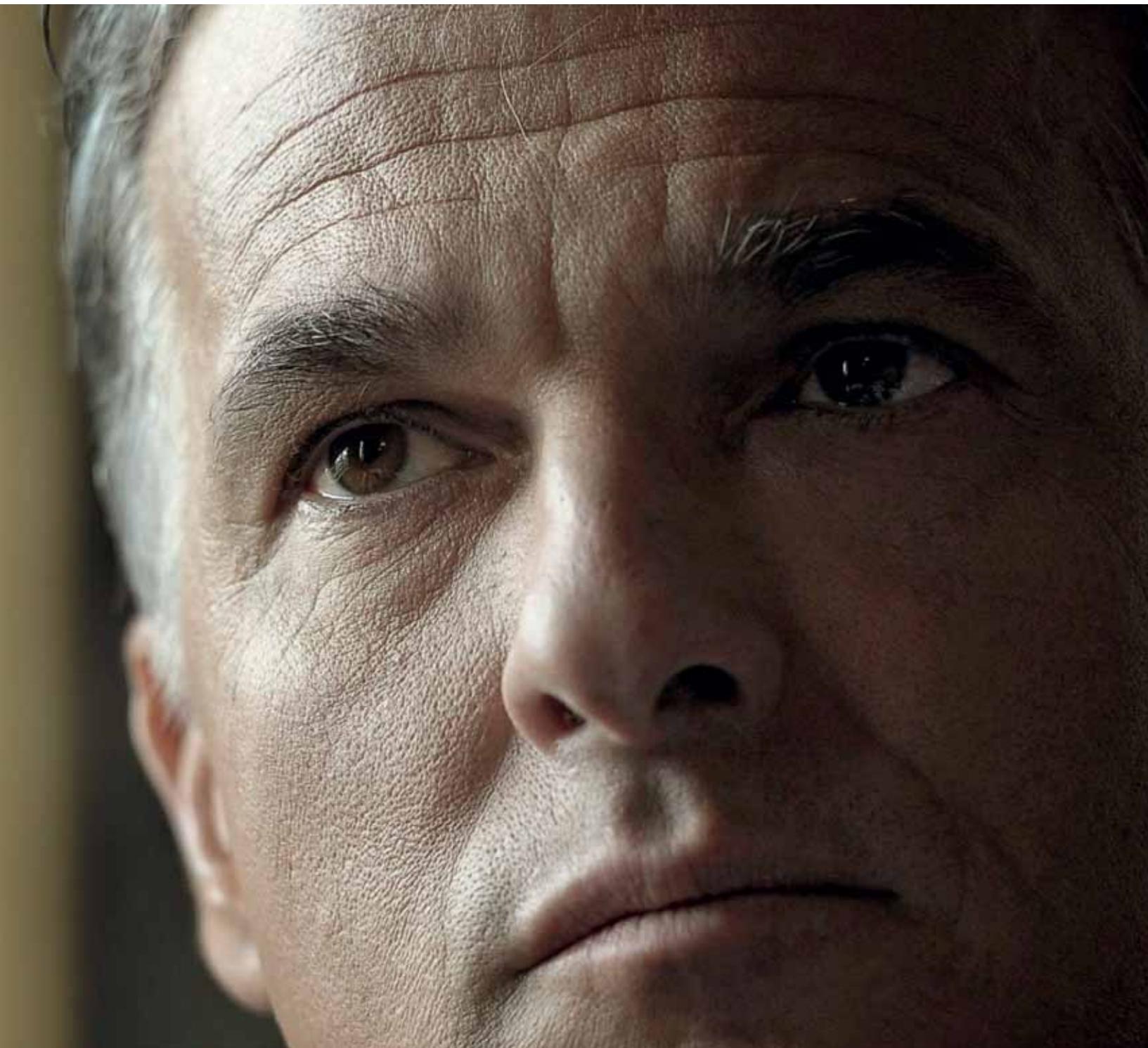
3. Die Macht des Staates — Ermottis Appell erregt Aufsehen. Dies auch deshalb, weil wir uns daran gewöhnt zu haben scheinen, dass sich Schweizer Unternehmensführer, von löblichen Ausnahmen wie Nick Hayek oder, etwas dosierter, Magdalena Martullo-Blocher abgesehen, kaum mehr vernehmlich zur Wirtschaftspolitik äussern. Es gehörte eigentlich zum



Im Wirtschaftskrieg: UBS-Chef Ermotti.

Wesen der direkten Demokratie und des Milizprinzips, dass auch und gerade die Spitzenkräfte der Wertschöpfung in den politischen Strudel steigen. Es kommt kaum noch vor. Was ist der Grund?

Vielleicht stimmt es, vielleicht ist es nur Verklärung. Früher gab es mehr wehrbereite Recken der Wirtschaft: Max und Jacob Schmidheiny, Marc Moret, Louis von Planta, Fritz Gerber, Hans Letsch, Otto Fischer oder Ulrich Bremi. Die Unternehmer waren grimmige Hüter der Freiheit, furchteinflössende Dompteure der Politik. Die alte Elite lebte noch etwas weniger am Volk vorbei. Man begegnete sich am Arbeitsplatz, im Tram, an öffentlichen Veranstaltungen.



gen, in der Politik. Die Wirtschaftsführer konnten es sich nicht leisten, in die globale Sphäre abzuheben.

Dahinter steckte ein ganz anderes Staatsverständnis. Die allversorgende sozialdemokrati-

Der Staat wandelte sich unter linkem Druck vom strengen Vater zur fürsorglichen Mutter.

sche Wohlfahrtsanstalt gab es noch nicht. Die von Haus aus arme Schweiz entwickelte ihren schlanken, wehrhaften Staat als Methode zur Bewältigung der ursprünglichen Not: Freiheit,

Eigenverantwortung, Unabhängigkeit waren wichtig und damit niedrige Steuern und Ausgaben, Stabilität. Die Politik diente der Wirtschaft, indem sie sie in Ruhe liess und Freiräume schuf. Der freiheitliche Rechtsstaat bildete die Voraussetzung für den Wohlstand der Schweiz.

Die Balance hatte keinen Bestand. Der Staat begann sich auszubreiten, die Wirtschaft geriet ins Hintertreffen, weil sie ihre Kräfte zusehends auf die Eroberung internationaler Märkte konzentrierte. Die Erfolge im Ausland lenkten von den wachsenden Problemen im heimischen Garten ab. Die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren in der Schweiz das verlorene Jahr-

zehnt einer fast beispiellosen Staatsaufblähung. Die Steuern gingen in die Höhe, die Abgaben stiegen rasant. Immer mehr Gesetze und Vorschriften wurden produziert. Der Staat wandelte sich unter linkem Druck vom strengen Vater zur fürsorglichen Mutter.

Das bürgerliche Lager geriet sich über der Europafrage in die Haare, und vor allem die FDP – einst Gralshüterin des freiheitlichen Schlankstaats – entgleiste. Parteichef Franz Steinegger begann sich auf den bürgerlichen Partner SVP einzuschiessen. Vor der Jahrtausendwende gab er die Losung aus, die FDP solle sich am Vorbild des britischen Labour-Premiers Tony Blair zur «neuen Linken» mausern. Das

war das politische Terrain, auf dem sich der Vormarsch der alten Linken vollziehen konnte. Die SVP profitierte zwar vom unfeisinnigen Abdriften der FDP, doch insgesamt wurde das bürgerliche Feld geschwächt.

Die Irrungen waren bald an den Zahlen abzulesen: Als SP-Finanzminister Otto Stich 1984 die Kasse machte, betrug die Bundesaussgaben 24 Milliarden Franken. Nach der Ära des FDP-Bundesrats Kaspar Villiger wurden 51 Milliarden gemessen. Heute schweifen wir unter Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ohne Überblick und losgelöst bei 64 Milliarden Franken. Noch nie hat der Bund so viel ausgegeben und den Leuten so viel abgenommen.

Das erklärt auch das Schweigen vieler Wirtschaftsführer. Mit dem fetten, übermächtigen Staat will sich niemand mehr anlegen. Immer tiefer dringt die Politik in die Wirtschaft ein, umgarnt sie, bevormundet sie, legt ihr die fürsorglichen Fesseln der Regulierung und des Interventionismus an.

Die Personenfreizügigkeit bescherte der Schweiz ein jährliches Bevölkerungswachstum von netto 80 000 Menschen. Der Grossteil strebte direkt in die staatsnahen Sektoren des Gesundheitswesens. Gleichzeitig wurde der Arbeitsplatz mit einem Käfig von Vorschriften und Verboten überzogen: Lohnpolizei, Betriebskontrollen, flächendeckende Gesamtarbeitsverträge, Harmonisierung, Standardisierung. Kürzlich verordnete der Bundesrat der Wirtschaft noch Frauenquoten.

Überall regiert der Staat in die Wirtschaft hinein: Der Finanzsektor wurde – auch durch eigenes Verschulden – an die Ketten der Aufsichtsbehörden gelegt. Kein Banker darf sich heute noch ohne Anwalt einem Kunden nähern. So wird der einst flexible Schweizer Arbeits- und Dienstleistungsmarkt systematisch zugrunde gerichtet. Dank dem trojanischen Pferd der Personenfreizügigkeit konnten sich vor allem die Gewerkschaften in machtvollen und einträglichen Positionen hineinschleichen.

Es ist mutig, dass sich UBS-Chef Ermotti aus der Deckung wagte. Unternehmer, die sich politisch inkorrekt und kritisch äussern, müssen heute mit Unannehmlichkeiten der Behörden oder der Gewerkschaften rechnen. Viele Unternehmensführer wollen dem hineinfingernden Staat keinen Anlass für Retourkutschen geben. Sie ducken sich weg, um keine Schwierigkeiten zu bekommen.

4. Die schweigenden Nichtschweizer — Wir bilden uns ein, die Ermotti-Intervention habe auch damit etwas zu tun, dass der weltgewandte Tessiner eben Tessiner, also Schweizer ist. Kann es sein, dass sich die meisten Wirtschaftsführer nicht mehr so gerne in die Politik einmischen, weil sie als Nichtschweizer von der Schweiz verständlicherweise keine Ahnung haben? Die Globalisierung hat dem Kleinstaat eine fast beispiellose Internationalisierung

oder, je nach Blickwinkel, Überfremdung in den Chefetagen gebracht.

42 Prozent der operativen Führungskräfte in den hundert grössten Schweizer Unternehmen sind Ausländer. Die Angelsachsen geben den Ton an, dann folgen die Deutschen. In den Verwaltungsräten beträgt der Ausländeranteil rund 36 Prozent. Das sind die Befunde der Zürcher Unternehmensberatungsfirma Guido Schilling für das Jahr 2014. Natürlich dürfen Herkunft und Abstammung kein Kriterium für Chefpositionen sein. Auch gab es immer wieder brillante Unternehmenslenker wie die Deutschen Oswald Grübel oder Helmut Maucher, die schweizerischer dachten als viele Schweizer. Trotzdem hat der wirtschaftspolitische Blindflug der Politik eben doch auch damit zu tun, dass es immer weniger Führungskräfte gibt, die sich zur Schweiz äussern, weil sie das Land nicht verstehen, von dem aus sie ihre Unternehmen steuern. Das freie Feld besetzen andere.

Die meisten Grosskonzerne und viele KMU verdienen den Löwenanteil ihres Umsatzes nicht mehr in der Schweiz, sondern weltweit. Nestlé-Chef Paul Bulcke, ein Belgier, bezifferte das Schweizgeschäft seines Firmenriesen auf unter zwei Prozent. Das ist bewundernswert, aber es fördert nicht unbedingt die Bindung an die heimische Scholle, wobei Nestlé die Schweizer Wurzeln noch stärker ehrt als andere Grosskonzerne. Vielen Ausländern, die hier mit einer Mischung aus Faszination und Verwunderung leben, dürfte die institutionellen Grundvoraussetzungen unseres Wohlstands kaum oder zu wenig bewusst sein.

Man staunt allerdings auch über die Ahnungslosigkeit mancher Schweizer Manager, die beispielsweise in der direkten Demokratie gerne einen Feind der Wirtschaft sehen. Sie verkennen, dass die direkte Demokratie im Gegenteil der Wirtschaft hilft. Sie führt zu stabilen Verhältnissen. Sie zwingt die Politik, sich an den Interessen der Bürger auszurichten, so wie sich die Unternehmen in der Marktwirtschaft an den Interessen ihrer Kunden zu orientieren haben. Dank der direkten Demokratie haben wir tiefere Schulden und Steuern. Hier braucht die Wirtschaft Nachhilfe.

5. Was er auch noch hätte sagen können —

Der UBS-Chef hat recht. Wer allerdings in der aktuellen Standortdebatte auch noch über sich hinauswächst, ist der Bieler Uhrenkönig Nick Hayek. Es gibt bürgerliche Politiker, die den provokationsfreudigen Industriefreibeuter aus dem Seeland gelegentlich für eine unkontrollierte Fernlenkwaffe halten. Seit der Aufhebung der Frankenuntergrenze läuft der Erfolgsunternehmer allerdings zu diagnostischer Hochform auf. Zu Recht kritisiert er die Dunkelkammer Nationalbank. Das dreiköpfige Professorendirektorium entscheidet heimlich über Hunderte von Milliarden. Die Machtballung weckt demokratische Urängste.

Einst musste der Bundesrat zur Einführung von Negativzinsen Notrecht bemühen. Heute reicht der Hinweis auf das Organisationsreglement der SNB. Negativzinsen, um beim Beispiel zu bleiben, beschädigen die Sozialwerke und schaden den Banken. Alle Schweizer, die sparsam darauf geachtet haben, dass sie ihre Bankkonten nicht überzogen, werden für ihre Sorgfältigkeit bestraft. Negativzinsen laufen faktisch auch auf eine massive Besteuerung ohne Volksentscheid hinaus. Ob das der Verfassung entspricht? Hayeks Vorschlag, das Dreierdirektorium der Nationalbank durch ein paar Praktiker zu ergänzen, sollte intensiv debattiert werden.

Drei Tage nach Ermottis Forderung, die Arbeitsmärkte müssten flexibel bleiben, gab der Bundesrat bekannt, dass man sich mit den

Reiche Länder vergessen im Überfluss, warum sie nicht mehr arm sind.

Gewerkschaften «erfolgreich» auf eine verschärfte Arbeitszeiterfassung geeinigt habe. Wo liegt der Erfolg? Das Letzte, was die Schweizer Wirtschaft derzeit braucht, sind bürokratische Hürden gegen längere Arbeitszeiten.

Ermotti könnte nachlegen: Der gigantische Blödsinn der Energiewende wird Wohlstandsverluste in Milliardenhöhe bringen. Der Industrie droht ein Himalaja neuer Belastungen. Noch besteht die Chance, den Kapitalfehler unter dem Druck des Frankens zu beseitigen. In der Krise sieht man schärfer. Gute Zeiten vernebeln den Blick. Allerdings ist die Nationalbank bereits wieder daran, durch Devisenkäufe die Marktkräfte zu betäuben und damit den Zwang, sich der Wirklichkeit zu stellen. Ohne Not wird niemand die Kraft aufbringen, bei der Energiewende den Stecker rauszuziehen.

Die Schweiz ist auf der schiefen Bahn. Das mag ein letztes Beispiel illustrieren. Seit Monaten tobt eine hässliche Übernahmeschlacht um den Schweizer Baumittelkonzern Sika. Der Fall rührt ans Eingemachte. Die Eigentümerfamilie Burkard besitzt 16 Prozent der Aktien und 52 Prozent der Stimmrechte. Aus Mangel eines geeigneten Nachfolgers will sie das Unternehmen an einen französischen Konkurrenten verkaufen. Das ist alles rechtens. Trotzdem wehren sich jetzt die Verwaltungsräte, die Manager und prominente Aktionäre gegen den einwandfreien Entscheid. Die Eigentümer sollen daran gehindert werden, ihre Eigentümergebote wahrzunehmen. Die Angestellten versuchen, die Eigentümer zu enteignen. Ist in der Schweiz das Eigentum nicht mehr gesichert?

Die Schweiz sendet gefährliche Signale der Selbstauflösung. Reiche Länder vergessen im Überfluss, warum sie nicht mehr arm sind. Die Schweiz kommt sich abhanden. Es braucht noch viele Ermottis.

Im Herz der Finsternis

Von Markus Schär — Wehren sich die Schweizer gegen alles Fremde? Igel, sie sich in ihrem Reduit ein? Stimmt es am 9. Februar 2014 ab, ohne die Folgen zu bedenken? Neue Studien bieten spannende Antworten.



Die Bürger sind nicht xenophob, sondern skeptisch.

Als «Erdbeben» erlebten auch die Berner Professoren Adrian Vatter und Markus Freitag die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) vor einem Jahr. Denn die Überraschung an der Urne warf eine böse Frage auf: Ist die Schweiz tatsächlich das «Herz der Finsternis», wie sie ein britischer Journalist schon bei der Debatte über die Ausschaffungen beschimpfte? Die Berner Politologen möchten Antworten bieten. In der Ausgabe der *Swiss Political Science Review*, die im März herauskommt, führen sie deshalb ein Symposium auf Papier durch: In sechs Aufsätzen, streng wissenschaftlich erarbeitet, aber allgemein verständlich geschrieben (von den Formeln von Michael Ambühl mal abgesehen), setzen sich einige der interessanten Forscherinnen und Forscher mit der Frage auseinander, wie die Schweizer mit den Fremden umgehen. Die Lektüre lohnt sich auch für die Politiker, denn die Studien liefern einige brisante Erkenntnisse.

Unter dem europäischen Durchschnitt

Die Schweiz ist nicht das Herz der Finsternis. «Obwohl die Schweiz beim Ausländeranteil und bei der Zuwanderungsrate Höchstwerte aufweist», stellt Anita Manatschal fest, «liegen die Werte für die Ablehnung von Einwanderern unter dem europäischen Durchschnitt.»

Die Skepsis gegenüber den Fremden komme einfach wegen der einzigartigen direkten Demokratie der Schweiz in Volksabstimmungen offen zum Ausdruck. «Als Lackmustest der heutigen Demokratien, ob direkt oder repräsentativ, erweist sich wohl, ob sie sich als Einwanderungsländer sehen, aber gleichzeitig die Ängste und Sorgen der einheimischen Bevölkerung ernst nehmen.»

Das Ergebnis vom 9. Februar 2014 war keine Überraschung. Schon in einer Meinungsumfrage von 2013 sehen Maya Ackermann und Markus Freitag ein klares Bild: 53 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Einschränkung der Zuwanderung aus, darunter 20 Prozent gar für eine starke. Diese «strammen Gegner» der Ausländer hätten wohl auch für die Ecopop-Initiative gestimmt, die am 30. November 2014 nur auf 26 Prozent Ja-Stimmen kam, meinen die Forscher. «Weitere 30 Prozent der Schweizer Stimmbürger lehnen zwar grundsätzlich eine weitere Zuwanderung ab, aber nicht um jeden Preis. Das kann erklären, weshalb diese Bürger die Initiative gegen die Masseneinwanderung annahmen, aber nicht die strengere für eine Beschränkung des nationalen und globalen Bevölkerungswachstums.»

Die Bürger sind nicht xenophob, sondern skeptisch. Wer spricht sich gegen die Zuwan-

derung aus? Ackermann und Freitag prüfen mit ihren Daten verschiedene Erklärungsansätze. Ob die Befragten mit Ausländern zusammenarbeiten, hat keinen Einfluss, ob sie mit Ausländern zusammenwohnen, nur einen geringen. Weit stärker wirkt sich aus, ob die Bürger auf der Eigenständigkeit der Schweiz beharren und dem Bundesrat misstrauen – am meisten von allen Faktoren gar, ob sie einen Beitritt zur EU ablehnen. Die stärkste Beziehung finden die Forscher aber, unabhängig von Bildung und Einkommen der Befragten, zwischen der Einstellung zur Zuwanderung und der wahrgenommenen ökonomischen, kulturellen und kriminellen Bedrohung durch die Immigration. Damit bestätigen sie Befunde, die Michael Hermann in einer Studie für das Justiz- und Polizeidepartement fest-

«Eine neue Abstimmung zur gleichen Frage würde zu einem ähnlichen Ergebnis führen.»

hielt: «Die Haltung gegenüber Fremden hat die Zustimmung zur MEI entscheidend beeinflusst. Daraus abzuleiten, das knappe Ja zur MEI sei Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit, greift jedoch zu kurz», betonte der Zürcher Politgeograf. «Kaum ein Mensch ist feindselig gegen alles Fremde eingestellt, und kaum ein Mensch kann mit beliebig viel Fremdheit umgehen. Die Menschen sind mehr oder weniger offen oder skeptisch gegenüber Fremden.»

«Ausserordentlich gut informiert»

Das Volk würde wieder gleich abstimmen. «Denn sie wussten, was sie taten», betitelt Thomas Milic – Partner von Michael Hermann an der Forschungsstelle Sotomo – seine Studie. Er wendet sich damit gegen die Erklärungen aus dem Stand, das Volk habe mutwillig für die MEI gestimmt, ohne um die Folgen zu wissen. Diese schnellen (Vor-)Urteile seien noch gar nie getestet worden, stellt der Forscher fest: «Das erstaunt umso mehr angesichts der weiten Verbreitung dieses Arguments.» Er sieht in den Daten der Vox-Umfrage nach der Abstimmung das Gegenteil: «Die Stimmbürger waren nicht nur vergleichsweise gut informiert über die MEI – tatsächlich waren sie ausserordentlich gut informiert.» Sie wussten so auch, dass ihr Ja zu Problemen führen würde; allerdings glaubten sie, über die Personenfreizügigkeit lasse sich mit der EU handeln. «Das war vielleicht falsch. Aber wer – auch unter den Experten – konnte denn schon wissen, was nach einer Annahme der Initiative geschehen würde?», fragt Thomas Milic. Nur die Weigerung der EU, zu verhandeln, könnte allenfalls Bürger zum Umdenken bewegen. Grundsätzlich aber meint er: «Eine neue Abstimmung zur gleichen Frage würde zu einem ähnlichen Ergebnis führen.»

Jüdisches Roulette

Von Henryk M. Broder — Wer zu lange bleibt, den bestraft das Leben.



Die deutschen Juden waren schon immer die besseren Deutschen. Sie schlossen den Kaiser in ihre Gebete ein, sie verehrten Richard Wagner, sie nannten ihre Kinder Her-

mann und Dorothea, bis ihnen 1938 vom Reichsinnenminister auferlegt wurde, ausschliesslich «jüdische» Namen zu benutzen, wie «Itzik» für Jungen und «Geilchen» für Mädchen. Sie meldeten sich freiwillig zum Dienst im Ersten Weltkrieg, und als die antisemitische Propaganda hinterher behauptete, sie hätten sich gedrückt, da veröffentlichte der «Reichsbund jüdischer Frontsoldaten» ein «Gedenkbuch» mit den Namen aller jüdischen Gefallenen. Im Vorwort schrieb der Vorsitzende des Bundes, Hauptmann Leo Löwenthal: «Das edelste deutsche Blut ist das, welches von deutschen Soldaten für Deutschland vergossen wurde. Zu diesen gehören auch die 12 000 Gefallenen der deutschen Judenheit, die damit wiederum ihre allein ernsthafte und achtungsgebietende Blutprobe im deutschen Sinne bestanden hat.»

Die Blutprobe hielt nicht lange vor. Nachdem die Nazis im März 1933 zu einem Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen hatten, reagierte die Reichsvertretung der deutschen Juden mit einem «Aufruf», in dem sie sich von denjenigen distanzierte, die sich etwas haben zuschulden kommen lassen: «Wegen der Verfehlungen einiger Weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden, die sich mit allen Fasern ihres Herzens der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden.» Zugleich sprach die «Reichsvertretung der deutschen Juden» dem «Herrn Reichspräsidenten» und der «Reichsregierung» ihr Vertrauen aus. Man baue darauf, «dass sie uns Recht und Lebensmöglichkeit in unserem deutschen Vaterlande nicht nehmen lassen werden».

Nachdem der israelische Ministerpräsident die Juden Europas aufgerufen hatte, nach Israel zu kommen, verwarnten sich die Juden in Deutschland gegen diese Einmischung in ihre Angelegenheiten. Sie hätten volles Vertrauen zu ihrer Regierung, die sie beschützen und vor Schaden bewahren würde. Und im Übrigen sei auch das Leben in Israel nicht ungefährlich.

So funktioniert das jüdische Roulette: Wer zu lange bleibt, den bestraft das Leben.

Bedrohliche Verzerrungen

Von Kurt Schiltknecht — Es ist höchste Zeit, dass sich Politiker und Bürger von der Illusion lösen, dass die Schweiz einen gottgegebenen und ewig anhaltenden Standortvorteil habe.

Seit dem Übergang zum System flexibler Wechselkurse vor gut vierzig Jahren hat sich der Schweizer Franken gegenüber allen anderen Währungen stark aufgewertet. Die Aufwertung erfolgte nicht gleichmässig, sondern schubweise. Die teilweise recht grossen Sprünge des Wechselkurses stellten die mit dem Ausland im Wettbewerb stehenden Unternehmen vor grosse Probleme. In der Vergangenheit hat die grosse Mehrheit der Unternehmen die immer wiederkehrenden Herausforderungen gut gemeistert. Mit Innovationen, Produktivitätsverbesserungen und Kostensenkungen konnten die Unternehmen ihre Wettbewerbsposition halten und teilweise sogar verbessern.

Es wird gesagt, dass die Kostensenkungen im Wesentlichen zu Lasten der Arbeitnehmer gehen würden. Solche Behauptungen halten einer längerfristigen Betrachtung nicht stand. Die schweizerischen Löhne liegen seit vielen Jahren wesentlich über denjenigen im Ausland.

Wie attraktiv sie im internationalen Vergleich sind, zeigt die Zuwanderung aus allen Ländern.

Um als Volkswirtschaft langfristig erfolgreich bestehen zu können, reicht es nicht aus, wenn nur die Unternehmer und Manager riesige Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Gesellschaften machen. Wichtig wäre es, dass die Bemühungen von der Politik mitgetragen werden. Die staatlichen Rahmenbedingungen müssten so angepasst werden, dass die schweizerische Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen wird.

Positive Folgen des Ölpreiserfalls

Bei Regierung und Parlament fehlt im Gegensatz zu den Unternehmern und Managern allerdings der Druck, die Wirtschaft durch eine Senkung von Staatsausgaben und Steuern zu entlasten. In den meisten Fällen begnügt man sich mit einer vorübergehenden Plafonierung des Personalbestandes und einer bescheidenen Reduktion des Ausgabenwachstums. Damit wird das Sparpotenzial im öffentlichen Sektor bei weitem nicht ausgeschöpft. So wie bei jedem Unternehmen gibt es auch bei der öffentlichen Hand viele Möglichkeiten, die Ausgaben durch Produktivitätsverbesserungen und Kostenreduktionen zu senken. Doch diese auszuschöpfen, ist eine andere Sache.

Bis heute haben sich trotz der starken Frankenaufwertung weder die Regierungen noch die Parlamente ernsthaft bemüsst gefühlt, wirkungsvolle Programme zur Kostensenkung in die Wege zu leiten. Solange selbst bürgerliche Politiker glauben, man könne mit homöopathischen Sparmassnahmen und einem vorübergehenden Personalstopp die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern, wird der Standortvorteil der Schweiz weiter erodieren. Es ist höchste Zeit, dass sich Politiker und Bürger von der Illusion lösen, dass die Schweiz einen gottgegebenen und ewig anhaltenden Standortvorteil habe.

Der kontinuierliche Ausbau der Überwachungsbürokratie und der Staatsaufgaben, wie auch die unreflektierte Anpassung der Wirtschafts- und Steuergesetzgebung an die europäischen Verhältnisse lösen keine Wirtschaftsprobleme. Die Schweiz kann ihren Standortvorteil nur mit einer liberalen Wirtschaftsord-

nung, mit niedrigen Staatsausgaben und Steuern bewahren. Dass niedrige Staatsausgaben und Steuern ein wichtiger Faktor für ein nachhaltiges und hohes Wirtschaftswachstum sind, hat sich noch nicht in allzu vielen Politikerköpfen niedergeschlagen.

Welche Wirkung es hat, wenn dem Bürger dank niedriger Steuern mehr Geld in der Tasche ge-

lassen wird, zeigen die positiven Folgen des dramatischen Ölpreiserfalls. Dieser wirkt wie eine permanente Senkung der Mehrwertsteuer. Wenn die Konsumenten dank einer Preis- oder dauerhaften Steuersenkung über mehr Geld verfügen, steigt der Konsum, und in der Folge belebt sich die Wirtschaft. Dieser simple Mechanismus steht hinter der gegenwärtigen Aufhellung der Konjunkturaussichten in den Industrieländern. Wenn die Notenbanken die Verbesserung der Wirtschaftsaussichten für sich beanspruchen und sie auf ihre unsinnige Geldschwemme zurückführen wollen, liegen sie falsch. Mit den geldpolitischen Exzessen verunsichern sie nur die Wirtschaft, und es kommt zu gefährlichen, das langfristige Wachstum bedrohenden Verzerrungen auf den Finanzmärkten.

PS: Es ist bezeichnend für die kopflose Wirtschaftspolitik, dass der Bundesrat mit einer Erhöhung der Benzinsteuern einen der im Moment wirksamsten Wachstumstreiber ausschalten will.



Wenn und Aber

Von Hansrudolf Kamer — Präsident Obama plant eine Ausweitung der militärischen Operationen gegen den Islamischen Staat. Intellektuell findet er sich im Dickicht der Terrorabwehr aber kaum zurecht.



Im Kampf gegen die Terroristen des Islamischen Staates will Präsident Obama noch mehr amerikanische Bodentruppen als bisher einsetzen. Dies, obwohl er noch vor kurzem das Gegenteil ver-

kündet hat. Die Stadt Mossul soll zurückerobert werden, die zweitgrösste des Iraks, über der seit Juni 2014 die schwarze Terrorfahne weht. Die bisherige Strategie sorgfältig kalkulierter und begrenzter Koalitionskriegsführung aus der Luft war nicht sonderlich erfolgreich.

Die Militäraktion wird im Voraus angekündigt, mit Truppenstärken und Zeithorizont, was man normalerweise nicht täte. Sie soll im April über die Bühne gehen, bevor die Sommerhitze zuschlägt. Die Ankündigungsstrategie baut darauf, dass die islamistischen Kämpfer einfach davonlaufen, wenn sie sehen, was an geballter Militärmacht auf sie zukommt.

Wie sein Vorgänger ersucht Obama den Kongress um eine Autorisierung des Waffengangs. Die Republikaner sollen politisch haftbar gemacht werden. Auf die Länge nützt das allerdings wenig, wie das Beispiel der Demokraten zeigt, die zunächst für die Invasion des Iraks gestimmt hatten, bevor sie dagegen waren.

Dieser Präsident spricht lieber ausgiebig über Probleme, als dass er rechtzeitig versucht, sie in den Griff zu bekommen. Konferenzen sind sein bevorzugtes Mittel. So wurde vergangene Woche in Washington der Gedankenaustausch über «gewalttätigen Extremismus» mit Abgesandten aus mehr als sechzig Staaten abgehalten, der nach den Anschlägen in Paris als Sofortmassnahme angekündigt worden war.

Dabei ging es nicht darum, wie der Vormarsch des IS gestoppt werden könnte. Sekundäre Probleme standen im Fokus: Wie die Rekrutierung von Terroristen im Westen zu unterbinden wäre und ob die Bürgerrechte reiselustiger Dschihadisten vor allem in Europa reduziert werden müssten, damit der Normalbürger besser geschützt werden kann – was eigentlich selbstverständlich wäre.

Doch weil das Selbstverständliche nicht selbstverständlich ist, wird die Diskussion über eine handfeste Terrorabwehr zum sozio-

logischen und psychologischen Seminar. Was treibt entfremdete, gewaltbereite Wohlstandsbürger in die Reihen islamistischer Kämpfer, um an deren Mordkampagne teilzunehmen? Obama nutzte seine Reden an der Konferenz für das, was er am liebsten tut, nämlich alles zu relativieren. Schon früher hatte er darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Christen einmal Terroristen waren.

Obama erklärte locker, man solle doch vom hohen Ross herabsteigen und sich daran erinnern, dass in den Kreuzzügen und während der Inquisition schreckliche Taten im Namen Christi begangen worden seien. Die Massaker des noch jungen Jahres 2015 mit den Verheerungen von vor 900 Jahren gleichzusetzen, war keine brillante Idee. Und schon kurz nach der Terrorattacke in Paris hatte der Präsident voreilig die Meinung geäussert, die Geiselnahme im jüdischen Einkaufszentrum sei zufällig gewesen. Diese Bemerkung, so räumte er später ein, sei ein Irrtum gewesen. Die Korrekturen häufen sich.

Auf Paris folgte Kopenhagen – wieder Attacken auf die Meinungsäusserungsfreiheit und auf eine jüdische Institution. Danach tönte die sozialdemokratische dänische Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt genau wie ihr Selfie-Partner Obama: «Wir befinden uns nicht in einem Kampf zwischen dem Islam und dem

Westen. Es ist keine Schlacht zwischen Muslimen und Andersgläubigen. Es ist eine Auseinandersetzung zwischen Werten, die auf der Freiheit des Individuums basieren, und einer dunklen Ideologie.»

Die «dunkle Ideologie» reagierte prompt. Nur Tage später kam die «in Blut geschriebene Nachricht an die Nation des Kreuzes», das Video, das die Enthauptung von 21 koptischen Christen am Strand von Tripolis zeigt. Das Beispiel des Islamischen Staates macht auch in Libyen Schule. Libyen, wo Obamas strategisches Prinzip des «leading from behind» geboren wurde, ist das vorausgesagte Fiasko geworden. Ein IS-Stützpunkt am Mittelmeer wäre die logische Folge.

Glasklare Zielrichtung

Das World Trade Center stürzt ein. In Madrid explodieren Vorortszüge, in London gehen Bomben hoch, Journalisten werden enthauptet, die Berufskollegen von *Charlie Hebdo* beschossen. Christen werden verfolgt, verjagt und ermordet, Juden in Frankreich und Belgien – und zuletzt in Kopenhagen – werden umgebracht. Alles mit glasklarer Zielrichtung und klarer Motivation, die nicht einer diffusen Ideologie entspringen.

Obama und seine europäischen Freunde versuchen zu verstehen, was längst auf der Hand liegt. Man ortet zwar messerscharf eine Terrorismusproblematik beim Islam und glaubt, man müsse und könne die «gemässigten» Muslime gegen die extremen Glaubensbrüder mobilisieren. Doch der alte Irrglauben, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung seien wirksame Abwehrwaffen, feiert Urständ. Nabelschau und Selbstüberschätzung behindern die westliche Terrorabwehr.



Terrorabwehr als soziologisches und psychologisches Seminar: Barack Obama.

Ganz gemütlich griechisch grillen

Von Christoph Mörgeli

Plötzlich erstarrten die sonst redseligen Deutschen in peinlichem Schweigen. Die neuen kommunistischen Machthaber Griechenlands hatten soeben elf Milliarden deutscher Kriegsschulden eingefordert. Dabei lieben die Deutschen die Griechen: Nana Mouskouri, Costa Cordalis, Vicky Leandros. Griechischer Wein ist so wie das Blut der Erde. Dank Neckermann glaubt ganz Deutschland, das zu achtzig Prozent gebirgige Urlaubsziel bestehe bloss aus putzigen Inseldörfchen im tiefblauen Mittelmeer. Darum greift man den etwas schlampigen Hellenen gerne unter die Arme. Schon 1832 schickten ihnen die Deutschen den Bayernprinzen Otto als König. Oder mit dem Staatsarchitekten Ernst Ziller («Ernestos Tsiller») eine Art verfrühten Albert Speer nach Athen. Oder mit Otto Rehhagel den Trainer der griechischen Nationalmannschaft.

Das reichste EU-Land hat sein ärmstes Brüderchen ins Herz geschlossen. Die Deutschen wollten die Griechen aus ideologischen Gründen unbedingt im Klub haben – auch aus historischer Schuld angesichts des barbarischen Besatzungstreibens durch die Wehrmacht. Man verzieh vieles, damit verziehen werde. Noch nachdem Griechenland 1981 EU-Mitglied geworden war, galten dort die Kinder protestantischer Eltern als «unehelich». Jede Regierung wird noch heute durch den orthodoxen Erzbischof vereidigt. Jedermann wusste 2001, dass der Eintritt in die Euro-Zone nur dank Statistikfälschung sowie Verschleierung von Staatsverschuldung und allgegenwärtiger Korruption zustande kam.

Der hellenische Wahlspruch «Freiheit oder Tod» ist so ernst nicht mehr gemeint. Darum gibt's auch keinen bewaffneten Aufstand gegen das verhasste EU-Schuldendiktat. Will man das hoffnungslos verschuldete Mitglied von der EU trennen wie 1893 die peloponnesische Halbinsel vom Festland durch den Kanal von Korinth? Mitnichten. Die Deutschen zahlen und machen Witze. «Griechisch grillen» nennen sie das Grillen ohne Kohle. Derweil verhandeln sie geduldig mit Griechenlands frechen Linken. Sie gewähren den empfindlichen Südländern nebst weiteren Milliarden und Zeitaufschub vor allem ihre Würde. Darum heisst die verhasste «Troika» neu «Die Institutionen». Auch im Umbenennen von Begriffen sind die Deutschen stark: Adolf Hitler nannte die den Griechen aufgezwungenen Besatzungskosten ganz einfach «Aufbaukosten».

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Mühlemann, Ospel, Ermotti, Weber

Von Peter Bodenmann — Sergio Ermottis Griff in die neoliberale Mottenkiste.



«Was die Politik von der Wirtschaft lernen muss»: Banker Mühlemann.

Die Schweiz gewährt ihren arg unterkapitalisierten Grossbanken nach wie vor franko gratis eine Staatsgarantie. Der Bundesrat möchte unser aller Risiko leicht vermindern und fordert deshalb auch von der UBS mittels Regulierung etwas mehr Eigenkapital. Immer noch viel zu wenig, aber immerhin besser als fast gar nichts. Sergio Ermotti will letztendlich nicht weniger Staat, sondern mehr Staat, mehr Staatsgarantie dank weniger Eigenkapital für die UBS. Und somit mehr *free lunch* für die Bonilutscher von der Bahnhofstrasse.

Blättern wir zurück.

Lukas Mühlemann liess 2000 im *Tagi-Magi* einen neoliberalen Aufsatz unter dem sinnigen Titel «Was die Politik von der Wirtschaft lernen muss» publizieren. Kurz darauf versenkte Mühlemann als Banker 20 Milliarden und verschwand selber in der Versenkung.

Vor den Bundesratswahlen 2003 griff Marcel Ospel zum Telefon. Und setzte erfolgreich jene bürgerlichen Politiker unter Druck, die an der Nadel der UBS hingen. Anstelle von Franz Steingger wurde Hans-Rudolf Merz gewählt. Christoph Blocher schaffte den Sprung in den Bundesrat, in dem neu je zwei Vertreter der SVP und der FDP sassen. 2008 mussten die Steuerzahler ungefragt mit 60 Milliarden Franken in das Risiko gehen, um die systemrelevante UBS zu retten. Der UBS zuliebe wurde das Steuerhinterzieher-Geheimnis – mit Zustimmung der SVP –

verfassungswidrig mittels Notrecht geopfert. Kein Trost: Marcel Ospel wurde für seine Misswirtschaft nie zur Rechenschaft gezogen, weder zivil- noch strafrechtlich.

Im Februar 2015 soll die Schweiz wieder einmal am Wesen der Grossbanker genesen.

Nach Drehbuch hätte Markus Somm als neuer Chefredaktor der NZZ den Ermotti-Sermon publizieren und kommentieren sollen. Ökonomische Stossrichtung: Die unproduktiven Bauern dürfen weiter den Staat und die Konsumenten melken. Und die Grossbanken bekommen im Gegenzug mehr Gratis-Staatsgarantie. Dies kurz nachdem der «Patriot» – nomen est omen – Jordan den höchst erfolgreichen Mindestkurs im Interesse der Währungsspekulanten, auch jener der UBS, abgeschossen hatte. Zum Nachteil des Werk- und Denkplatzes Schweiz.

Mühlemann, Ospel, Ermotti, Weber. Zwei Geschichten endeten in einem Chaos. Sergio Ermotti und Axel Weber sind vergleichbar gut unterwegs wie ihre Vorgänger. Jede zweite Woche fliegt der Schweiz der nächste UBS-Skandal samt Bussen um die Ohren. Die verhasste Regulierungstante Eveline Widmer-Schlumpf will verhindern, dass die UBS ihre Bussen weiter von den Steuern abziehen kann. Auch deshalb muss sie weg. Vielleicht sind – wie die Geschichte lehrt – andere schneller weg.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

5 nach 12 für «10 vor 10»

Von Kurt W. Zimmermann — «10 vor 10» gibt es seit 25 Jahren. Es ist der ideale Anlass, diese überflüssige TV-Sendung einzustellen.

Am früheren Abend will das TV-Publikum informiert werden. Am späteren Abend will das TV-Publikum infotaint werden.

Das war lange Zeit die Doktrin des Schweizer Fernsehens. Um halb acht, wenn der Zuschauer noch nüchtern ist, bietet ihm die «Tagesschau» trockene Information. Zwei Stunden später, wenn der Zuschauer ein paar Gläser intus hat, bietet ihm «10 vor 10» heiteres Infotainment.

Inzwischen greift diese Doktrin nicht mehr. Der Grund ist der Niedergang von «10 vor 10».

«10 vor 10» entstand vor 25 Jahren. Der damalige TV-Direktor Peter Schellenberg und sein Sendeleiter Jürg Wildberger suchten eine neue Form von News. Sie wollten Nachrichten als attraktive Show und nicht mehr als angestaubte Volkshochschule. Ihre Idee war eher kommerziell als journalistisch motiviert. Mit der neuen News-Show zielten sie auf höhere Einschaltquoten am späten Abend und damit auf zusätzliche Werbegelder.

Das Konzept ging auf. «10 vor 10» profilierte sich schnell als junger Gegenentwurf zur ältlichen «Tagesschau». Die Moderatoren wie Walter Eggenberger blickten direkt in die Kamera und lasen vom Teleprompter, derweil die «Tagesschau»-Sprecher wie Léon Huber noch autistisch auf ihre A4-Notizblätter starrten. Bald hatte das neue Format über 600 000 Zuschauer. Die Redaktion lieferte immer wieder flotte Eigenleistungen. Die Werbeblöcke waren prall gefüllt.

Protest gegen die Weichspül-Strategie

Dann verlor das Format die Fahrt. In den letzten Jahren ging es bei «10 vor 10» journalistisch rasant abwärts. Der Ehrgeiz der Redaktion reduzierte sich weitgehend auf die protokollarische Wiedergabe der Tagesaktualität. Eigene Themensetzungen und Recherchen zu harten Themen fielen weg und wurden ersetzt durch allerlei Herz-Schmerz-Videos aus dem unverbindlichen Gesellschaftsteil.

Heute hat «10 vor 10» nur noch 420 000 Zuschauer. Wie immer, wenn Sendungen auf Grund laufen, kommt es zu internem Streit. Eben erst drohten mehrere Redaktionsmitglieder aus Protest gegen die Weichspül-Strategie die Kündigung an.

Eine interessante Gegenbewegung vollzog sich parallel bei der «Tagesschau». Die ehemalige Mottenkugel des Abendrapports wandelte sich in eine moderne Vermittlung der Information. Die «Tagesschau» spielt inzwischen mit allen Elementen, die zeitgemässe News-



Mittelmass: «10 vor 10»-Chef Dütschler.

Shows auszeichnen, mit Kurzreportagen, Features, Korrespondenten, *field reports* und Interviews.

Es besteht kein Zweifel. Die «Tagesschau», geleitet von Urs Leuthard, ist ihrer Konkurrenz von «10 vor 10», geleitet von Christian Dütschler, journalistisch heute hoch überlegen. Sie ist an Qualität ungleich professioneller und präziser als ihr fades Pendant am späten Abend.

«10 vor 10» hat sich totgelaufen. Die Sendung, dürftig wie sie ist, braucht es nicht mehr. Man muss sie einstellen.

Zu ersetzen ist sie durch eine Spätausgabe der «Tagesschau». Eine Redaktion für zwei Gefässe ist das integrierte Modell, das auch andere Landessender wie Italiens Rai und die britische BBC praktizieren. Die Spätausgabe, wie bisher zu einer festen Sendezeit, ist thematisch etwas leichter als die Hauptausgabe. Als Name für die Schweiz bietet sich «Tages-Journal» an. Damit könnte man signalisieren, dass stärker als die schnellen News die Hintergründe der News aufgearbeitet werden.

Die «Tagesschau»-Redaktion kann das, wie sie gezeigt hat. Mit dem Ersatz von «10 vor 10» durch eine Spätausgabe der «Tagesschau» könnte man auch etwas Kosten sparen. Doch das ist nicht das Wichtigste.

Wichtiger als Zahlen sind wir zahlenden Zuschauer. Wir haben genug vom Mittelmass von «10 vor 10».

Vorbilder

Von Beatrice Schlag — Wenn Nachrichten entbehrlich sind.

Einmal fragte ich Michael bei einem seltenen Treffen bei ihm zu Hause, ob wir die «Tagesschau» einschalten können. «Klar», sagte er, «aber ohne mich.»



Bei der Wettervorhersage kam er ins Zimmer zurück und sagte: «Ich werde nie verstehen, wo du diesen Horror jeden Tag hintust, wenn du nichts ändern kannst. Ich halte das nicht aus. Vielleicht kann das irgendwann jemand ändern, aber wir sicher nicht.» Michael ist einer meiner ältesten, engsten Freunde und wahrscheinlich mein weisester. Seit vor etwa zwanzig Jahren bei ihm eine manisch-depressive Erkrankung diagnostiziert wurde, schluckt er Pillen. Sie brächten ihn, sagt er, meist einigermaßen in Einklang mit den Normalen. Oder hielten ihn zumindest so, dass er nicht oft auffällig werden muss. Seit jenem Abend blieb mir bei jeder «Tagesschau» die Frage, wohin man grauenhafte Nachrichten tut. Niemand will sich für abgestumpft halten. Oder für zynisch. Es ist nicht immer so, dass man nur mit halbem Ohrinhört. Aber offenbar wird man imprägnierbar wie ein Regenmantel. Irgendwann perlt der Horror ab.

Vor wenigen Tagen schrieb der 81-jährige Neurologe Oliver Sacks, dass sein seltener Augentumor noch viel seltenere Metastasen gebildet habe und er gegen jede bisherige ärztliche Prognose bald sterben werde. Sacks war einer der Menschen, die ich immer zu treffen gehofft hatte, aber bei dem ich nie den Mut aufgebracht hatte, ihn um ein Interview zu bitten. Was getraut man sich einen Wissenschaftler zu fragen, der einen Mann verstand, der seine Frau mit einem Hut verwechselte? Der begeistert war von dem Satz einer Autistin, die sagte, sie fühle sich angesichts zwischenmenschlicher Gefühlsäusserungen wie eine Anthropologin auf dem Mars? Er hatte die grossartige Gabe, nichts, was ihn überraschte oder verstörte, einordnen zu müssen. «Jetzt», sagt er, «gibt es keine Zeit mehr für Unwichtiges. Ich muss mich auf mich, meine Arbeit und meine Freunde konzentrieren. Ich werde die Nachrichten nicht mehr jeden Tag schauen. Ich werde Politik oder Streitgespräche über Umweltpolitik nicht mehr verfolgen. Es ist nicht Desinteresse. Aber sie gehören in die Zukunft.»

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man in einem vollbesetzten Restaurant sein Kind stillen? *Carmen Balsiger, Zug*

Es gibt genau zwei äusserst heikle Fragen, bei deren Beantwortung man sich sehr unbeliebt machen kann: Dürfen im Restaurant a) Kinder gestillt werden und b) Hunde dabei sein? Für Sie nehme ich das Unbeliebtsein gerne auf mich; beide Fragen: nein. Das Stillen ist zwar genau genommen ebenso Nahrungsaufnahme wie ein Restaurantbesuch. Aber es ist halt nicht das Gleiche, weil es ein sehr intimer Vorgang ist. Und Intimität, die uns nichts angeht, wirkt störend. Das ist, wie wenn jemand im Zug zu laut telefoniert und alle zuhören müssen. Und schliesslich, finde ich, hat auch das Kind etwas Ruhe und Intimität verdient.

David Schnapp

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrli- und Buchstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Früher raufte man sich hinter den Kulissen, heute kommt noch die öffentliche Dimension hinzu.» *Maximilian Reimann*

Wohin schippert die Schweiz?

Nr. 8 – «Kampf der Königinnen»; Hubert Mooser über den Bundesrat

Der wirtschaftliche, finanzielle und politische Druck auf die Schweiz steigt. Die Energiefrage ist ungelöst. Bei der Umsetzung der Abstimmungsergebnisse wird getrödelte. Die Weltwirtschaft, und mit ihr die Schweiz, steht vor einer globalen Wirtschaftskrise. Mit bereits über 52 Prozent Nahrungsmittelimporten ist unsere Lebensmittelversorgung alles andere als autonom, doch offensichtlich sieht hier niemand ein Problem. Hoffnungslos verschuldete Nachbarländer machen Jagd auf die (noch) reiche Schweiz, welche den Jägern dabei noch behilflich ist. Nicht weit weg ist Kanonendonner zu hören, währenddem unsere Armee zu einem kleinen Häufchen schrumpft.

Es gäbe viele wichtige Dossiers anzupacken, um unser Land auf kommende, bedeutend schwierigere Zeiten vorzubereiten. Zwei «Königinnen» liefern sich einen internen Machtkampf mit externen Konsequenzen, andere Würdenträger pilgern duckmäuserisch nach Brüssel oder wollen Weltpolitik betreiben. Mein Gott, wohin schippert meine liebe Schweiz? *Kurt Buehlmann, Aubonne*

Ich habe in meiner langjährigen politischen Laufbahn unter der Bundeshauskuppel natürlich schon verschiedene «Hahnen- und Primadonnenkämpfe» im Bundesrat miterlebt. Der grosse Unterschied zu früher ist nur der: Früher raufte man sich hinter den Kulissen, heute kommt noch die öffentliche Dimension hinzu, wohl auch eine Folge der inzwischen völlig überdimensionierten Informations- und Kommunikationsstäbe in den einzelnen Departementen.

Zum aktuellen finanzpolitischen Zwist zwischen dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und dem Finanzdepartement von wegen Klima- und/oder Energieabgabe lache ich mir aber heimlich ins Fäustchen. Beide Reformwerke, die Ökosteuer der Frau Widmer-Schlumpf wie die Energiewende der Frau Leuthard, sollen zu einem guten Stück auf dem Buckel der Autofahrer ausgefochten werden. Angesichts des fortschreitenden Euro-Zerfalls lassen sich die relevanten Steuern aber nicht beliebig erhöhen. Ich wohne ja an der Grenze zu Deutschland. Seit der Freigabe des Euro stelle ich fest, dass jetzt auch der Benzintourismus in die andere Richtung geht. Insbesondere Dieseltreibstoff, ohnehin stark im Aufwind, ist jenseits der Grenze bereits massiv billiger als bei

uns. Wenn nun Schweizer Shopping-touristen drüben auch gleich noch ihre Autos billig volltanken können, nehmen die Nummernschilder von LU, OW, SZ oder GL noch mehr zu. Die Lenkungswirkung Ihrer beabsichtigten Steuererhöhungen, verehrte Frauen Bundesrätinnen, wird die heimischen Steuerzahler vor allem über die nahe Grenze lenken!

Maximilian Reimann, Nationalrat, Gipf-Oberfrick AG

Sorry, liebe *Weltwoche*. Der Titel müsste heissen «Kampf der Hexen» (und nicht «der Königinnen»). *Fritz Peter, Uitikon*

Zwei Fliegen auf einen Streich

Nr. 8 – «Verhandeln wie Varoufakis»; Markus Schär über Schweizer Aussenpolitik

Von den Griechen lernen und ihnen helfen: Ich schlage vor, die Schweiz gewährt Griechenland die benötigten 3,5 Milliarden Euro als echte Entwicklungshilfe. Damit schlägt sie zwei Fliegen auf einen Streich, der Euro wird wieder stärker und der Franken schwächer, und die beiden Länder zeigen der EU ihre demokratischen und legitimen Kräfte.

Hans Sutter, Bonaduz

Sand in die Augen

Nr. 8 – «Sie sägen an der Staatssäule der direkten Demokratie»; Editorial von Roger Köppel

Richtigerweise weist der Autor darauf hin, dass laut dem Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative EU-Bürger von der angestrebten Kontingenzierungsregelung ausdrücklich ausgenommen sind. Ein Gesetz zur Regelung der Zuwanderung mit der EU, das auf EU-Bürger gar nicht anwendbar ist, ist sinnlos. Es kann allenfalls dazu dienen, dem Stimmbürger Sand in die Augen zu streuen. Das ist reine Spiegel- fechtere. *Andreas Flörsheimer, Dornach*

Neofeudaler Haufen

Nr. 8 – «Schluss mit Hundeschule»; Guido Tognoni über Bussen, Gebühren und Verbote

Dieser Text gäbe für sich allein schon ein Parteiprogramm. Das Problem ist mitnichten zweit-rangig! Auch wenn sich die etablierten Parteien zu vornehm sind, solchen «Kleinkram» aufzugreifen. Dabei ist der ausufernde, neofeudale Haufen in Bundesbern genau der Nährboden, auf dem die antidemokratischen Staatsstreich von oben so gut gedeihen. Es braucht hier ganz

klar neue Leute, die, ohne Rücksicht auf Zaubersprüche und ähnlichen *Karsumpel* zu nehmen, dem Saustall ans Leder gehen. Guido Tognoni in den Bundesrat! *P. Liniger, Gentilino*

Schnitzelbänke bald auf Arabisch?

Nr. 8 – «Ach Mohammed»; Rico Bandle über die Basler Fasnacht

So werden wir systematisch in die Knie gezwungen und bearbeitet, um unser Brauchtum aufzugeben. Die Tochter meiner Kollegin besuchte einen Kochkurs in der Schule. Ich fragte sie, ob sie auch Voessen mit Kartoffelstock kochen – ihr Lieblingsessen. Nein, das dürfe man nicht, man müsse Rücksicht nehmen. Es werde nichts mit Schweinefleisch gekocht. Voessen, ein Schweizer Traditionsgericht, wird verbannt, weil man sich anpasst. «Gewisse Muslime verstehen die Schnitzelbänke nicht richtig...» steht im Artikel. Der nächste Schritt der «Anpassung» wird wohl sein, dass die Schnitzelbänke auf Arabisch vorgetragen werden müssen. *Roli Hammer, Kanchanaburi (Thailand)*

Es sind die Anhänger eines vormittelalterlichen Islam, die mit Gräueltaten und Terror ihre Vorstellung vom Islam verbreiten wollen. Sie haben es offensichtlich geschafft, den Funken des Terrors in die Köpfe der Basler zu setzen, so dass Letztere aus Angst vor mögli-

chen Repressalien vermeintlich freiwillig zensurieren. Mit dem feigen Verzicht der Basler auf die Freiheit der Meinungsäusserung haben die Dschihadisten ihr Ziel erreicht. *Heinrich Vettiger, Wetzikon*

Die Jagd macht mehr Spass

Nr. 8 – «Frauen wollen gerne Sex»; Beatrice Schlag über die weibliche Lust

Hinter dem Projekt des weiblichen Viagras steht garantiert der Wunsch nach Kontrolle. Doch wir lassen uns nicht zähmen, das Berechenbare ist nicht unser Spiel. Liegt nicht darin unser Reiz? Wir sind von Kopf bis Fuss auf Liebe eingestellt, aber nicht unbedingt nur mit einem Mann. Die Jagd macht nun mal mehr Spass als der Besitz. Mit dieser Einsicht bliebe uns allen viel Frust und Kummer erspart! *Beatrix Kruger, Zürich*

Blender

Nr. 7 – «Sackmesser der deutschen Politik»; Wolfgang Koydl über Christian Lindner

Lassen Sie sich nicht täuschen, der Mann ist ein Blender. Meint, er könne mit dem Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP «Sozial- und Umweltstandards» definieren, als ob man da die USA als Vorbild nehmen könnte, und er posaunt Unsinniges wie «Neben der Liebe gibt

es keine grössere Emotion als den Freisinn» in die Welt hinaus. Das ist ja noch schlimmer als Angela Merkels ewiges «Das ist alternativlos». *Fred Wittwer, Steffisburg*

Ist man ein Rassist, wenn ...

Nr. 8 – «Rassismus – verzweifelt gesucht»; Alex Reichmuth über Fremdenfeindlichkeit

Statistik ist eine andere Form der Lüge, ein bekanntes Bonmot. Die Lüge entsteht nicht bei der Auswertung, sondern gleich bei der Fragestellung. Je nachdem, was zu einem Thema gefragt wird und was insbesondere nicht zum Thema gefragt wird, und durch die Formulierung der Frage wird das Ergebnis schon entscheidend im Voraus beeinflusst. Apropos Rassismus: Ist man schon ein Rassist, wenn man unsere liberale Gesellschaft bedroht sieht durch die immer grösser werdende Zahl von religiösen Dogmatikern? Ist man ein Rassist, wenn einen ein ungutes Gefühl erfasst angesichts schwarzer, verhüllter Gestalten? Ist man bereits ein Rassist, wenn man bedauert, dass unsere Buben und Mädchen bald nicht mehr gemeinsam im Schwimmbaden planschen dürfen? Ist man ein Rassist, wenn man sich durch die vielen, vielen Einbrüche und Überfälle verunsichert fühlt und es wagt, die Frage zu stellen, wo die Verbrecherbanden herkommen? *Norbert Frantz, Bergem (Luxemburg)*



Firmen zu internationalem Wachstum verhelfen: Auch das ist die Post.

Die Post macht viel mehr, als man denkt. Wir bieten zum Beispiel international tätigen Firmen massgeschneiderte Versandlösungen. Egal, ob es dabei um Briefe, Kleinwaren, Printmedien oder Direct Mailings geht. Und das erst noch in gewohnter Schweizer Qualität. Ergreifen auch Sie Ihre Wachstumschancen und überwinden Sie mit der Post Grenzen: post.ch/gelb-bewegt

DIE POST 
Gelb bewegt.

Die Sommaruga-Show

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga gibt in der Öffentlichkeit gern die Musterschülerin. Bei genauerem Hinsehen werden freilich Abgründe sichtbar. Die Justizministerin wird nachlässig. Neuerdings verdreht sie sogar Fakten. *Von Hubert Mooser und Monique Baumann (Illustration)*

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, seit über vier Jahren Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), achtet stets auf Genauigkeit und Präzision. Doch beim Thema Masseneinwanderung wird sie plötzlich nachlässig, wie am 14. Februar in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF. Sommaruga hatte eine anstrengende Woche hinter sich. Am Montag zuerst der Besuch bei EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Brüssel. Dann die Debatte im Bundesrat und der Auftritt mit den Bundesräten Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann vor den Medien. Zwei Tage später die Von-Wattenwyl-Gespräche mit den Parteichefs. Mit der Zuwanderungsvorlage tut sich der Bundesrat schwer. «Wir müssen der Bevölkerung klar sagen, wo wir hier jeweils stehen», sagt Sommaruga. Und je länger die Woche dauerte, desto verwegener klang sie.

Über das Radio verbreitet sie am Ende der Woche: Die EU habe die Türe erstmals seit Monaten einen Spalt aufgestossen und sei zu Gesprächen bereit. Das war, wenn auch nicht ganz falsch, reichlich übertrieben und erweckte den Eindruck, man habe in Brüssel Fortschritte erzielt. Der Staatssekretär des Departements für auswärtige Angelegenheiten, Yves Rossier, hatte schon im Juli 2014 durchblicken lassen, Gespräche mit der EU seien nicht ausgeschlossen. Im Bundesrat, wo keine Kameras und Mikrofone auf sie gerichtet sind, wirkte Sommaruga dagegen verunsichert. Die Auftritte in den Medien seien nur Show – zur Beruhigung des Publikums, sagen regierungsnahe Kreise.

Kollegen scharren mit den Füßen

Sommaruga deutet plötzlich auch die Absichten der SVP um: Die Initianten hätten eine eigenständige Steuerung der Migration verlangt, gleichzeitig aber auch explizit betont, dass der bilaterale Weg ganz wichtig sei, behauptet nun Sommaruga. Eigentlich sagte alt Bundesrat Christoph Blocher in einem Interview, die Bilateralen seien völlig überbewertet, also genau das Gegenteil.

Solche Ungenauigkeiten und Verdrehungen ist man von der Bernerin nicht gewohnt. Sie legt grossen Wert auf Exaktheit. Bei ihren Ausführungen im Bundesrat scharren ihre Kolleginnen und Kollegen zuweilen mit den Füßen, wenn sie die Mittwochsitzung mit ihrer pingeligen Art wieder einmal in eine juristische Vorlesung verwandelt. Den Direktor des

Bundesamtes für Migration, Alard du Bois-Reymond, feuerte sie schon kurz nach Amtsantritt wegen Nachlässigkeiten. Mit Tessiner Parlamentariern verkehrt sie ausschliesslich auf Deutsch – weil sie Italienisch nicht in allen Nuancen beherrsche, wie sie dem Tessiner Nationalrat Marco Romano (CVP) anvertraute. Pedantisch achtet sie bei Interviews darauf, dass am Ende alles genau so geschrieben steht, wie sie es gesagt hat, auch wenn das Gespräch dadurch fad und langweilig wirkt.

Unnahbare Verschlossenheit

Sommarugas angenehme Zurückhaltung, ihr unspektakulärer sachlicher Stil beim Politisieren, also all das, was sie für das Publikum zur Ikone für Gerechtigkeit und Konsumentenschutz machte, wickelt sich inzwischen in einer fast unnahbaren Verschlossenheit. Sie vertraut nur wenigen Menschen, ihrem Generalsekretär Matthias Ramsauer, ihrem persönlichen Mitarbeiter Vincenzo Mascioli und natürlich dem früheren Preisüberwacher Rudolf Strahm, ihrem inoffiziellen Berater. Das mache die Zusammenarbeit mit der Bundesrätin sehr schwierig, sagen frühere Mitarbeiter des Departements. Sie wolle immer die Musterschülerin sein, sagen Parlamentarierinnen von ihr und erwähnen ein treffendes Beispiel da-

Man beginnt zu ahnen, weshalb sie die Karriere als Konzertpianistin vor Jahrzehnten schmiss.

für: 2013 diskutierte die Finanzkommission des Nationalrates über Sparmassnahmen, dafür hatte man die Bundesräte einzeln vorgeladen. Doris Leuthard wehrte sich gegen Einsparungen, Simonetta Sommaruga hatte die noch nicht beschlossenen Einschnitte in ihrem Budget schon vorweggenommen. Man beginnt zu ahnen, weshalb sie die Karriere als Konzertpianistin vor Jahrzehnten schmiss. Nie hätte sie es als Pianistin ganz nach oben geschafft.

Die eiserne Disziplin, die es dafür braucht, hätte sie schon gehabt. Während ihrer Zeit am Gymnasium Bethlehem in Immensee (SZ) reiste Sommaruga bereits um halb sieben Uhr am Morgen aus dem Aargauer Freiamt an, um vor dem Unterricht an ihrer Klaviertechnik zu feilen. Dem *Magazin* vertraute sie 2001 an, die sechs Jahre «Einzelhaft am Klavier», als sie täglich neun Stunden übte, hätten sie geprägt. Gerade noch rechtzeitig merkte sie wahr-

scheinlich, dass ihr zwei Eigenschaften zur grossen Pianistin fehlten: Leidenschaft und Kreativität.

Sommaruga brach die Musikkarriere ab, zog nach Freiburg, schob Nachtwache in einem Frauenhaus und trat später der SP bei. Landesweit bekannt wurde sie als Konsumentenschützerin: Sie reiste in dieser Funktion viel herum, hörte sich geduldig Klagen über strahlende Handys und teure Medikamente an. Das zahlte sich aus: Ohne Umweg über das Kantonsparlament wählten sie die Berner Stimmbürger 1999 in den Nationalrat. Vier Jahre später schafft sie auch den Wechsel in den Ständerat. Nach dem Rücktritt von Moritz Leuenberger 2010 wird sie Bundesrätin. Sie will das Wirtschaftsdepartement, bekommt stattdessen das EJPD mit der Ausländerpolitik.

Das Amt forderte viel von ihr. Als Nichtjuristin muss sie sich das Fachvokabular einer Justizministerin aneignen. Und sie ist von Beginn weg mit der Umsetzung schwieriger Initiativen konfrontiert, wie der Ausschaffungs- oder der «Abzocker»-Initiative. Aber auch nachdem sie über vier Jahre im Amt ist, weiss man immer noch nicht: Wer ist Bundesrätin Simonetta Sommaruga wirklich?

«Ich küsse nicht»

Selten gibt sie etwas von sich preis. Sie spielt immer nach Noten, spontane Aktionen kommen in ihrem Repertoire nicht vor. Jeder ihrer Auftritte sieht so aus, als habe sie diesen vorher minutiös vorbereitet und durchgespielt. Das merkt man vor allem dann, wenn etwas abläuft, was sie nicht planen konnte, wie den Kuss von EU-Chefkommissar Juncker. Die Schweizer Justizministerin wankte und lächelte verlegen in die Kamera. Derart in Rücklage sieht man die Schweizer Justizministerin selten. So viel körperliche Nähe behagt der kühlen Bernerin nicht.

Das musste auch CVP-Parteichef Christophe Darbellay beim letzten Von-Wattenwyl-Treffen erfahren. Darbellay wollte die Justizministerin zur Begrüssung auf beide Wangen küssen. Sommaruga wehrte ab, streckte die Hand aus und murmelte: «Ich küsse nicht.» Ja, wenn sie einen EU-Präsidenten Juncker küsse, habe er natürlich keine Chancen mehr, gab der Walliser zurück.

Die Wahl zur Bundespräsidentin im Dezember 2015 war ein Höhepunkt in ihrer politischen Karriere. Selbst damals konnte sie aber



Als Stan und Laurel in einem FILM ein Klavier
die Treppe hochtragen müssen, geht natürlich....
alles schiefe. Der eine zieht in diese
Richtung, der andere in die andere.
"SO geht es manchmal auch im BUNDESRAAT"

Sechs Jahre «Einzelhaft am Klavier»: Bundespräsidentin Sommaruga.

nicht aus ihrer Haut schlüpfen. Die Empfangsfeier in der Berner Vorortsgemeinde Köniz, wo sie lange in der Exekutive sass, funktionierte sie um zu einer Lehrwerkstätte über die Zusammenarbeit. Sie lässt einen Film abspielen mit dem US-Komikerduo Stan Laurel und Oliver Hardy. Die beiden sollen ein Klavier eine steile Treppe hochtragen. Und natürlich geht schief, was schiefgehen kann. «Es geht ihnen also wie manchmal dem Bundesrat oder dem Parlament», belehrt Sommaruga die Gäste. Die Zusammenarbeit erweise sich als schwierig. Das könne ja nicht gutgehen, wenn der eine in diese Richtung ziehe und der andere in die andere. Und am Ende würden dann alle fragen: «Wer ist schuld, dass es nicht so läuft, wie es sollte», resümiert die Bundespräsidentin. Erst nach dieser pädagogischen Einführung dürfen die Gäste den Film sehen.

Asylbewerber tauchen massenhaft unter

In ihrem Departement geht auch einiges schief: 2013 kündigt Sommaruga eine Neustrukturierung des Asylbereichs an. Die Asylverfahren sollen in Zukunft rascher abgewickelt werden. Sechzig Prozent aller Verfahren sollen innerhalb von maximal 140 Tagen in neuen regionalen Zentren des Bundes erledigt werden. Bis Ende 2014 wollte Sommaruga die neuen Standorte für diese Bundesasylzentren bekanntgeben. Eineinhalb Jahre nach der Ankündigung ist erst ein einziger neuer Standort bekannt, Giffers im Kanton Freiburg.

Baurechtliche Abklärungen und politische Entscheidungsprozesse dauerten länger als angenommen, wehrte sich Sommarugas Staatssekretariat für Migration (SEM). So wie sich die aktuelle Situation im Testzentrum Zürich präsentiert, dem Vorbild für die neuen Bundesasylzentren, muss man aber schon fast von einer glücklichen Fügung des Schicksals sprechen. Denn inmitten wolkiger Floskeln einer Pressemitteilung des SEM zu einer Evaluation des Testzentrums Zürich findet man noch folgenden pikanten Hinweis: «Im Bereich des Wegweisungsvollzugs ist jedoch zu beobachten, dass die Asylsuchenden den Testbetrieb häufiger unkontrolliert verlassen, als dies im Regelbetrieb der Fall ist.» Mit anderen Worten: Die Verfahren werden zwar rascher abgewickelt, es tauchen aber erheblich mehr Asylsuchende unter als in einem regulären Betrieb. Fast zwölf Prozent der Asylsuchenden verschwanden nach dem Entscheid vom Radar der Asylbehörde. Im normalen Betrieb waren es in der gleichen Periode bloss zwei Prozent.

Noch schlimmer sieht es bei den sogenannten Dublin-Fällen aus. Das sind Asylgesuche, die nicht geprüft werden, weil ein anderer europäischer Staat dafür zuständig ist. In dieser Kategorie tauchte sogar fast jeder zweite Asylsuchende unter.

Trotz dieser schlechten Zahlen sind Sommarugas Ausländerbehörde und der zustän-

dige Zürcher Regierungsrat aber nicht beunruhigt. Man gehe davon aus, dass diese Leute das Schweizer Territorium verlassen hätten, sagen sie lapidar. Wer's glaubt.

Sommarugas Parteileute wie Fraktionschef Andy Tschümperlin streichen dagegen den Berg an Vorlagen hervor, den die Bernerin seit ihrer Wahl abgearbeitet habe – darunter das neue Bürgerrechtsgesetz, die Asylgesetzrevision, die Vorlage zur besseren Integration von Ausländern, die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Geschickt habe sie auch in den vergangenen Monaten die Kontrolle über die Masseneinwanderungsinitiative an sich gezogen. Nicht alle in der Partei hatten daran Freude. Der linke SP-Flügel mit dem Berner Corrado Pardini und der Baselbieterin Susanne Leutenegger Oberholzer weibelte jedenfalls erfolglos dafür, dem Wirtschaftsminister die heisse Kartoffel weiterzureichen.

Eines hat sich im Verhältnis zwischen Sommaruga und ihrer Partei geändert: Niemand

Lange taten sich die SP-Vertreter schwer mit der Tochter aus bürgerlichem Haus.

kritisiert mehr die Bernerin für ihren Stil und ihre Politik. Das war nicht immer so. Lange taten sich die SP-Vertreter schwer mit der Tochter aus bürgerlichem Haus. Sie machte es der SP auch nicht leicht. Den Meinungsmachern ihrer Partei warf sie früher vor, sie würden die Strapazierung des Sozialstaates ignorieren. Mit dem von ihr mitverfassten «Gurten-Manifest» rüttelte sie im Jahr 2001 noch an anderen SP-Tabus. Die SP solle «nicht auf jede Sonderforderung der Umweltorganisationen, Gewerkschaften oder Beamten aufspringen» und «nicht jeder Referendums- und Initiativforderung einer ihr nahestehen-



den Aktivistengruppe nachgeben», forderte die Bernerin.

Sie selber sagt von sich, sie habe ein unverkrampftes Verhältnis zur Macht. Macht biete die Möglichkeit, etwas zu verändern. Beharrlich bringt sie als Bundesrätin Vorlagen wieder auf den Tisch, mit denen sie im Parlament scheiterte: zum Beispiel das Konsumkreditgesetz. Sommaruga will die Zinsen auf Konsumkrediten deutlich senken, scheiterte aber im ersten Durchgang im Bundesrat. Eine Woche später brachte sie die Vorlage erneut in den Bundesrat, mit einer weniger drastischen Reduktion der Maximalzinsen.

Das sei typisch für Sommaruga, sie halte nie stur an ihrer ursprünglichen Vorlage fest, sagen bundesratsnahe Kreise. Sie sei sehr stark erfolgsorientiert und darum schnell zu Abstrichen bereit.

Mit Alain Berset hat die EJPD-Chefin einen treuen Genossen, auf den sie sich verlassen kann, wenn es hart auf hart geht. Aber das ist auch schon die einzige Gemeinsamkeit. Es gibt regelmässig Spannungen im SP-Duo – zum Beispiel, als die Justizministerin ihren Parteikollegen nicht vorinformierte, dass die Begleitmassnahmen zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative auch die Ausbildung von zusätzlichen Ärzten vorsehen. Berset wurde von diesen Plänen kalt erwischt, dabei fehlen seine Leute seit Monaten an einer solchen Vorlage.

Sommaruga versteht sich gut mit Doris Leuthard, Didier Burkhalter und Eveline Widmer-Schlumpf. Mit Johann Schneider-Ammann hat sie Mühe. Ueli Maurer stauchte sie bei der Albisgüetli-Tagung der SVP Zürich öffentlich zusammen, weil dieser die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention anregte – freilich ohne den Namen des Verteidigungsministers in den Mund zu nehmen. Dabei verdrehte sie wieder alles und unterstellte der SVP, sie wolle mit ihrem Angriff auf das Völkerrecht die Folter salonfähig machen. Im Saal rutschten die Gäste nervös auf ihren Stühlen herum und ballten die Faust im Sack.

Politik mit Fotos

Am 15. April wird Sommaruga nun in Bern den französischen Staatspräsidenten François Hollande zu einem Staatsbesuch empfangen. Bei den anderen Departementen hat sie schon einmal anfragen lassen, was man dem ausländischen Gast an Sehenswürdigkeiten vorsetzen könnte. Hollande und Sommaruga kennen sich bereits vom Davis-Cup-Final in Lille, bei dem die Schweiz die begehrte Trophäe im Tennis holte. Nach dem Anschlag auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* eilte sie ausserdem zum Gruppenfoto an Hollandes Seite nach Paris. Einige Wochen später sagte sie in einem Interview: «Ich mache nicht mit Fotos Politik.» Wieder so eine Ungenauigkeit der nach Perfektion strebenden Bundesrätin. ○

Wo soll das enden?

Die öffentliche Hand erhält heute mehr Geld denn je. Alles wird gebraucht, um die Tätigkeit des Staates auszubauen und in neue Gebiete zu verlagern. Der Schweizer Fiskus ist ähnlich gierig geworden wie der deutsche. *Von Beat Gygi*

Die Mitteilungen der Gemeindeverwaltung am Wohnort klingen nüchtern, nicht alarmierend: Der Servicevertrag mit der Gärtnerei wird gekündigt, stattdessen stellt man einen eigenen Friedhofsgärtner an, der die Friedhofsbepflanzung betreut. Zur Wartung und Vernetzung der Computer in den Schulhäusern wird eine neue Teilzeitstelle geschaffen. Die Professionalisierung der Jugendarbeit ersetzt den privaten Verein, der teilweise ehrenamtlich gearbeitet hat, durch eine Jugendarbeitsfirma, deren Fachleute naturgemäss jede einzelne Arbeitsstunde verrechnen. So hat die Gemeinde im Dezember ein halbes Dutzend Personen mehr auf der Lohnliste als Anfang Jahr, das geht seit langem so und wird sich nur ändern, wenn die Bürger Schranken setzen.

Boom der sozialen Wohlfahrt

Ähnlich geht es in vielen andern der gut 2300 Schweizer Gemeinden. Aber all die unmerklichen Schritte zum Ausbau des Staatsapparats summieren sich zu Milliarden. Über den Gemeinden gibt es zudem die Kantone, deren Parlamente und Verwaltungen durch die Bürger weniger streng kontrolliert werden als Gemeindestellen. Bildungsdirektionen können so rasch einmal einen Personalüberhang aufbauen und diesen im Laborieren mit allerlei teuren Schulversuchen beschäftigen. Und auf oberster nationaler Ebene können Nationalrat, Ständerat, Bundesrat und Verwaltung erst recht ihre Neigungen ausleben, solange sie nicht durch knappe Finanzen, Schuldenbremse oder Volksabstimmungen diszipliniert werden.

Die erste Grafik auf der nächsten Seite zeigt, dass der Fiskus von Bürgern und Firmen nominal noch nie so viel Geld erhalten, noch nie so viel Personal beschäftigt und so gut bezahlt hat wie heute. 2013 erreichten die Einnahmen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen etwa 205 Milliarden Franken; das entspricht fast einem Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung der Schweiz. Das Jahr 2014 dürfte für den Staat ähnlich ertragreich gewesen sein, auch wenn der Einnahmeboom auf Bundesebene nach den gut 65 Milliarden von 2013 einen leichten Dämpfer erlitt und der Zufluss nur knapp 64 statt der erhofften 66 Milliarden Franken ausmachte. Die zentralistische direkte Bundessteuer

fließt immer reichlicher, Preise für öffentliche Leistungen bleiben hoch, und die Mehrwertsteuer dient als Allzweckinstrument für alle Situationen, in denen eine bedürftige Sozialversicherung zu stützen ist.

Die Grundeinstellung des Staatsapparats steht nicht auf «Zurückhaltung», sondern eher auf «Vordringen in neue Gebiete». Dass die Staatstätigkeit mit zunehmendem Wohlstand wächst, wirkt zunächst verwirlich – jedenfalls dann, wenn man annimmt, dass der Staat primär das erledigen soll, was Firmen, Bürger und Konsumenten im Privaten nicht so gut können. Der legendäre deutsche Wirt-



Vordringen in neue Gebiete: Friedhofsgärtner.

schaftsminister und Liberale Ludwig Erhard war früher einmal der Meinung, dass die Sozialpolitik mit zunehmendem Wohlstand laufend abnehmen werde, da es in den Familien ja immer weniger Notlagen geben werde.

Grell ist der Kontrast zur heutigen Situation. Der öffentliche Sektor ist praktisch zum Umschlagplatz für Umverteilung geworden. Die Grafik zur Ausgabenentwicklung des Bundes zeigt, dass die soziale Wohlfahrt seit 1990 einen regelrechten Boom erlebte. Die vielen Spielarten der Sozialpolitik dienen dazu, Bürgern Geld aus der Tasche zu ziehen und dieses ändern zuzustecken. Manchmal geht es beim gleichen Adressaten einfach von der rechten in

die linke Tasche – wobei die öffentliche Hand immer auf ihre Kosten kommt.

Geradezu kümmerlich wirken daneben die Entwicklungen der Gebiete, die eigentlich zu den Grundaufgaben eines Staates zählen, etwa Sicherheit und Ordnung. Die Landesverteidigung erweckt den Eindruck einer sterbenden Branche, nur sieben Prozent des Haushalts gehen noch in diese Art von Sicherheitsvorsorge. Dafür scheint es gross in Mode zu sein, für Beziehungen zum Ausland und internationale Zusammenarbeit mehr Geld einzusetzen, die Entwicklungshilfe steigt.

Es wäre verfehlt, die Schweiz heute noch als «Tiefsteuerland» zu etikettieren. Die Grafik unten rechts auf der nächsten Seite zeigt, dass die sogenannte Fiskalquote, also Steuern und Abgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts, mit etwa vierzig Prozent deutlich über dem Durchschnitt der OECD und sogar über dem Niveau von Deutschland liegt. Der durchschnittliche Schweizer arbeitet bis in die erste Hälfte Mai quasi für den Staat, erst von da an für sich. Natürlich kommt von offizieller Seite sofort der Einwand, die hiesige Steuer- und Abgabenquote betrage nur gut 27 Prozent, aber wenn man alle hoheitlich befohlenen Abgaben wie Krankenkasse, berufliche Vorsorge oder Unfallversicherung dazuzählt, ist man eben im Klub der gierigen Staaten.

Zaun um die Arbeitsmärkte

Zudem werden auch jene hoheitlichen Umarmungen immer unangenehmer, die einem nicht Geld aus der Tasche ziehen, sondern die Bewegungsfreiheit einschränken. Im zurückliegenden Jahrzehnt hat sich an den Arbeitsmärkten eine Bürokratisierung ergeben, welche die bisher so gerühmte Anpassungsfähigkeit der Schweiz gefährdet. Die Grafik veranschaulicht, wie der Bundesrat durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung einer ganzen Serie von Gesamtarbeitsverträgen einen regelrechten Zaun um die Arbeitsmärkte errichtet hat. Derweil produzierten Parlament und Bund jedes Jahr 4000 bis fast 8000 Seiten neue Gesetze und Verordnungen. Deren Bewältigung braucht entsprechend viel Personal.

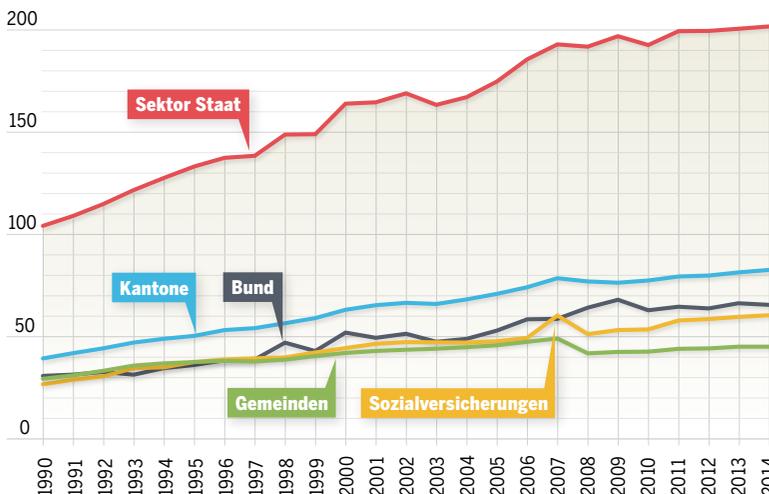
Nächste Seite: Finanzen und Aufwand von Bund, Kantonen und Gemeinden in der Übersicht

Mehr Staat in Zahlen

Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialpolitik übernehmen immer mehr Aufgaben. Das Staatswachstum zeigt sich nicht nur in höheren Steuern und Ausgaben, sondern auch in gesetzlichen Vorschriften für Firmen und Bürger.

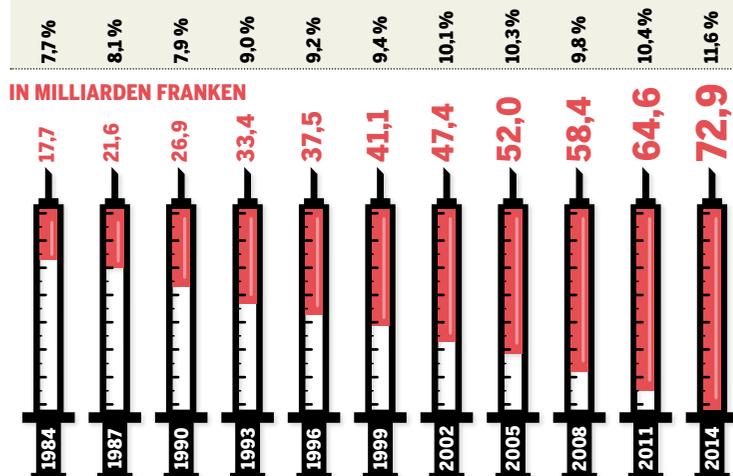
Der Staat sammelt auf allen Ebenen immer mehr Geld ein

Einnahmen 1990 bis 2014, in Milliarden Franken



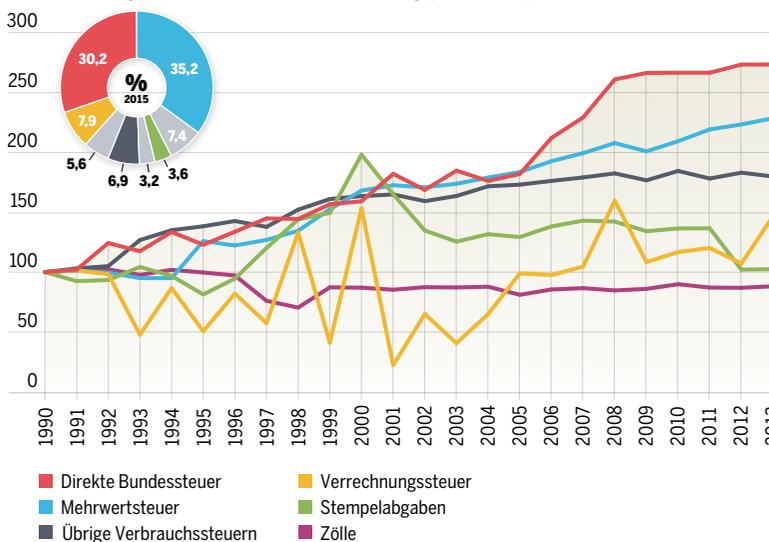
Das Gesundheitswesen als Wachstumsgeschäft

ANTEIL GESUNDHEITSAUSGABEN AM BIP



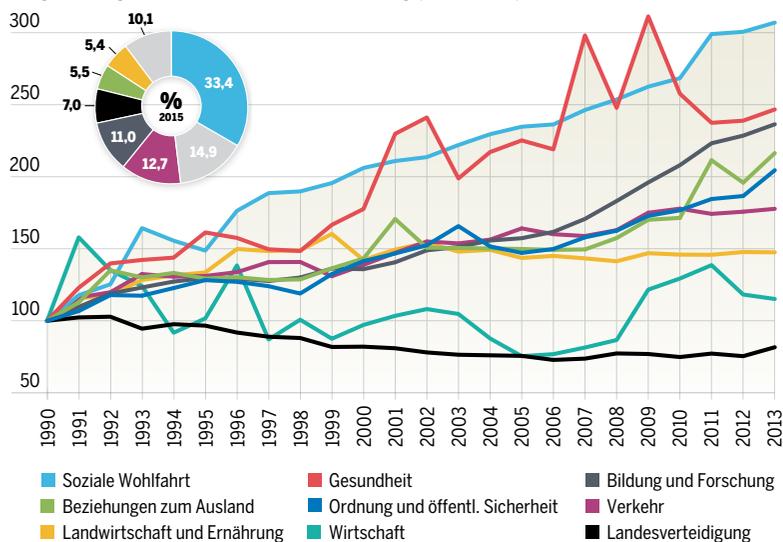
Rasante Karriere der direkten Bundessteuer

Einnahmekategorien Bund, indizierte Entwicklung (1990 = 100)



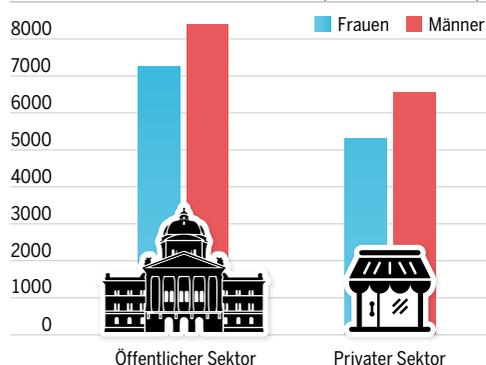
Der Bund wird zur Drehscheibe für Soziale Wohlfahrt

Ausgabekategorien Bund, indizierte Entwicklung (1990 = 100)



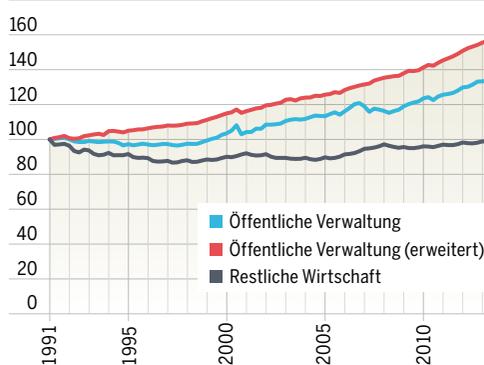
Der Staat zahlt besser als die Wirtschaft

9000 Monatlicher Bruttolohn, in Franken (Zentralwert, Median)



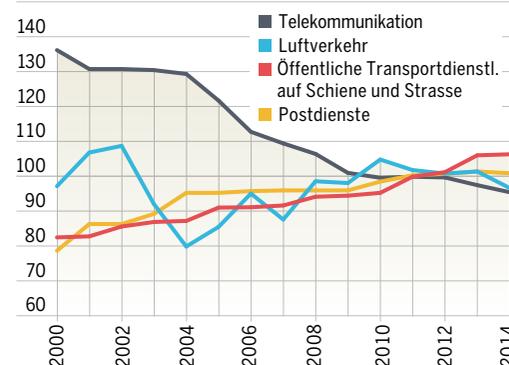
Das Job-Wunder ist öffentlich finanziert

180 Stellenentwicklung, indiziert

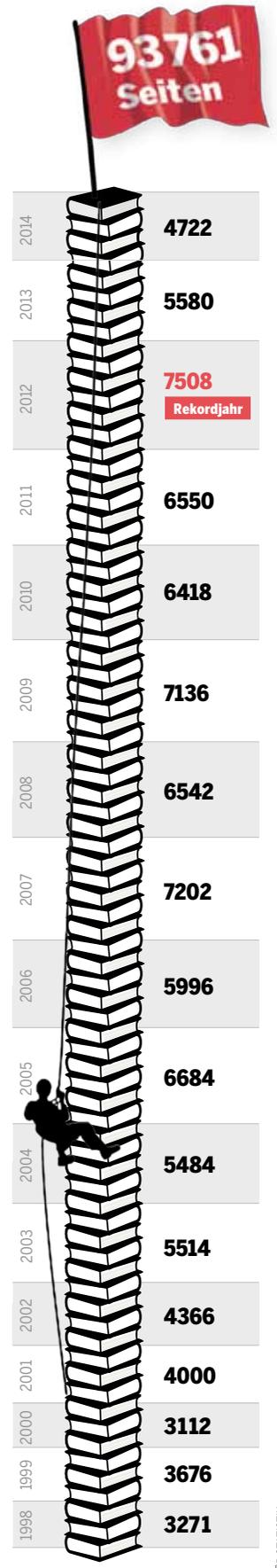


Privatisierung führt zu besseren Preisen

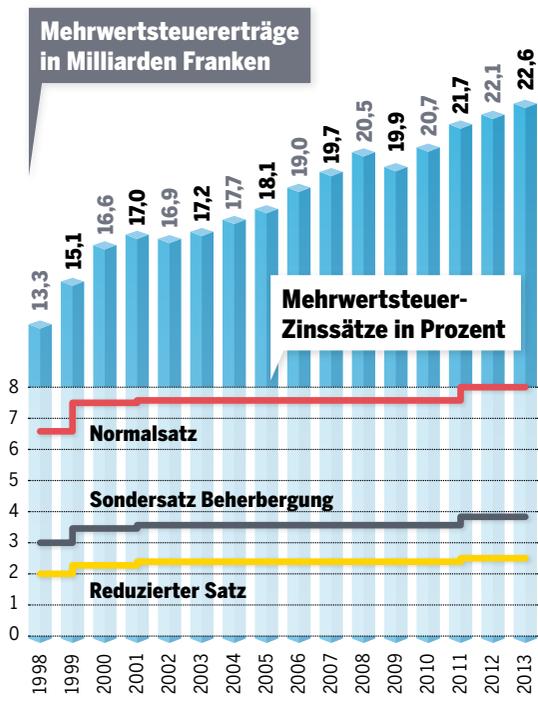
150 Preisindizes



Laufende Gesamtarbeitsverträge 2000 bis 2014

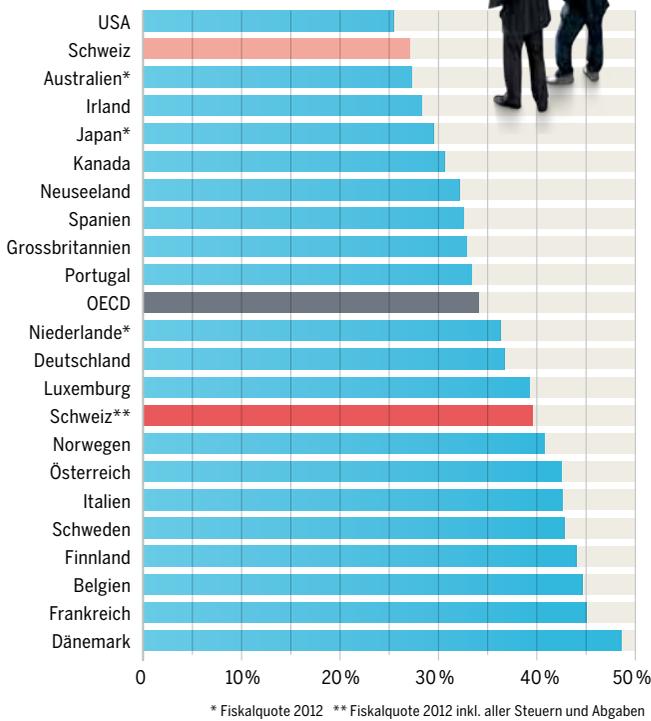


Der Mehrwertsteuersatz als Allzweckinstrument zum Geldeintreiben



Schweizer Fiskalquote höher als gedacht

Steuern und Abgaben, Anteil am BIP



Jedes Jahr Tausende von Gesetzeseiten

Neue und revidierte Erlasse auf Bundesebene, Anzahl Textseiten pro Jahr in der Amtlichen Sammlung der Eidgenossenschaft, 1998–2014

QUELLEN: AUTO SCHWEIZ (NR. 5), BUNDESAMT FÜR STATISTIK



«Ohne Energie ist es ein lausiges Leben»: Kasperli bringt Zauberer Zwackelmann Kartoffelsalat.

Sparwahn

Energie verbrauchen ist böse – Energie sparen ist gut: Gemäss diesem Glaubenssatz wollen alle das Volk umerziehen, von den Grünliberalen über die Stromversorger bis hin zum Bundesrat. Und niemand fragt, was das Sparen nützt und was es kostet. *Von Markus Schär*

Zu Weihnachten bekommt der Bürger von den Technischen Betrieben der Gemeinde eine Lektion: «Einige Tipps, wie der Kartoffelsalat und das Rollschinkli am Weihnachtsabend mit wenig Energie gekocht werden können». Der Bürger soll gemäss dem Achtpunkteplan das Salz erst ins kochende Wasser geben, weil es den Siedepunkt erhöht, und den Herd zehn Minuten vor dem Fertigmachen des Rollschinklis ausschalten: «Behalten Sie die Uhr im Blick.» Schliesslich mahnt ihn der Stromlieferant, zum Dessert brauche es «ja nicht zwingend» einen Kuchen aus dem Ofen: «Ein halbgefrorenes Zimteis mit einigen Guetzli schmeckt auch wunderbar» – vor allem, wenn es der Bürger schafft, ohne Energie Halbgefrorenes zu kühlen und Guetzli zu backen.

Der Strom, den der Bürger in seinem durchschnittlich hochgerüsteten Einfamilienhaus braucht, kostet pro Tag auf dem Markt einen

Franken, mit allen Abgaben noch einen Franken mehr. Mit dem Kochen von Rollschinkli und Kartoffelsalat nach dem Achtpunkteplan spart der Bürger also höchstens ein paar Rappen, übers Jahr einige Franken. Und keiner fragt, was er in der Stunde, in der er die Küchenuhr im Blick behält, Besseres machen könnte, zum Beispiel für die Umwelt. Niemand schert sich also um die Opportunitätskosten – das Konzept, das einem Ökonomiestudenten in den ersten Vorlesungen begegnet und das sich auch dem gesunden Menschenverstand erschliesst.

Verbot von «Stromfressern»

Wer die ungefragte Nacherziehung nicht absurd findet, ist entschuldigt: Vierzig Jahre nach dem Erdölshock – vor allem nach zwanzig Jahren Drohen mit dem Klimawandel und nach vier Jahren Eifern für die Energiewende – gilt

das Sparen von Öl, Benzin und Strom als Staatsreligion. Ob es um Verbote von «Stromfressern», Vorschriften für Automotoren oder Anreize für Gebäudesanierungen geht, um die Initiative «Energie-statt Mehrwertsteuer» vom 8. März oder die Energiestrategie 2050, die das Volk umerziehen soll, oder den in diesem Jahr auszuhandelnden Klimavertrag, der die Welt erretten will – immer gilt das Dogma: Energie verbrauchen ist böse, Energie sparen gut. Nur noch Ketzer fragen nach dem Verhältnis von Kosten und Nutzen oder weisen gar auf die historische Wahrheit hin: Die Menschheit verdankt den Fortschritt der letzten zwei Jahrhunderte dem Einsatz von Energie.

Die Binsenwahrheit ist scheinbar so einleuchtend, dass sie die Nationalräte beim Behandeln der Energiestrategie im Chor aufsaugen: «Durch Energieeffizienz eingesparte Energie ist die sauberste und günstigste Energie, weil sie gar

nicht produziert werden muss.» Kaum jemand nutze aber das «riesige Potenzial», um weniger Energie zu verschwenden, belehrte der Grünliberale Josias Gasser den Rat, samt einer Lektion Ökonomie für Simpel: «Das hat Gründe, welche die liberalen Geister hier in diesem Saal endlich zur Kenntnis nehmen sollen – es geht nämlich um Markt.»

Im Energiebereich sei die Preiselastizität der Nachfrage relativ klein, las der Bündner Baustoffhändler von seinem Skript ab. «Für Nicht-ökonominnen und -ökonomern in diesem Saal: Auf Preiserhöhungen beziehungsweise Preissenkungen reagieren die Konsumentinnen und Konsumenten vor allem kurzfristig kaum. Das heisst: Wenn der Strompreis zum Beispiel um zehn oder zwanzig Prozent steigt, werden nicht gleich neue Geräte gekauft, die viel weniger Strom verbrauchen.»

Eigentlich heisst es nur, dass die Konsumenten besser rechnen können als der Politiker, also merken, dass sich das Anschaffen eines neuen Backofens ökonomisch nicht lohnt, wenn sie damit ein paar Franken im Jahr einsparen, und auch ökologisch nicht, wenn sie die Umweltbelastung durch das Entsorgen der alten Geräte und das Herstellen der neuen bedenken. «Die Energie ist zu billig!», wendet der Voodoo-Ökonom aus Chur dagegen ein. Er fordert deshalb: «Die relativen Preise müssen so verändert werden, dass sie auf die Nachfrage wirken.» Das heisst: Der Markt funktioniert nur richtig, wenn ihn der Staat kontrolliert.

Unnützer Verzicht

Die Binsenwahrheit ist also nicht einleuchtend, sondern irreführend: Sparen ist zu teuer, wenn es, aller Verhältnismässigkeit spottend, Kosten verursacht oder Nutzen verhindert. In dieser Geistesverwirrung ist der Grünliberale nicht allein. Dem Irrglauben hängen auch der Bundesrat, die Verwaltungen von Bund und Kantonen sowie die Mehrheit des Parlaments an. Nur das Volk kann kalkulieren und will sich nicht kasteien, denn es sieht im Alltag, wozu das Energiesparen führt: zu unnützem Verzicht (wenn es wie im Beispiel statt des Kuchens nur Halbgefrorenes gibt), zu sinnlosem Aufwand (wenn die Köchin eine Stunde lang neben dem Topf wacht) und zu schlechtem Gewissen (wenn der Familientradition zuliebe doch ein Kuchen auf den Tisch kommt). Deshalb will die Bundespolitik verhindern, dass das Volk zur Energiepolitik etwas zu sagen hat.

Warum, fragen nach vierzig Jahren Nacherziehung immer noch viele Bürger, sollen wir überhaupt Energie sparen? Die erste Antwort war klar: Weil es sich lohnt. Bei den Ölschocks von 1973 und 1979 schnellte der Erdölpreis auf das Achtfache hoch; der Westen musste lernen, das schwarze Gold nicht mehr zu verschwenden. Das tat er mit grossem Erfolg; die Rohstoffe gingen nicht aus, wie es der Club of Rome 1972 weissagte, sondern mehrten sich, dank

Markt und Technologien wie dem Fracking. Heute sind die USA nicht mehr der grösste Importeur, sondern ein Exporteur von Öl und Gas. Vor allem deshalb stürzte der Ölpreis im letzten Jahr auf die Hälfte ab. Und der Strompreis strebt gegen null, weil die Deutschen Überkapazitäten an Windkraftwerken und Solaranlagen mit ihrer unzuverlässigen Produktion aufbauten. Wenn wegen des Überangebots ein Blackout droht, bezahlen sie sogar Abnehmer dafür, den Strom zu verschwenden.

Die zweite Antwort auf die Frage, warum wir Energie sparen müssen, ist deshalb: Weil es uns unabhängig macht. Besonders Bundesrätin Doris Leuthard belehrt Parlament und Volk gerne, wir müssten dank Energieeffizienz den Abfluss von Milliarden ins Ausland verhindern und mit erneuerbaren Energien die Wertschöpfung im Land behalten – uns also in der Autarkie abschotten. Damit missachtet sie allerdings eines der wenigen ökonomischen Gesetze, die niemand anzweifelt: die 198 Jahre alte Einsicht von David Ricardo, dass der Handel allen mehr Wohlstand beschert, wenn alle machen, was sie relativ am besten können. Die Frage stellt sich: Weshalb soll ein Land auf der geografischen Breite von Kanada mit einem meist ruhigen Klima Solar- und Windanlagen ausbauen, wenn der Strom vor allem dank Sonnenkraft im Süden und Windrädern im Norden auf Jahre hinaus im Überfluss zur Verfügung steht?



«Es geht nämlich um Markt»: Josias Gasser (GLP).

Die dritte Antwort auf die Frage, warum wir nicht einfach günstige Energie nutzen dürfen, ist darum: Weil sie zu günstig ist, wir also nicht den wahren Preis bezahlen. Wenn wir Energie verschwenden – so das Dogma –, verschulden wir unabsehbare Kosten für unsere Nachkommen, die den Abfall der Kernkraftwerke entsorgen und die Klimaerwärmung bewältigen müssen. Die Ökonomie spricht bei Aufwendungen, die nicht mit den Marktpreisen abgegolten werden, von externen Kosten. Und die marktwirtschaftliche Lösung heisst: Die externen Kosten sind zu internalisieren, also bei den Preisen aufzurechnen. Diesen Ansatz verfolgen

die Grünliberalen mit ihrer Initiative für eine Energiesteuer, aber auch die Freisinnigen, die eine Lenkungsabgabe fordern, oder Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die wohl im März ihren eigenen Vorschlag für eine Ökosteuer bringen wird (*Weltwoche* Nr. 8/15).

Absurde Lenkungsabgabe

Dumm ist nur: Niemand kann die externen Kosten beziffern. Die Grünliberalen drücken sich um dieses Problem, ihre Energiesteuer muss einfach die Mehrwertsteuer ersetzen, also 22 Milliarden Franken einbringen. Wenn sie das Verschwenden (aber auch nur das Verwenden) von Energie erfolgreich bekämpfen, zeigt sich allerdings der Konstruktionsfehler ihrer

Sparen ist zu teuer, wenn es Kosten verursacht oder Nutzen verhindert.

Initiative: Sie müssen auf immer weniger Energie immer höhere Steuern erheben, um für den Staat gleich viel einzunehmen. Das schlagen ihnen derzeit alle anderen um die Ohren, voran die Freisinnigen und die Finanzministerin – dabei ist ihre Lenkungsabgabe fast ebenso absurd.

Was wäre der richtige Preis für den Ausstoss von CO₂, um eine gefährliche Klimaerwärmung zu verhindern? Diese Frage kann nicht einmal der Weltklimarat (IPCC) beantworten. In seinem jüngsten Bericht räumt er ein, die ökonomischen Auswirkungen eines mässigen Klimawandels, wie er in diesem Jahrhundert wohl höchstens zu erwarten ist, seien «relativ klein», ja könnten per saldo sogar positiv sein. Deshalb können sich die Staaten im Dezember in Paris kaum zu einem Vertrag zusammenraufen, mit dem sie ihren CO₂-Ausstoss beschränken.

Die Schweiz will gleichwohl mit gutem Beispiel vorangehen. Um die Kosten des Vorbilds zu berechnen, liess sich die Bundesverwaltung vom grünen Nationalrat Bastien Girod einen Auftrag geben. Im Jahr 2020 würde es bei einer «ambitionierten Klimapolitik» 621 Millionen Franken mehr kosten als mit den geltenden schärfsten Gesetzen der Welt, zusätzlich 2,71 Millionen Tonnen CO₂ zu sparen, also 229 Franken pro Tonne. Die Börse handelt derzeit das Recht, eine Tonne CO₂ auszustossen, für sieben Euro. Und die gesparten knapp drei Millionen Tonnen entsprechen dem Ausstoss von China in zwei Stunden.

Kaum jemand will denn auch dem Vorbild Schweiz folgen. Die Chinesen, die Inder und die Brasilianer wissen nur zu gut, was auch einer der grössten Experten für das Energiesparen hierzulande weiss: der Professor für Motorenbau Lino Guzzella. Bevor er zum Präsidenten der ETH als Tempels des Energiesparglaubens aufstieg, sagte er noch öffentlich: «Ohne Energie ist es ein lausiges Leben.» ○

«Ich werde wieder operieren»

Der 78-jährige Schönheitschirurg Peter Meyer-Fürst wird vom Schweizer Fernsehen seit Jahren mit fragwürdigen Methoden als Kurpfuscher und Ungeheuer dargestellt. Nun nimmt der ehemalige Glamour-Arzt erstmals zu den Vorwürfen Stellung. *Von Rico Bandle und Tanja Demarmels (Bilder)*

Es herrscht Endzeitstimmung vor der Tagesklinik am Bellevue. Die Tafeln mit dem eleganten Schriftzug am Eingang sind abmontiert. Als wir eintreten, verlässt eine letzte Mitarbeiterin fluchtartig das Gebäude – obschon wir einen offiziellen Termin bei Peter Meyer-Fürst haben. Noch vor wenigen Wochen war dies ein gutlaufender Betrieb, jetzt ist alles kaputt, der Ruf ruiniert, die Klinik vom Gesundheitsamt durchsucht und geschlossen worden.

Ursache ist die Sendung «Kassensturz» von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) vom 20. Januar 2015. Moderator Ueli Schmezer kündigte einen «alten schlechten Bekannten» an: den schillernden Schönheitschirurgen Peter Meyer-Fürst, der auch mit 78 Jahren noch immer Frauen operiere, obschon er bereits früher mehrfach negativ aufgefallen sei. Der Fall, den er den Zuschauern präsentierte, war tatsächlich schauderhaft: Eine Brustverkleinerung bei einer jungen Frau war gänzlich missraten, es wurden Bilder gezeigt von blutunterlaufenen Brustwarzen und notdürftig zugeklammerten Nähten. «Larissa M.», so wurde die Frau genannt, werde ein Leben lang von der Operation gezeichnet sein, hiess es im Bericht. Für SRF war klar: Hier war ein «Pfuscher» am Werk, der seit Jahrzehnten wehrlose Frauen verunstaltet, seine Patientinnen ungenügend über Risiken aufklärt, dem Jetset-Leben zugeneigt ist und als Pleitier unzählige Gläubiger um ihr Geld gebracht hat. Kurz: ein greiser Unhold, der längst hätte aus dem Verkehr gezogen werden sollen.

Zahlreiche Medien sprangen auf das Thema auf und schürten weiter die Empörung. Unter dem Eindruck der Berichterstattung entzog die Zürcher Gesundheitsdirektion unter Regierungsrat Thomas Heiniger (FDP) dem Chirurgen erst die Operationsbewilligung, dann schloss sie kurzerhand die ganze Tagesklinik am Bellevue, wo Meyer-Fürst als Belegarzt tätig war.

Aussage gegen Aussage

Bisher hat der schwerwiegend angeschuldigte Schönheitsarzt zu den Vorfällen geschwiegen, nun soll er die Gelegenheit erhalten, seine Sicht darzulegen. Mit kleiner Verspätung treffen er und sein Anwalt vor der verwaisten Klinik ein. Meyer-Fürst, ein eher kleingewachsener, eleganter Herr, ist sichtlich aufgebracht. «Man hat ganze Existenzen ruiniert», sagt er. Sein Alter ist ihm durchaus anzusehen, nicht aber anzu-

hören: Er spricht viel und schnell, seine Worte sind klar und deutlich. Und er gibt sich kampfeslustig. Er ist fest davon überzeugt, dass er im Recht ist – und am Ende auch recht erhalten wird. Wie fast immer in der Vergangenheit. Mit einer einzigen Ausnahme hat Meyer-Fürst in den letzten vierzig Jahren vor Gericht stets gewonnen.

Wir richten uns in einem Sprechzimmer der Klinik ein, die nicht grösser ist als eine durchschnittliche Arztpraxis. Sofort kommen wir auf den Fall «Larissa M.» zu sprechen. Glaubt man dem «Kassensturz», bestehen keine Zweifel über die massive Fehlleistung des Arztes. Auch Meyer-Fürst sagt, es sei «eine ganz traurige Geschichte», was mit der jungen Frau geschehen sei. Ihm tue sie auch leid. Allerdings habe sich die Angelegenheit ganz anders zugetragen als vom Fernsehen dargelegt. Er nimmt ein Papier hervor, auf dem er die Chronologie der Ereignisse festgehalten hat. Darauf wird ersichtlich, was der «Kassensturz» gemäss seiner Auslegung verschwiegen hat: dass die Patientin mehreren wichtigen Nachkontrollterminen unentschuldig fernblieb, dass sie nach der Operation viel zu früh ihre körperlich anspruchsvolle Arbeit an einer Tankstelle wieder aufnahm, obschon sie vier bis sechs Wochen hätte ruhen müssen, dass sie trotz Komplikationen in die Ferien fuhr. Durch die Belastung sei die Wunde wieder aufgerissen, die Abwesenheiten der Patientin verhinderten eine seriöse Nachbehandlung. Zudem habe sie die ihr verschriebenen Antibiotika zum Teil nicht eingenommen.

Insgesamt ergibt sich aus dem Papier das Bild einer labilen jungen Frau aus einem uneterten sozialen Umfeld, die nicht fähig oder

willens war, den Anweisungen des Arztes Folge zu leisten.

In einer Stellungnahme wehrt sich «Kassensturz»-Chef Wolfgang Wettstein. Nichts sei unterschlagen worden; «Larissa M.» habe immer alle ärztlichen Anweisungen befolgt. Nur einmal sei sie einer Behandlung ferngeblieben, habe sich aber vorher entschuldigt. Er könne zudem belegen, dass die Patientin erst nach fünf Wochen wieder arbeiten gegangen sei. Den Beleg wollte er der *Weltwoche* jedoch nicht vorlegen. Jedenfalls steht hier Aussage gegen Aussage – wer recht hat, werden die Gerichte entscheiden müssen.

Nach Ausstrahlung des Beitrags traten weitere Frauen an die Öffentlichkeit, die sich ebenfalls als Opfer Meyer-Fürsts darstellten. Der Chirurg spricht von «Trittbrettfahrerinnen»: «Weshalb haben die sich nicht früher gemeldet? Die wittern nun ihre Chance, an Geld zu kommen.» Die vielen Anschuldigungen würden sich einmal mehr in nichts auflösen, davon ist er fest überzeugt.

«Michelangelo des Skalpells»

Peter Meyer-Fürst entstammt einer angesehenen Luzerner Familie. Sein Vater war bereits ein bekannter Chirurg, andere Zweige der Familie waren erfolgreiche Industrielle. Peter trat in die Fussstapfen des Vaters, studierte Medizin, spezialisierte sich auf Chirurgie, war später Privatassistent von Prof. Dr. H. U. Buff am Zürcher Uni-Spital, einem der Pioniere der kosmetischen Chirurgie in der Schweiz. «Der Vater machte die grossen Schnitte, ich interessierte mich für die kleinen», sagt Meyer-Fürst. Er wurde Oberarzt in Luzern, galt als hochtalentierter, ausserordentlich gewinnender Arzt, der bei Kollegen hohes Ansehen genoss. Eine FMH-Ausbildung zum plastischen Chirurgen gab es in der Schweiz damals noch nicht. Also reiste er nach Brasilien, um beim grossen Ivo Pitanguy, genannt «Michelangelo des Skalpells», das Handwerk zu verfeinern. 1970 eröffnete Meyer-Fürst über dem Café «Odeon» am Zürcher Bellevue seine erste Praxis.

In der Folge erlebte er einen kometenhaften Aufstieg. Der rasant wachsende Wohlstand, die sexuelle Freizügigkeit und die Auflockerung der puritanischen Sitten katapultierten ihn in die Mitte des gesellschaftlichen Lebens. Meyer-Fürst war zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort. Er gehörte zu den ganz wenigen plastischen Chirurgen im Land, hatte quasi eine Monopolstellung. Mit seiner kommuni-



Kometenhafter Aufstieg: mit Gattin Sylvia, 1989.



«Eine ganz traurige Geschichte»: Schönheitsarzt Meyer-Fürst in seiner geschlossenen Klinik.

kativen Art und seinem Hang zum Luxus pflegte er nicht nur beste Kontakte zu den Schönen und Reichen, er gehörte selbst zu ihnen. Der Glamour-Arzt war aber auch ein harter Arbeiter. Der Hirslanden-Klinik, wo er als Belegarzt operierte, bescherte er Millionenumsätze; niemand operierte so viel und so schnell wie er. Mehr als zwanzig Jahre lang war er mit grossem Abstand der meisteinweisende Arzt der angesehenen Privatklinik.

Die Blase platzt

In seinem Anwesen in St. Moritz, später in Celerina schmiss er Partys, der Schweizer Geldadel sowie Prominente aus Show und Kultur zeigten sich gerne mit ihm. «Das war eine wilde Zeit», sagt er. Über prominente Patientinnen möchte er nicht reden, es geistern jedoch Namen wie Iris Berben, Christina Onassis oder Ivana Trump herum. Trump hat sogar eine Zeitlang bei ihm gewohnt. Einem Supermodel habe er die Brüste gemacht, danach habe ein Bikinihersteller mit ihr zwei Millionen Bikinis verkauft, solche Geschichten erzählt er gerne.

Am Höhepunkt seiner Karriere besass er acht Luxusautos, darunter zwei Bentleys und ein

Maserati, hatte eine ansehnliche Kunstsammlung mit Picassos und französischen Impressionisten sowie Anwesen an der Côte d'Azur und im Tessin. Obschon er verheiratet war, zeigte er sich gerne mit jungen Frauen, was die Missgunst der Neider nur anheizte. Hinzu kommt seine direkte, undiplomatische Sprache. Bis heute nimmt Meyer-Fürst beim Reden keine Rücksicht auf Befindlichkeiten und politische Korrektheiten, wodurch er das ideale Feindbild für sämtliche Moralhüter abgibt.

Mit einem Supermodel, dem er die Brüste gemacht hatte, wurden zwei Millionen Bikinis verkauft.

Ein Berufskollege von ihm sagt, Meyer-Fürst sei in jener Zeit abgehoben, habe Anzeichen von Selbstüberschätzung an den Tag gelegt und sich zu wenig weitergebildet. Vor allem im Komplikationsmanagement hätten sich Defizite angehäuft. Meyer-Fürst tut solche Aussagen als «Unsinn» ab: «Bei mir gibt es weit weniger Vorfälle als bei den anderen, die Leute rennen bei mir einfach immer an die Öffentlichkeit.»

Anfang der 1990er Jahre war mit der Party plötzlich Schluss. Der Immobilienboom erwies sich als Luftschloss, das jäh in sich zusammensackte. Meyer-Fürst, der nicht nur in der Schweiz unzählige Häuser besass, sondern auch in Florida in Immobilien- und Golfplatzprojekte investiert hatte, stand plötzlich mit über zehn Millionen Franken Schulden da. «Da ist alles verreckt», sagt er.

Der bislang als unbesiegbar geltende Arzt lag am Boden, was all jene Leute auf den Plan rief, die noch eine Rechnung mit ihm offen hatten oder nur darauf gewartet hatten, ihre aufgestaute Verachtung loszuwerden. Von überallher tauchten Leute auf, die ihn mit Vorwürfen eindeckten. Der «Kassensturz» machte 1993 die erste Sendung über ihn, in der Frauen von missratenen Operationen erzählten. Die Sendung durfte den Namen des Arztes allerdings nicht nennen, das Gericht hatte dies verboten. Kurz darauf folgte ein vernichtender Artikel in der Zeitschrift *Bilanz*, Meyer-Fürst stoppte die Auslieferung per einstweiliger Verfügung, das Heft wurde trotzdem in Rekordauflage verbreitet. Juristisch liefen die zum Teil äusserst schwerwiegenden Anschuldigungen ins Leere: Nur in

einem einzigen Fall wurde Meyer-Fürst bisher verurteilt – und auch dort nicht wegen eines Kunstfehlers, sondern weil er einer Patientin eine Zehe ohne ihr Einverständnis operierte.

Meyer-Fürst spricht aufbrausend und leidenschaftlich, oft sagt er, er wolle dieses oder jenes nicht erzählen – und erzählt es dann trotzdem. Von seinen Patientinnen spricht er, als wären sie von ihm geformte Kunstwerke. Mehrmals zeigt er Fotos von perfekt operierten Brüsten, der Stolz ist ihm dabei sichtlich ins Gesicht geschrieben. «Die Busenchirurgie war für mich ein Hobby von Anfang an», sagt er. Während des Gesprächs entschuldigt er sich, er sei gleich wieder da. Wenige Minuten später ruft er den Journalisten in den Behandlungsraum nebenan. Er steht neben einer lächelnden Patientin mit entblösstem Oberkörper, die zu einer Nachkontrolle gekommen ist. «Jetzt müssen Sie schauen, wie schön das geworden ist», sagt der Arzt. Die junge Frau beteuert, sie sei sehr zufrieden mit der Behandlung. Der Vorgang wird sich während des Gesprächs noch einmal wiederholen, bei einer dritten Patientin sagt Meyer-Fürst bedauernd, sie habe abgelehnt, sich zu zeigen.

Seine direkte, manchmal auch ungestüme Art ist ihm schon mehrmals zum Verhängnis geworden. Möchte der Boulevard einen *Grüsel* blossstellen, einen *dirty old man*, wie man auf Englisch sagt, ist er der vermeintlich ideale Kandidat. So wählte ihn die «Kassensturz»-Redaktion im Jahr 2007 aus, um ihn mit versteckter Kamera in eine Falle zu locken. Eine Schönheitskönigin gab vor, sich bei Meyer-Fürst operieren lassen zu wollen. Da der Arzt bei der Untersuchung ihre Brüste betastete – was durchaus üblich ist –, stellte ihn das Fernsehen genüsslich als Unhold dar. Das Image des «Busengrabschers» war damit perfekt. Meyer-Fürst wehrte sich erfolgreich: Der damalige Chefredaktor Ueli Haldimann und weitere Fernsehmitarbeiter wurden zu bedingten Geldstrafen verurteilt.

Auch im Fall «Larissa M» stehen die Chancen gut, dass Meyer-Fürst dereinst das Gericht als Sieger verlässt, dermassen einseitig ist der «Kassensturz»-Bericht ausgefallen. Anders sieht es im Fall jener Patientin aus, der nach einer Ohrenkorrektur die Ohren teilweise abgestorben sind («Kassensturz» vom 10. Februar 2015). Meyer-Fürst sagt, er habe bereits Hunderte von Ohren operiert, so etwas habe er noch nie erlebt. Die Ursache müsse von einer unabhängigen Stelle untersucht werden, er sei dann auch bereit, die Konsequenzen zu tragen.

Klinik kurzerhand geschlossen

Nicht nur das Schweizer Radio und Fernsehen, auch die Zürcher Gesundheitsdirektion spielt in der Angelegenheit Meyer-Fürst eine fragwürdige Rolle. Noch am 9. Dezember 2014 hatten die Beamten die Klinik letztmals inspiziert, eine Schliessung stand damals nicht zur Diskussion. Am 10. Februar, also zwei Wochen nach dem ersten «Kassensturz»-Beitrag, kamen die Inspek-



«Unwahrheiten»: Meyer-Fürst.

toren nochmals vorbei und stellten einen Bericht in Aussicht. Noch am selben Abend strahlte der «Kassensturz» den zweiten Beitrag über Meyer-Fürst aus, was die Gesundheitsdirektion offensichtlich in Aufregung versetzte: Am nächsten Tag schickte sie ihre Beamten erneut in die Klinik und ordnete per superprovisorischer Verfügung deren Schliessung an, da «die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet» sei. Der Verdacht liegt nahe, die Behörden hätten sich dem Druck der Medien gebeugt. Der Sprecher der Gesundheitsdirektion, Daniel Winter, sagt, dass im Zuge der Berichterstattung zusätzliche Meldungen eingegangen seien. Zusammen mit den Abklärungen vor Ort sei man zum Schluss gekommen, dass ein vorläufiges Operationsverbot in der Klinik bis zur weiteren Abklärung der Vorwürfe angebracht sei.

Meyer-Fürst ist daran, gegen sämtliche Akteure Klage einzureichen, die zum Entzug der Bewilligung beigetragen haben. Er wolle seine Ehre zurück, ums Geld gehe es ihm schon lange nicht mehr. Der Arzt sitzt auf einem riesi-



gen Schuldenberg, den er seit den 1990er Jahren nicht abtragen konnte. Und er hat unzählige Beteiligungen am Hals, angeblich in Millionenhöhe. Offiziell bewohnt er ein Zimmer bei einem befreundeten Anwalt. «Ich habe nichts mehr, meine Tochter gibt mir hundert Franken, wenn ich wieder einmal auswärts essen gehen möchte», sagt er. Natürlich ist dies Koketterie. Schon der kleinste Hinweis auf Vermögen würde das Betreibungsamt auf den Plan rufen. Über die wahren Hintergründe seiner finanziellen Lage schweigt er sich aus. «Das ist Privatsache.» Seine Ex-Frau allerdings, so viel verrät er, habe er «mit siebzig etwas zurechtgemacht, so hat sie wieder einen sechzigjährigen Millionär geheiratet». Er selbst hat eine Lebenspartnerin, die fast vierzig Jahre jünger ist als er.

Was in den letzten Wochen passiert ist, tue ihm vor allem wegen des Klinikleiters leid. «Er ist der beste Narkosearzt, mit dem ich je zusammengearbeitet habe», sagt Meyer-Fürst. Dieser stehe nun vor einem Scherbenhaufen. «Das alles wegen des «Kassensturzes» und der Patientenstelle, die Unwahrheiten über mich verbreiten.» Gegen den Klinikleiter wurde im Zuge der «Kassensturz»-Berichterstattung ein Verfahren eingeleitet, weil er ein aus Kroatien importiertes Antibiotikum verabreichte, das in der Schweiz nicht zugelassen ist, sehr wohl aber in der Europäischen Union.

Wie ein Bildhauer

Das mehrstündige Gespräch mit Meyer-Fürst ergibt den Eindruck eines Mannes, der nichts mehr zu verlieren hat und deshalb furchtlos zum Angriff übergeht. Ein Mann, der noch immer den wilden 1970er Jahren nachtrauert – und dem es schwerfällt zu akzeptieren, dass sich die Zeiten geändert haben. Ein Mann aber auch, der trotz seines unkonventionellen Lebensstils das Recht hat, korrekt behandelt zu werden. Seine Wut, dass er zum Beispiel dem «Kassensturz» jegliche Auskunft verweigert, ist angesichts der Vorgeschichte mit dem Schweizer Fernsehen durchaus verständlich.

Bei der Frage über seine Zukunft, ob er je wieder operieren werde, erhebt Meyer-Fürst noch einmal die Stimme. «Aber selbstverständlich. Ich versichere Ihnen, dieses Jahr noch werde ich wieder im Operationsaal stehen – und alle, die die Hetzjagd gegen mich angezettelt haben, werden im Gefängnis sitzen!» Auch mit 78 sei er noch der beste plastische Chirurg im Land, sonst hätte er längst aufgehört. Der Anwalt drückt sich etwas gemässiger aus: «Wir sind davon überzeugt, dass das Operationsverbot rechtswidrig ist.» Angesichts der Energie und Kampfeslust Meyer-Fürsts würde es tatsächlich nicht erstaunen, wenn er schon bald wieder seiner grossen Leidenschaft nachgehen könnte: wie ein Bildhauer die perfekten Frauenkörper zu formen. ○

Hauptsache, empört

Der «Kassensturz» des Schweizer Fernsehens stellt die Gemeinde Spreitenbach an den Pranger. Diese soll einen Ausgesteuerten gezwungen haben, mit seinem Alterskapital Schulden zurückzuzahlen. Die Argumente der angeschuldigten Behörde wurden ignoriert. *Von Alex Reichmuth*



Mangel an journalistischer Sorgfalt: «Kassensturz»-Moderator Schmezer (l.), Hans M.

Solche Auftritte liebt Ueli Schmezer. Mit Schwung schreitet der «Kassensturz»-Moderator der Kamera entgegen. In den Händen hält er ein Blatt Papier. «Dieses Papier haben die Behörden von Spreitenbach den ausgesteuerten Hans M. unterschreiben lassen», lässt er das Publikum wissen. Darauf stehe, dass die Gemeinde fast die Hälfte des Alterskapitals von Hans M. von dessen Konto räumen könne, weil er früher einmal Sozialhilfe bekommen habe. Hans M. habe das Dokument «unter Druck» unterschreiben müssen, fährt Schmezer fort – und heizt ein: «Geht's eigentlich noch!»

Zweifel ausgeschlossen

Fast eine Viertelstunde berichtete die SRF-Konsumentsendung «Kassensturz» letzte Woche über das angeblich stossende Vorgehen der Gemeinde Spreitenbach AG. Die Geschichte war eingängig: Der 61-jährige Hans M. findet nach einer Kündigung keine Arbeit mehr und wird nach zwei Jahren ausgesteuert. Die Gemeinde sagt ihm fälschlicherweise, er habe keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Sie rät ihm stattdessen, sein Pensionskassengeld vorzubeziehen und davon zu leben. Sie setzt ihn zudem unter Druck, mit seinem Altersgeld früher bezogene Sozialhilfegelder und Steuerschulden zurückzuzahlen – insgesamt über 58 000 Franken. Hans M. gibt nach und unterzeichnet die ent-

sprechende Vereinbarung. Die Altersvorsorge ist ruiniert.

Der scheinbar runden Geschichte steht allerdings die Stellungnahme von Gemeindepräsident Valentin Schmid entgegen. Vor der Kamera bestritt dieser entschieden, dass Spreitenbach Druck aufgesetzt habe. Hans M. habe sein PK-Geld freiwillig bezogen und darauf bestanden, frühere Schulden zu begleichen – entgegen dem Rat der Gemeinde.

Anschliessend unterhielt er sich Moderator Schmezer im Studio mit dem Sozialrechtler Ueli Kieser über den Fall. Dieser warf der Gemeinde vor, formell falsch vorgegangen zu sein. «Wenn die Gemeinde etwas Füdli hat, überlegt sie sich das alles nochmals», so Kieser. Der Bericht verfehlte seine Wirkung nicht. «Pfui, Spreitenbach», las man anschliessend im Online-Forum zur Sendung.

Gegenüber der *Weltwoche* zeigt sich Valentin Schmid irritiert. Die Journalisten des Schweizer Fernsehens hätten sich einzig auf falsche Angaben von Hans M. abgestützt. «Mehrere Personen unserer Finanzverwaltung, unserer Sozialen Dienste und des Gemeinderats bestätigen, dass Hans M. darauf bestanden hat, sich das Alterskapital ausbezahlen zu lassen und damit Schulden zu begleichen», sagt Schmid. Auf dessen Wunsch sei eine Verfügung erlassen worden. Gegen diese habe Hans M. nicht

rekurriert. «Kassensturz»-Leiter Wolfgang Wettstein betont auf Anfrage, es gebe «keinerlei Grund, an der Glaubwürdigkeit von Hans M. zu zweifeln». Es gebe eine «Vielzahl von Belegen», die dessen Schilderungen stützten, darunter auch Notizen von Beratungsstellen, bei denen Hans M. vorstellig geworden sei. Zudem habe die Gemeinde ihre Forderungen nach Unterzeichnung der Vereinbarung «auf dem Betreuungsweg durchgesetzt».

Herzlose Täter, hilfloses Opfer

Schmid widerspricht. Richtig sei, dass das kommunale Betreibungsamt das Altersgut haben nach dessen Ausbezahlung sogenannten «betreibungsrechtlich arretiert» habe. Das sei ein gesetzlich zwingender Vorgang, um zu verhindern, dass Pensionskassengelder anderweitig zur Schuldentilgung ausgegeben werden können.

Gegenüber der *Weltwoche* kann Wettstein keine Belege anführen, die nicht auf der Sicht von Hans M. beruhen. Studiogast Ueli Kieser bestätigt zudem auf Anfrage, dass er sich bei seiner Kritik an Spreitenbach ganz auf die Angaben des «Kassensturz»-Teams verlassen hat – und selber keine Informationen eingeholt hat. Ob die von ihm angeführten formalen Mängel zutreffen, ist ebenfalls fraglich. «Wir sind rechtlich einwandfrei vorgegangen», sagt jedenfalls Gemeindepräsident Schmid.

Wolfgang Wettstein verteidigt den Bericht weiter mit dem Hinweis, dass der Gemeindepräsident Schmid seine Sicht habe darstellen können. «Für die Zuschauer war klar: Es stand Aussage gegen Aussage.» Dieses Argument des «Kassensturz»-Leiters überzeugt nicht. Um jemanden an den Pranger zu stellen, genügt es nicht, ihm nur die Möglichkeit zur Stellungnahme zu bieten. Die Journalisten des Schweizer Fernsehens hätten vielmehr belegen müssen, dass Hans M. recht hat und der Gemeindepräsident irrt.

Man wird den Eindruck nicht los: Hier waren die «Kassensturz»-Macher einer Story auf der Spur, die genau ins Raster der Sendung passte – herzlose Täter, hilfloses Opfer. Was nicht ins Bild passte, wurde ausgeblendet. Es mangelte an journalistischer Sorgfalt. Hauptsache, man konnte sich empören.

«Espresso», die Partnersendung des «Kassensturzes» auf Radio SRF 1, wiederholte am Tag danach die Vorwürfe an Spreitenbach. Diesmal wurde das Dementi der Gemeinde nicht einmal mehr erwähnt. ○



In der Finanzwirtschaft wundert man sich über die Konkurrenz unter der Kuppel.

Schattenbank im Bundeshaus

Mit harten Bandagen treibt das Eidgenössische Finanzdepartement den Bankenplatz vor sich her. In eigener Sache sind die Beamten dagegen kulant: Bei der Angestellten-Sparkasse SKB verwalten fünf Mitarbeiter drei Milliarden. Sie operieren ohne Rechtsgrundlage, die Zinsen sind grosszügig. *Von Florian Schwab*

Es sieht aus wie eine Bank, riecht wie eine Bank und fühlt sich an wie eine Bank: Wer beim Bund oder in bundeseigenen Organisationen wie an den beiden ETH, am Paul-Scherrer-Institut oder bei der Finma arbeitet, darf bei der sogenannten Sparkasse Bundespersonal (SKB) ein Konto eröffnen. Nebst einer EC-Karte bekommt der Mitarbeiter auch einen E-Banking-Zugang für den Zahlungsverkehr. Lediglich auf Kredite und Hypotheken sowie auf die Möglichkeit eines Wertschriftendepots muss der SKB-Kunde verzichten.

Aus Sicht eines konservativen Sparers, der sich nicht in Börsenabenteuer stürzen möch-

te, sondern mit einer sicheren Anlage seines Sparbetrags sowie der Möglichkeit, Zahlungen auszuführen und in der Migros seine Einkäufe mit der EC-Karte zu bezahlen, bereits glücklich ist, verhält sich die SKB nicht viel anders als eine gewöhnliche Bank. Aus technischer und rechtlicher Sicht hingegen ist die SKB ein schwer definierbarer Zwitter aus Bank und Angestelltenparkasse. Sie ist keine Bank im herkömmlichen Sinn, weil sie keine Banklizenz hat und weil sie das Sparguthaben ihrer Kunden nicht aktiv bewirtschaftet oder investiert, sondern es der Eidgenössischen Finanzverwaltung zuführt, die darin

eine «stabile und günstige Finanzierungsquelle» für den Bund sieht.

«Sicherste Bank der Schweiz»

Eine konventionelle Angestelltensparkasse ist die SKB aber auch nicht: Anders als die Depositen- oder Sparkassen privatwirtschaftlicher Arbeitgeber ist die SKB an das schweizerische Zahlungssystem angeschlossen und deckt damit die für viele Leute wichtigsten Bankdienstleistungen ab. Zudem lauert hier nicht, wie bei den Depositenkassen einer Migros, Coop oder – berühmt-berüchtigt – der damaligen Swissair, die

»» Fortsetzung auf Seite 35

Gefahr eines Verlusts im Falle des Konkurses des Arbeitgebers. Hinter den Sparguthaben bei der SKB stecken äusserst sichere Werte: jeder einzelne Steuerzahler-Franken, jeder Teppich und Stuhl im Bundeshaus sowie jeder Quadratmeter Land der Armee und jeder Goldbarren in den Tresoren der Nationalbank.

Aufgrund dieser einmaligen Sicherheiten bezeichnete der *Tages-Anzeiger* die SKB vor ein paar Jahren richtigerweise als «sicherste Bank der Schweiz». Nun ist es in finanziellen Angelegenheiten normalerweise so, dass das Ausfallrisiko für den «Investor» in einem bestimmten Verhältnis zu stehen hat zu seiner erwarteten Vergütung, also zur Rendite oder zum Zins. Geringes Risiko heisst in der Regel geringe Zinsen für den Anleger. Man müsste demnach davon ausgehen, dass die SKB mit einem Ausfallrisiko

«Die Amerikaner wissen sicher nichts davon, dass der Bund für sein Personal eine Bank betreibt.»

von null ebenfalls eine unterdurchschnittliche Verzinsung bietet. Aus Sicht des Bundes wäre es, sollte die SKB tatsächlich wie behauptet eine «günstige Finanzierungsquelle» darstellen, zudem töricht, den Angestellten auf ihre Sparguthaben mehr Zins zu bezahlen als einem Investor für seine Investition in eine Bundesanleihe. Das Eidgenössische Finanzdepartement versichert denn auch: «Die Kosten für die Verzinsung der Konten sowie die Führung der SKB sind in der Vergangenheit im Durchschnitt unter dem Selbstkostensatz der verzinslichen Bundesschuld gelegen.»

SKB-Zinssätze durchgehend höher

Das stimmt vielleicht, wenn man die Zinssätze zehnjähriger Bundesobligationen aus dem Jahr 2000 zum Massstab nimmt. Damals musste, wie die Grafik nebenan zeigt, der Bund noch mehr als drei Prozent Zins auf Papiere mit zehnjähriger Laufzeit gewähren (gelbe Linie). Da die SKB-Sparer ihr Guthaben jederzeit abziehen können, ist allerdings ein Vergleich mit der Verzinsung von Bundesobligationen mit einjähriger Laufzeit aussagekräftiger (dunkelblaue Linie). Hier zeigt sich, dass die SKB-Zinssätze durchgehend höher waren.

Im heutigen Zinsumfeld wird das Problem besonders deutlich: Während die SKB-Sparer im Jahr 2014 immerhin noch 0,5 Prozent Zins erhielten, konnte sich der Bund auf ein Jahr hinaus jüngst mit minus 0,7 Prozent und auf zehn Jahre mit minus 0,07 Prozent am Kapitalmarkt eindecken; die Obligationenkäufer zahlen also eine Prämie, um ihre Mittel dem Bund anvertrauen zu dürfen. Die Postfinance hat diese Woche angekündigt, dass die Allgemeinheit mit einem Zinssatz von nur noch 0,1

Prozent vorlieb nehmen muss – fünfmal weniger als die privilegierten Beamten bei der SKB.

Bei der vergleichsweise attraktiven Verzinsung von Null-Risiko-Investitionen erstaunt es nicht, dass das SKB-Geschäft einen regelrechten Boom erlebt hat, wie die Zahlen der Finanzverwaltung zeigen: Die Anzahl Kunden ist seit dem Jahr 2000 mit rund 25 000 weitgehend stabil geblieben, doch haben sich die Sparguthaben von damals 1,5 Milliarden auf jüngst rund 3 Milliarden Franken erhöht. Pro Kontoinhaber macht dies im Durchschnitt rund 120 000 Franken – die obersten zehn Prozent der Kunden haben sogar je rund eine halbe Million Franken beim Bund parkiert. Mit diesen Werten erreicht die SKB durchaus die Grössenordnung einer kleinen Bank.

Es gibt aber einen Unterschied, nämlich den, dass offenbar für die SKB andere, leichtere Regeln gelten. Nach Auskunft der Finanzverwaltung besteht das Personal der SKB-«Bank» aus ganzen fünf Personen. Auf eine Compliance-Abteilung verzichtet man, da man ja bei Bedarf auf den Rechtsdienst des Finanzdepartements zurückgreifen könne.

In der Finanzwirtschaft wundert man sich über die Konkurrenz unter der Kuppel des Bundeshauses, die umso sonderbarer wirkt, als der Bund mit der Postfinance bereits ein veritables Bankhaus betreibt, in dem mit Leichtigkeit auch die SKB-Dienstleistungen untergebracht werden könnten.

Branchenvertretern stösst etwa die Tatsache sauer auf, dass das Finanzdepartement und die Aufsichtsbehörde Finma offenbar auf ihrem Feldzug gegen die Steuerhinterziehung ihr eigenes Kind, die SKB, ausklammern. Während jeder noch so kleine Finanzdienstleister in der Schweiz in teure Programme wie das amerikanische Fatca oder die Quellensteuerabkommen mit Österreich und Grossbritannien getrieben

wird – und letztlich in den automatischen Informationsaustausch (AIA) –, übt die SKB demonstrative Zurückhaltung.

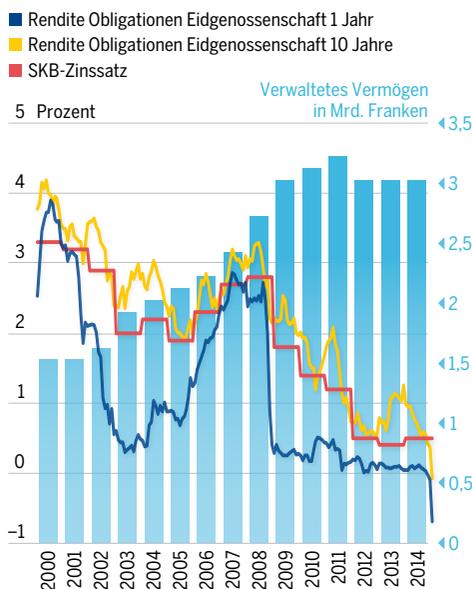
Dem Fatca-Programm sei die SKB nicht unterstellt, so die Erklärung des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF), weil «die Zurverfügungstellung der Einlagen an das Unternehmen, zu dem die Personalsparkasse gehört, nicht zur Qualifikation der Personalsparkasse als Finanzinstitut» führe, wenn die «Unternehmensgruppe» selbst nicht als Finanzinstitut gelte. Mit anderen Worten: Der Bund ist keine Bank, und insofern ist auch seine Sparkasse von Fatca ausgenommen. Diese Argumentation mag formal stimmen, läuft aber dem Sinn und Geist von Fatca zuwider, gemäss dem alle zinstragenden Konten von «U.S. persons» (Staatsbürger, Doppelbürger, ehemalige Greencard-Inhaber) im Ausland der Besteuerung in den USA zugeführt werden müssen. Ein mit Fatca gut vertrauter Wirtschaftsanwalt ist denn auch überzeugt: «Die Amis wissen sicher nichts davon, dass der Bund für sein Personal eine Bank betreibt.» Das quasi letzte Fatca-Schlupfloch ist also ausgerechnet ein Konto beim Eidgenössischen Finanzdepartement.

Gesetzliche Grundlage angestrebt

Wie viele eigentlich in den USA steuerpflichtige Doppelbürger arbeiten für den Bund? Wie viele US-Wissenschaftler mit SKB-Konto gibt es an den beiden ETH und an Instituten wie PSI, Empa oder Eawag? Während bereits alle Banken ihre Kundenstämme nach Personen mit US-Bezug durchforstet haben, will man bei der SKB – ohne eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung anzuerkennen – «im Verlauf der Jahre 2015/2016» eine Überprüfung durchführen. «Die genaue Anzahl der Schweiz-US-Doppelbürger können wir daher momentan noch nicht nennen.»

Fatca, automatischer Informationsaustausch, Finanzdienstleistungs- und Finanzinfrastrukturgesetz: Die aktuelle Regulierungslawine, gegen die letzte Woche UBS-Chef Sergio Ermotti in einem Meinungsbeitrag aufbegehrt hat, macht vor der SKB halt. Immerhin hat sich das Finanzdepartement dazu durchgerungen, eine «gesetzliche Grundlage» für die eigene Bank anzustreben. Diese ist in einer Vorlage mit dem abschreckend technischen Namen «Botschaft zur Optimierung des Rechnungsmodells (NRM)» versteckt, die die Rechnungslegung für Gebietskörperschaften anpassen soll. Dagegen haben vor zwei Wochen bürgerliche Parlamentarier unter Führung von Céline Arnaudruz (SVP, GE) in der Finanzkommission aufbegehrt. Sie wollen die SKB getrennt von den technischen Details der bundeseigenen Rechnungslegung behandeln. Ihr Ansinnen fand in der Kommission keine Mehrheit. Das letzte Wort in Sachen «Schattenbank im Bundeshaus» hat nun das Parlament. ○

Zinsbonus für Staatsbeamte



QUELLE: SNB/EIDG. FINANZDEPARTEMENT

SKB erreicht bessere Rendite als Bundesanleihe.

Marx, Mengele und Mohammed

Die Dschihadisten in Europa haben Vorbilder: Vor vierzig Jahren legten linksextreme Gruppierungen Bomben und töteten Dutzende Menschen. Was die Terroristen von gestern und heute verbindet, ist ihr Hass auf Israel. *Von Peter Keller*

Wahllos und gezielt. Im Juli 2005 zündeten verschiedene islamistische Selbstmordattentäter Bomben im U-Bahn-Netz von London. Es starben 56 Menschen. Im Jahr davor war Madrid das Ziel von Anschlägen mit 191 Toten. Die letzten Terrorakte galten jedoch ganz bestimmten Gruppen: Mohammed-Karikaturisten – und Juden, wie 2012 in Toulouse (jüdische Schule), 2014 in Brüssel (Jüdisches Museum) und 2015 in Paris (jüdischer Supermarkt) und Kopenhagen (Jüdische Gemeinde).

Europa ist erschüttert. In der französischen Hauptstadt demonstrierten und trauerten Hunderttausende Menschen nach dem gewaltsamen Tod der *Charlie-Hebdo*-Mitarbeiter. Doch der Terror in Europa ist nicht neu. Bereits vor vierzig Jahren wurden hier Bomben gezündet und Menschen gezielt hingerichtet. Die Attentäter von damals hassten den «Westen» (USA) genauso und führten gegen seine Repräsentanten einen heiligen Krieg. Und sie verstanden es, sich medial zu inszenieren wie heute die IS-Kämpfer und ihre europäischen Ableger. Nur hiess ihr Prophet nicht Mohammed, sondern Mao oder Marx. Die Terroristen von gestern waren Dschihadisten von links – und was die Extremisten bis heute verbindet, ist ihr gemeinsamer Hass auf Israel.

Blumenkinder, Studentenproteste, Friedensdemos und Drogenrausch: Die unter dem Begriff «68er Bewegung» zusammengefasste Kulturrevolution war zwar ein buntes Gemisch, aber sie hatte von Anfang an auch ihre Schattenseiten. In Deutschland verloren die linken Revolutionäre ihre Unschuld im April 1968, als die späteren Mitbegründer der Rote-Armee-Fraktion (RAF), Andreas Baader und Gudrun Ensslin, einen Brandanschlag auf ein Warenhaus, als Symbol des Kapitalismus, verübten.

«Heilige Selbstverwirklichung»

Im anschliessenden Prozess inszenierte sich das Duo als coole Revolutionäre, sie rauchten Castro-Zigarren, schwenkten Maos Rotes Büchlein und küssten sich im Blitzlichtgewitter der Kameras. Gudrun Ensslins Vater, von Beruf Pfarrer, sprach von einer «heiligen Selbstverwirklichung» seiner Tochter. Am Ende wird die heilige Selbstverwirklichung der RAF 34 Menschenleben kosten: vom US-Soldaten bis zum Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer.

Schon früh wird die Brücke geschlagen vom antikapitalistischen Kampf zu demjenigen gegen das «zionistische Israel». Ulrike Meinhof



«Kampf gegen die heilige Kuh Israel»: Terrorist Kunzelmann (l.).

schwadroniert 1972 von den in Auschwitz ermordeten «Geldjuden». Der Antisemitismus, so die RAF-Vordenkerin, sei seinem Wesen nach antikapitalistisch. Drei Jahre zuvor tickte im Westberliner Jüdischen Gemeindehaus eine Brandbombe. Nur durch einen technischen

Ulrike Meinhof schwadroniert 1972 von den in Auschwitz ermordeten «Geldjuden».

Fehler ging der von einer linksextremen Gruppierung platzierte Sprengkörper nicht hoch. 1970 erfolgte ein Brandanschlag auf das jüdische Altersheim in München. Sieben Menschen erstickten und verbrannten in den Flammen.

Die Neue Linke solidarisiert sich von Anfang an mit dem palästinensischen «Befreiungskampf». Israel gilt als «Unrechtsstaat», der Zionismus als «rassistische Ideologie». Der führende deutsche Studentenverband SDS bezeichnete 1969 die mit terroristischen Mitteln arbeitende Al-Fatah als «berechtigte sozialrevolutionäre Organisation». Der linksradikale Politaktivist und spätere Terrorist, Dieter Kunzelmann, rief im gleichen Jahr zum «Kampf gegen die heilige Kuh Israel» auf, um endlich den «Judenknacks» zugunsten pro-palästinensischer Solidarität zu überwinden.

Als am 12. Februar 1970 die Entführung einer El-Al-Maschine auf dem Flughafen München-Riem durch eine palästinensische Gruppe scheiterte und dabei eine Holocaust-Überlebende tödlich verletzt wurde, schrieb Kunzelmann, solche «verzweifelten Todeskommandos» seien «durch besser organisierte, zielgerichtetere Kommandos zu ersetzen, die von uns selbst durchgeführt werden». Ein Plädoyer für deutsche Wertarbeit selbst beim Terror.

1976 sollte es immerhin zu einer deutsch-palästinensischen Co-Produktion kommen. Eine Maschine der Air France, aus Tel Aviv kommend, wurde nach Entebbe, unweit der ugandischen Hauptstadt Kampala, entführt. Das mit Waffen, Handgranaten und Sprengstoff ausgerüstete Kommando wollte insgesamt 53 Häftlinge freipressen, darunter auch in der Schweiz inhaftierte, linksextreme Terroristen. Nicht jeder der ursprünglich 258 Passagiere wurde als Geisel genommen. Zurückbehalten hatten die Entführer nur jene Frauen und Männer, die einen israelischen Pass hatten oder jüdisch klingende Namen trugen.

Die Selektion im Stile des Auschwitz-Arzt Josef Mengele nahm ein Deutscher vor: Wilfried Böse von den Revolutionären Zellen. Als er die jüdischen und nichtjüdischen Passagiere trennte, zeigte ihm eine ältere Frau ihre auf dem Unterarm eintätowierte KZ-Nummer.



Selektion jüdisch-israelischer Passagiere: PFLP-Geiselnnehmerin Khaled.



Attentat auf Karikaturisten: Kouachi-Brüder.

Böse wies den impliziten Vorwurf empört von sich: «Ich bin kein Nazi. Ich bin ein Idealist!» Seine palästinensischen Genossen gehörten der nationalmarxistischen PFLP an. Eine geheim eingeflogene israelische Eliteeinheit konnte die Geiseln schliesslich befreien. Bei der Aktion wurden sämtliche Kidnapper getötet, von den zuletzt 105 Gefangenen mussten drei ihr Leben lassen. Entsetzt und fassungslos habe er damals die Reaktionen der diversen linken Gruppen mitverfolgt, schrieb später der Publizist und Zeitzeuge Henryk M. Broder. Diese hätten sich nicht über die Entführung und die Selektion aufgeregt, sondern die gewaltsame Befreiung der Geiseln verurteilt. Unisono sei Israel als «Aggressor» angeprangert worden und die «flagrante Verletzung der Souveränität eines Mitgliedsstaates der Vereinten Nationen» beklagt worden, obwohl der ugandische Diktator (und Schlächter) Idi Amin mit den Entführern gemeinsame Sache machte.

Auch in der Schweiz sympathisieren die Neuen Linken mit den palästinensischen Terrororganisationen. Als 1973 Ägypten und Syrien gemeinsam Israel überfallen, stellen sich die

Progressiven Organisationen der Schweiz (Poch) auf die Seite der Angreifer: «Die Poch erklären sich solidarisch mit dem Befreiungskampf der arabischen Völker und insbesondere mit dem des palästinensischen Volkes.» Dass diese Befreiungskämpfer nationalistisch ausgerichtet sind, scheint die Schweizer Linken ebenso wenig zu stören wie die Tatsache, dass die angestrebte Befreiung Palästinas die Vernichtung Israels beinhaltet. Die PFLP wird zu einer «Bewegung des neuen Widerstands» verklärt; ihr prominentestes Mitglied, Leila Khaled, als Frau beschrieben, die «durch Flugzeugentführungen bekannt» geworden sei – was die *Poch-Zeitung* 1975 unterschlägt oder offensichtlich nicht abstösst: Leila Khaled hatte 1970 mitgeholfen, drei Flugzeuge nach Jordanien zu entführen, und dort für eine Selektion der jüdisch-israelischen Passagiere gesorgt.

«Charismatische» Flugzeug-Entführerin

2001 lädt das 1.-Mai-Komitee der Stadt Zürich Khaled als Gastrednerin ein. Sie wird in der offiziellen Einladung als «streitbar, sympathisch und mit Charisma» beschrieben. Das Komitee, dem auch verschiedene Kreisparteien der Sozialdemokraten, die Juso und die Jungen Grünen angehören, verurteilte die «Polemik», die sich um die «zur <Luftpiratin> abgestempelte 1.-Mai-Rednerin» entwickelt habe.

Dieser Fall ist symptomatisch. Er zeigt die obsessive Kritik an Israel, die letztlich die Existenz des Staates und seiner jüdischen Bevölkerung in Frage stellt. Dann gibt es die enge Verbindung zwischen der Neuen (gewaltbereiten) Linken und dem arabischen Terror. In diesen Jahren amtierte der heutige Grünen-Nationalrat Daniel Vischer als Parteisekretär der Poch. In der Februar-Ausgabe der *Poch-Zeitung* 1976 begrüßte die

Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), eine Abspaltung der PFLP, die Entstehung der Gesellschaft Schweiz-Palästina, deren Präsident der Grüne Vischer mittlerweile ist. Die DFLP rief alle ihre «Freunde auf, sich im Schosse dieser Gesellschaft zu organisieren».

Es gibt eine enge Verbindung zwischen der gewaltbereiten Linken und dem arabischen Terror.

Zwei Jahre zuvor nahm die Gruppierung Schulkinder in einer israelischen Stadt gefangen. Durch die von den Geiselnehmern ausgelegten Sprengfallen kamen 21 Kinder ums Leben.

Vischer ist bis heute der lautstärkste Kritiker Israels. Er attestiert dem inzwischen verstorbenen PLO-Chef und Terroristen Jassir Arafat «Charisma», die Wahl des Muslimbruders (und Israel-Hassers) Mohammed Mursi zum ägyptischen Staatschef bezeichnete er 2012 hoffnungsvoll als «Beginn grosser Veränderung im ganzen Nahen Osten», und nach einer Iran-Reise 2007 nannte er das von Mullahs kontrollierte Land «eine vielseitig gelebte Demokratie». Damals war Mahmud Achmadinedschad Präsident, der Israel mehrmals als «Krebsgeschwür» bezeichnet hat.

Damit schliesst sich der Kreis zur Gegenwart. Am Tag, als die beiden Kouachi-Brüder die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* stürmten, erschien Michel Houellebecq's Roman «Unterwerfung», eine Zukunftsvision Frankreichs: 2022 regiert die fiktive Figur Mohammed Ben Abbas das Land. Die bürgerliche Mitte hat ihn, den gemässigten Muslim, in der Stichwahl der Front-national-Chefin Marine le Pen vorgezogen. Im Roman wandert Myriam, die Geliebte des Erzählers, nach Israel aus, weil es für Juden in Frankreich unmöglich wurde zu leben.

In einem der raren Interviews nach dem Attentat fragt sich Houellebecq (*Le Point*, 12. 2. 2015), warum sich französische Muslime, im Gegensatz zu ihren Glaubensbrüdern in Asien oder Afrika, so sehr mit der Palästinafrage identifizierten. «Es scheint mir, dass dies mit der extremen Linken verknüpft ist, die Israel zum Feind erklärt hat.» Houellebecq spricht von einem «Islam-Linksextremismus» und zählt Beispiele französischer Linksintellektueller auf, die dieses giftige Gebräu mit verantworten. Ähnliche Vertreter finden sich in fast allen europäischen Staaten, auch in der Schweiz. Marx, Mengele und Mohammed – wenn es um Israel geht, hat sich diese gefährliche Mischung längst in die Mitte der Gesellschaft gefressen. Die Terroristen holen sich im Palästina-Konflikt ihre Legitimation. Heute die Dschihadisten, gestern die Linksextremen.

Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Fischer. 553 S., Fr. 18.90
Götz Aly: Unser Kampf 1968. Fischer. 253 S., Fr. 15.90
Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Berlin. 320 S., EUR 9.90

Masken eines Mörders

Der Vergewaltiger Fabrice Anthamatten gab sich als Musterhäftling. Vom Justizapparat unbemerkt, brütete er in seiner Zelle sadistische Pläne aus. Therapeutin Adeline M. bezahlte die Fehleinschätzung der Experten mit ihrem Leben. Teil 1. *Von Alex Baur*

Hätte man die Zelle 468 im Genfer Gefängnis Champ-Dollon nur schon früher mal gefilzt, wäre dem Häftling Fabrice Anthamatten kaum Hafturlaub gewährt worden – könnte Adeline M. noch am Leben sein. Hätte, wäre, würde – der Mord an der 34-jährigen Therapeutin und Mutter einer achtmonatigen Tochter ist eine jener Geschichten, die immer wieder nach dem Konjunktiv rufen. Im Rückblick erscheint vieles aberwitzig fahrlässig. Im Nachhinein sei man stets klüger, bringen die Genfer Regierungs- und Behördenvertreter vor. Gewiss, doch die Frage bleibt: Hätte man die Gefährlichkeit Anthamattens nicht erkennen müssen? Wollte man sie vielleicht gar nicht sehen?

Véronique Merlini, die langjährige Chefin der Abteilung La Pâquerette (deutsch: das Gänseblümchen) im vierten Stock von Champ-

In Stichworten hat er eine Strategie aufgezeichnet, mit der er die Psychiater einseifen wollte.

Dollon, war gegen die Durchsuchung von Zellen. Auch ein Häftling, so erklärte sie mehrmals, habe einen Anspruch auf Privatsphäre. Dazu muss man wissen: La Pâquerette war eine Sonderabteilung für Mörder, Sexualdelinquenten und andere Gewalttäter. Sie sollten hier therapiert und nach meist langjährigen Strafen auf die Freiheit vorbereitet werden.

Fabrice Anthamatten, damals 39 Jahre alt, verurteilt wegen mehrfacher Vergewaltigung und Raubs zu zwanzig Jahren Zuchthaus, war einer von ihnen. Gut die Hälfte der Strafe hatte er bereits abgesessen, 2015 hätte er frühestens entlassen werden dürfen. Das Gänseblümchen-Regime war locker. Bordellbesuche gehörten bei vielen dazu, Gefährlichkeitsanalysen und Vollzugspläne weniger (siehe Seite 41). Letzteres drang indes erst nach dem Mord an Adeline M. im Herbst 2013 peu à peu an die Öffentlichkeit.

Während über drei Jahrzehnten galt La Pâquerette als vorbildliches Modell der Resozialisierung, das die Genfer Gerichtspsychiatrie mit Stolz präsentierte. Nach dem schrecklichen Tod von Adeline M. wurde die Abteilung stillschweigend geschlossen, die Direktorin Merlini diskret krankgeschrieben und später freigestellt. Anfang 2014 brachte ein Bericht von alt Staatsrat Bernard Ziegler eine haarsträubende Laissez-faire-Mentalität in La Pâquerette zutage. Eine ausführliche Untersuchung von Professor

Benoît Chappuis, die im letzten Juni publiziert wurde, relativiert die Kritik. Doch sie besänftigte die Gemüter keinesfalls, im Gegenteil.

Dass Direktorin Merlini, von Haus aus Kunsthistorikerin, in La Pâquerette recht eigenmächtig schaltete und waltete, lässt sich schwerlich bestreiten. Doch wo waren die politischen Vorgesetzten, die sie gewähren liessen? Wo blieb die Gefährlichkeitskommission, die theoretisch jeden Freigang überprüfen musste, auch denjenigen von Anthamatten? Es gibt kaum einen im Genfer Justiz- und Psychiatrieapparat, der nicht irgendwie involviert ist. Viele trugen die Mitverantwortung, aber keiner fühlte sich zuständig. War Direktorin Merlini etwa nur ein willkommener Sündenbock? Das ist die andere grosse Frage dieser Geschichte.

Immerhin gab es ein psychiatrisches Gutachten, mitunterzeichnet vom bekannten Genfer Forensiker Gérard Niveau, das Anthamatten unter krasser Verkennung seiner sadistisch-psychopathischen Persönlichkeit eine gute Therapierbarkeit bei moderater Rückfallgefahr attestierte. Erst dieses Gutachten ermöglichte seine Verlegung in La Pâquerette. Professor Niveau macht geltend – wie schon im Mordfall Dubois – die fatale Expertise bloss mitunterzeichnet zu haben. Dabei wusste er nur zu gut, dass La Pâquerette für Anthamatten eine Einbahnstrasse in die Freiheit war. Wir werden darauf zurückkommen.

Abgründe in seiner kaputten Seele

Als die Genfer Polizei an jenem fatalen 12. September 2013 gegen 17 Uhr die Zelle 468 in La Pâquerette endlich filzte, war Adeline M. bereits tot. Nur wusste man das damals noch nicht. Was die Beamten zwischen CDs (Lady Gaga) und DVDs («Das Schweigen der Lämmer») fanden – ein Jagdmesser, Anleitungen zur Herstellung von Zyankali und Henkerknoten, Karten und Stadtpläne von halb Europa –, liess indes nichts Gutes erahnen. Offenbar hatte der Musterhäftling Anthamatten seinen Laptop heimlich am Internet angedockt. Diese Funde mussten vor allem auch alarmieren, wenn man sie mit Anthamattens «Notizen für den Psy» kombinierte: In Stichworten hat der Häftling eine Strategie aufgezeichnet, mit der er die Psychiater zu seinen Gunsten einseifen wollte. Dabei wusste Anthamatten, ganz im Gegensatz zu seinen Genfer Gutachtern, bestens um die Abgründe in seiner kaputten Seele. In einem Handbuch der Psychiatrie hatte er eine ganze Reihe von Merkmalen



«Man hat jeweils Zweifel, ob man immer dieselbe

hervorgehoben: oberflächlicher Charme, Fehlen jeglicher Mit- und Schuldgefühle, parasitärer Lebensstil, Neigung zur Langeweile bei einem ständigen Bedürfnis nach Stimulation, pathologische Lügenhaftigkeit, sexuelle Zügellosigkeit, eine Neigung zu Betrug und Manipulation, Bindungsunfähigkeit, Impulsivität – klassischen Merkmale eines Psychopathen, wie sie der kanadische Psychologe Robert D. Hare vor 50 Jahren definierte und die bis heute als Standard der Forensik gelten. Anthamatten wusste, was Sache war. Kein Wunder, dass er seine Psychiater an der Nase herumführte.

Fabrice Anthamatten befand sich an jenem Abend, als endlich Alarm geschlagen und seine Zelle durchsucht wurde, mutmasslich bereits in Deutschland. Es war sein zweiter Freigang gewesen. Um zehn Uhr hatte er das Gefängnis in Begleitung der Therapeutin Adeline M. verlassen. Um elf Uhr hätten die beiden auf einem Gehöft in der Nähe des Genfer Flughafens



Person vor sich hat: Fundstücke aus Anthamattens Zelle, Tatorte, Polizeifotos.

ankommen sollen, wo der Häftling eine Reittherapie absolvieren sollte. Doch die beiden kamen dort nie an. In der Pâquerette wurde aber erst um vierzehn Uhr Alarm geschlagen. Eine weitere halbe Stunde ging ins Land, bis die Polizei eingeschaltet und die Fahndung ausgelöst wurde. Ein Notfalldispositiv, das diesen Namen verdiente, existierte offenbar nicht.

Erst am darauffolgenden Morgen fand man die Leiche von Adeline M., mit durchschnittener Kehle, in der Nähe des Reithofs. Der Tatort lag keine zwei Kilometer von dem Ort entfernt, wo Anthamatten vor einem Jahrzehnt zwei Frauen unter Todesdrohungen gefesselt, gequält und vergewaltigt hatte. Beide Verbrechen hatte er von langer Hand geplant. Vieles weist darauf hin, dass dies auch beim Mord an Adeline M. und bei der anschliessenden Flucht so war.

Bereits im Februar 2013 hatte Direktorin Merlini Kontakt mit der Association Anima aufgenommen, die in der Nähe des Genfer Flughafens

Reittherapien anbietet. Angeblich sollten auf dem Pferdegehöft, das ausschliesslich von Frauen betrieben wird, «psychomotorische Störungen» und «Hyperaktivität» kuriert werden. Wie Anthamatten, der sich bis dahin bester Gesundheit erfreute, zu dieser Diagnose kam, ist schleierhaft. Am 22. Juli, zu seinem 39. Geburtstag, bekam er von der Genfer Vollzugsbehörde die Bewilligung für monatlich zwei begleitete Ausgänge zwecks Reittherapie zugestellt. Der Sträfling durfte sogar seine Begleitung frei wählen. Den ersten Ausflug unternahm er am 3. September mit einer Kollegin von Adeline M.. Er verlief problemlos. Anthamatten rekonozitierte dabei auch den späteren Tatort, die Waldlichtung, in der Adeline M. sterben sollte.

Achthundert Franken als Startkapital

Bereits Ende August, rund zwei Wochen vor dem Mord, bestellt Fabrice Anthamatten, offiziell und mit Bewilligung der Gefängnislei-

tung, bei der Firma Victorinox ein Spezialmesser, das angeblich zur Reinigung von Hufen dienen soll. Wie die Abklärungen später ergeben, ändert er die Bestellung Anfang September heimlich per Telefon: Statt eines Pferdemesers wartet nun das Jagdmodell Hunter XS im Laden auf ihn. Es ist dasselbe Messer, von dem er bereits ein Exemplar in seiner Zelle versteckt.

Dank einer Überwachungskamera im Montblanc-Parkhaus weiss man, dass Anthamatten das Messer im Laden abholte, kurz nachdem er an jenem 12. September in Begleitung von Adeline M. die Pâquerette verlassen hatte. In der Nähe des Reitstalls schneidet er ihr damit später die Kehle durch. Mit dem Auto der Anstalt, einem Citroën Berlingo, begibt er sich hernach auf die Flucht. Rund 800 Franken, die er zuvor von seinem Gefängniskonto für Einkäufe abgehoben hat, sind sein Startkapital.

Der Mord an Adeline M. ist Gegenstand laufender Ermittlungen, deren Ausgang nicht vor-



«Moderate Rückfallgefahr»: Forensiker Niveau.

wegenommen werden soll. Gleichwohl wäre es nachgerade perfid, dem Opfer eine Mitschuld anzulasten. Adeline M. war eine erfahrene Sozialtherapeutin, die schon über 200 Freigänge mit Sträflingen hinter sich hatte. Aber sie war keine Forensikerin, sie hatte kaum Aktenkenntnis. Ihre Aufgabe war es, Häftlinge zu begleiten und Beobachtungen zu rapportieren. Die Entscheidungen trafen andere. Adeline M. musste sich darauf verlassen, dass man sie nicht mit einem gemeingefährlichen Mörder auf die Piste schicken würde. Gewiss, es stellt sich die Frage, warum ausgerechnet eine Frau einen mehrfachen Vergewaltiger in den Freigang begleitet. War Adeline M. ein Versuchskaninchen? Direktorin Merlini wandte dagegen ein: Hätte man eine Rückfallgefahr befürchtet, hätte man Anthamatten überhaupt nicht freilassen dürfen – auch nicht in männlicher Begleitung.

Fabrice Anthamatten hatte in seiner Zelle eine Karte hinterlassen, auf der eine Route nach Irland eingezeichnet war. Der Verdacht, dass er sich in die Heimat seiner Mutter absetzen würde, lag auf der Hand, wie sich noch zeigen wird. Es wäre ihm zuzutrauen, dass er eine falsche Fährte gelegt hat. Gleichwohl dauerte seine Flucht nur drei Tage. Am 15. September 2013 fiel der international gesuchte weisse Berlingo einer deutschen Polizeipatrouille im polnischen Grenzgebiet bei Kolbaskowo in der Nähe von Stettin auf. Nach einem halbherzigen Fluchtversuch liess sich Anthamatten widerstandslos verhaften. Da sie ihn jenseits der Grenze gestellt hatten, übergaben die deutschen Polizisten den Flüchtigen ihren polnischen Kollegen.

Anthamatten gab sich gegenüber der polnischen Polizei wortkarg. Er erklärte lediglich, in Genf auf dem Weg zur Therapie seine Begleiterin irgendwie verloren und sich anschliessend

nach Deutschland verirrt zu haben. In Polen habe er eine ehemalige Freundin treffen wollen. Letzteres stimmt wohl. Die Frau, nennen wir sie Ewa, führt uns zurück zur Jahrtausendwende, als sich Fabrice Anthamatten erstmals vor Gericht zu verantworten hatte.

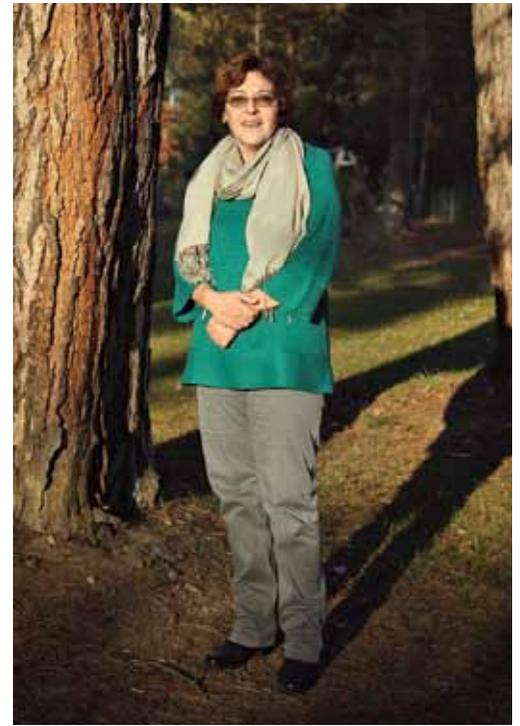
Im Oktober 2000 verurteilte das Genfer Geschworenengericht Fabrice Anthamatten zu fünf Jahren Zuchthaus, weil er eine 29-jährige französische Touristin in Genf vergewaltigt hatte. Unter einem raffinierten Vorwand hatte er sie in einen Rebberg in der Nähe des Flughafens gelockt, wo er ihr ein Messer an die Kehle setzte, sie nackt auszog und fesselte. Er habe vor ihr schon vier Frauen vergewaltigt, prahlte er gegenüber dem Opfer. Die Spuren des Verbrechens waren eindeutig – das Opfer wies unter anderem Schnittspuren am Hals auf –, und Anthamatten bestritt die Tat nicht einmal. Nur behauptete er, es habe sich um ein Ritual im gegenseitigen Einvernehmen gehandelt. Die Geschworenen nahmen ihm diese Ausrede nicht ab. Doch Anthamatten legte Berufung gegen das Urteil ein. Und solange das Verfahren lief, blieb er auf freiem Fuss.

Fabrice Anthamatten nutzte die Freiheit – er war bloss einen Monat lang in Untersuchungshaft – für seine nächste Vergewaltigung sowie für eine Reise nach Irland, wo er die damals knapp achtzehnjährige polnische Krankenschwester Ewa traf. Zwischen den beiden kam es zu einer Beziehung, die trotz gegenseitiger Familienbesuche nach gut einem Jahr im Frühling 2001 abrupt endete. Gemäss Anthamattens eigenen Angaben beschuldigte Ewa ihn der Vergewaltigung, was aber auf ein «Missverständnis» zurückzuführen sei. In Wirklichkeit habe er beim Sex bloss das Kondom vergessen.

Neues Opfer in Polen

Tatsache ist, dass sich Ewa seither versteckt vor diesem Mann, der ihr auf allen möglichen Wegen nachstellte. Gegenüber einem Polizisten, der sie Ende 2013 telefonisch erreichte, erklärte sie, es habe damals ein «schweres Problem» gegeben. Bis heute habe sie eine panische Angst vor Anthamatten. Mit gutem Grund. Der flüchtige Häftling reiste kaum nach Polen, um seine Ex-Freundin um Verzeihung zu bitten. Dies ist zumindest aus seinen Notizen zu schliessen, die die Polizei im Fluchtauto sicherstellte. Zum Glück fand er die junge Frau nicht – in Polen gibt es 42 Ewas mit dem gleichen Nachnamen.

Wie aus Anthamattens Handnotizen zu schliessen ist, weiss dieser sehr wohl, dass sich Ewa vor ihm versteckt und dass sie sich niemals freiwillig in seine Nähe begeben würde. Der Psychopath sucht offenbar eine Übersetzerin, der er sich als reicher Kanadier mit dem Namen Michael O'Reilly vorstellen will. Sie soll den Kontakt mit Ewa herstellen. Er weiss, dass Ewa einmal ein Buch verfasst und damit einen Wettbewerb gewonnen hat. Die Vermittlerin soll ihr



«Gänseblümchen»: Pâquerette-Chefin Merlini.

weismachen, der reiche Kanadier sei an ihrem Buch interessiert, und sie in ein Luxushotel locken, wo er ein Zimmer buchen will. «Übersetzerin töten», heisst es in den Notizen. Danach wollte er Ewa foltern, vergewaltigen und töten.

Warum schreibt Anthamatten das alles auf? Sind es bloss Fantasien, mit denen er seine kaputte Seele aufgeilt? Das Jagdmesser, mit dem er Adeline M. ermordete, hat er dabei. Im Fluchtauto findet die Polizei später ein neu gekauftes Klebeband, mit dem er seine Opfer hätte fesseln können. Gut möglich, dass die Notizen bloss eine Gedankenstütze sind für einen Psychopathen, der den Überblick über seine zahllosen Lügengeschichten behalten will. Seine ganze Existenz baut auf Lügen.

Am 4. November 2003 verurteilte ein Gericht im französischen Département de l'Ain Fabrice Anthamatten wegen qualifizierter Vergewaltigung und Raubes zu fünfzehn Jahren Gefängnis. Der Tatort war in demselben Rebberg in der Nähe des Genfer Flughafens, in dem Anthamatten bereits 1999 eine Touristin vergewaltigt hatte. Wie die Gerichtsakten zeigen, hatte der Täter seine Brutalität massiv gesteigert. Die französischen Gerichtspsychiatern erkannten den «offensichtlichen und gut gefestigten perversen Charakter» Anthamattens, seine «ausgeprägt narzisstischen Züge», seine «pseudoangepasste Erscheinung» – und warnten vor dessen Gefährlichkeit. «Man hat jeweils Zweifel, ob man immer dieselbe Person vor sich hat», schrieb ein Gutachter über den Mann, der sein Gesicht in Sekundenbruchteilen verändern konnte, als wäre es eine Maske.

In der nächsten Ausgabe: Der Werdegang von Anthamatten; wie der Rückfalltäter in Frankreich eingeschätzt, verurteilt und später zum Vollzug der Strafe in die Schweiz überstellt wird.

Resozialisierung im Bordell

Jahrzehntelang galt «La Pâquerette» als erfolgreiches Therapiemodell für Schwerverbrecher. Bis im September 2013 der Mord an Adeline M. alles auf den Kopf stellte. Abgründe tun sich auf.

Von Alex Baur

Ein ehemaliger Wärter erklärte die Sache so: Jahrelang arbeitet ein Tankwart cool mit einer brennenden Zigarette im Mundwinkel, nichts passiert. Bis es eines Tages knallt, und zwar gewaltig. Plötzlich langen sich alle an den Kopf, fragen sich, wie das nur möglich war. Tatsächlich erscheint es im Rückblick verwunderlich, dass die Katastrophe im Genfer Sonderknast für Mörder, Sexualstrafäter und andere Gewaltverbrecher so lange auf sich warten liess.

«La Pâquerette» heisst auf Deutsch «das Gänseblümchen» – ein fürwahr treffender Begriff. Es handelt sich dabei um eine Sonderabteilung im Genfer Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon, das nicht als Wohlfühlknast gilt. Doch der «Gänseblümchentrakt», wo man Gewaltverbrecher auf ihre Freilassung vorbereitete, war autonom. Und er war nicht etwa der Sicherheits-, sondern der Gesundheitsdirektion unterstellt. Auch das war Programm.

In La Pâquerette wurden die Häftlinge kaum als Straftäter behandelt, sondern eher als therapiebedürftige Kranke. Das Konzept stammt aus den 1980er Jahren und galt als Pioniermodell, das gemäss dem Chappuis-Untersuchungsbericht* vom Europarat zur Nachahmung empfohlen und von Norwegen sogar kopiert wurde. Die Genfer Gerichtspsychiatrie, so der Bericht, habe sich stets als Gegenentwurf zum rigideren «Zürcher Modell» gesehen.

Das Regime für die Mörder und Vergewaltiger in La Pâquerette war entspannt: 7 Uhr Tagewacht, 8 bis 9 Uhr Gruppengespräche, 9 bis 11 Uhr Freizeit oder Arbeit, dann Essen, bis 13.30 Uhr eine Stunde Siesta in der Zelle, dann wieder Freizeit oder Arbeit bis 18.30 Uhr, ab 22 Uhr zurück in die Zelle. Gegen zwanzig Angestellte, darunter acht Therapeuten und zehn Wärter, kümmerten sich um maximal elf Insassen.

Wer arbeitete, zum Beispiel in der hauseigenen Voliere, konnte monatlich bis zu 1000 Franken verdienen. Durchsuchungen von Zellen und Leibesvisitationen gab es nur, wenn ein konkreter Tatverdacht bestand. Sanktionen waren selten, in der Regel wurden Verstösse gegen die Hausordnung, etwa der Konsum von Cannabis, mit einer Rüge erledigt. In den Gruppen- und Einzeltherapien wurden meist nur Banalitäten des Alltags besprochen, eine gezielte Aufarbeitung von Verbrechen gab es nur, wenn ein Klient dies explizit wünschte.

La Pâquerette war für die meisten Häftlinge eine Einbahnstrasse in die Freiheit. Gemäss dem erwähnten Chappuis-Untersuchungsbericht hat La Pâquerette in den fast drei Jahr-

zehnten ihres Bestehens lediglich dreizehn Insassen definitiv ausgeschlossen und in den regulären Vollzug zurückgeschickt. Die Freigänge – am Anfang in Begleitung eines Therapeuten, danach zusehends unbeaufsichtigt – waren ein fester, vielleicht der wichtigste Teil des Resozialisierungsprogramms.

Privatsphäre von Häftlingen über allem

Ein Thema für sich waren die Bordellbesuche, die in den Ausgängen zur Routine gehörten. Die Insassen bezahlten die Prostituierten, die nicht wussten, mit wem sie sich einliessen, mit ihrem Gefängnislohn. Der Therapeut hatte jeweils vor dem Bordell zu warten. Direktorin Véronique Merlini war informiert, sie beharrte aber darauf, dass die Puffvisiten nicht protokolliert wurden. Ihre Begründung: Die Intimsphäre der Insassen müsse geschützt werden.

Direktorin Véronique Merlini, von Haus aus Historikerin, arbeitet seit 1988 in La Pâquerette. An ihr kam keiner vorbei. Ihr Bauchgefühl war entscheidend bei der Frage, ob ein Insasse aufgenommen und wann er in die Freiheit entlassen wurde. Den Mörder Claude Dubois, der im Mai 2013 in der Halbfreiheit die neunzehnjährige Marie tötete, wies sie ab. Im Fall von Anthamatten täuschte sie ihr Instinkt.

Als der Häftling Fabrice Anthamatten am 12. September 2013 die Therapeutin Adeline M. ermordete und floh, gingen über drei Stunden

ins Land, bis jemand Alarm schlug. Ein Notfalldispositiv gab es nicht. «An eine derartige Gräueltat haben wir gar nie gedacht», räumte Merlini in der Chappuis-Untersuchung offen ein. In all den Jahren seien bloss fünf Fluchten registriert worden. «Die Insassen wussten, dass sie bald frei sein würden», sagt ein ehemaliger Therapeut, «wir verliessen uns darauf, dass sie in diesem Wissen keine Dummheiten machen würden.» Bei 7091 Freigängen funktionierte diese Logik. Bis Anthamatten kam.

Es gab in Genf allerdings auch kritische Stimmen. 2003 wurden nach einer Flucht alle Freigänge bis 2007 suspendiert. Der Genfer Forensiker Gérard Niveau bezeichnete La Pâquerette als «Karikatur eines sozialen Konzepts». Nur steht Niveau im Fall Anthamatten selber nicht eben glücklich da: Er hat das Gutachten mit unterzeichnet, das die psychopathischen Züge des Rückfalltäters völlig verkannte und damit dessen Einweisung in La Pâquerette erst ermöglichte. Zu den Dauerkritikern von La Pâquerette gehörte auch der Generalstaatsanwalt. Doch seit das Verwaltungsgericht 2010 sein Vetorecht bei Freigängen strich, hatte er nichts mehr zu sagen. Bis der Mord an Adeline M. alles auf den Kopf stellte: Das Experiment La Pâquerette wurde in der Folge abgebrochen, Direktorin Merlini freigestellt, Freigänge gibt es in Genf seither keine mehr.

* «Rapport d'enquête» von Benoît Chappuis



Gefängnislohn fürs Nachtleben: Genfer Etablissement.

Fifty Shades of Globi

Globi, alter Schelm, was ist bloss aus dir geworden? Der Bürgerschreck von einst hat den Marsch durch die Institutionen angetreten. Bei Post, Bahn, Rotem Kreuz, sogar bei der Polizei hat er sich angedient. Doch ein Funken Hoffnung keimt, denn jetzt ist er ins ferne China abgereist. *Von Urs Gehrig*

Globi, zu neuen Ufern aufgebrochen! Die Meldung, jüngst über Presseagenturen verbreitet, ist ein Harfenschlag fürs winterlich erstarrte Gemüt. Nach Jahren im engen Schweizer Horizont hat der alte Vogelfreund sich zu einer grossen Reise abgesetzt, muss sich auslüften, sucht das Weite, macht sich im aktuellen Globi-Band (Nr. 85) fort, nach China. «Wie einst!», denkt sich einer, «vor nunmehr achtzig Jahren», als Globi zu seinem ersten Abenteuer auf «Weltreise» sich begab.

Zur Einstimmung, und um eine alte Freundschaft zu beleben, werden Globis frühe Bände vom elterlichen Estrich hervorgeholt. Zerfleddert, zerlesen, Speisereste eingeklemmt, angemalt mit Neocolor, liegen sie da, «Globis Kampf um die Schatz-Insel», «Geschwister Globi» und, Gipfel spitzbübischer Glückseligkeit, «Globi junior».

Pflichtbewusst mit Velohelm

In Nullkommanichts versinkt man in alten Abenteuern. Wie toll und kühn Globis Streiche waren. Hier eine zerschlagene Scheibe, dort ein Velo in Trümmern. Dem ahnungslosen Mädchen mit dem Streichholz den Luftballon zerplatzt, Knallkörper zweckentfremdet, den Fiebermesser frisiert und sich so einen Wonnetag im Bett erschwandelt. Nach Globis Vorbild wurde aller Schabernack nachgemacht. Sogar die Kleiderpuppe, mittels welcher Globi einen Erhängten mimt, hat man im weiteren Familienkreis kopiert – und wurde dafür ordentlich abgestraft, und zwar wie Globi von strenger Vaterhand.

Doch Seltsames wird einem beim Spaziergang durch die Globi-Bücherwelt gewahr. Der alte Lausub tritt neuerdings ein bei der Feuerwehr, fliegt mit der Rega, hilft der Polizei sogar. «Immer diese Velo-Klauer!», zürnt er, macht Jagd auf Falschparkierer, pflichtbewusst mit Velohelm. Alter Freund, was ist mit dir?

Vieles am alten Globi sei heute «nicht mehr zeitgemäss», heisst es bei Gisela Klinkenberg, Leite-

rin des Globi-Verlags. Gewisse moralische Dinge gingen heute «gar nicht mehr». Es habe Beschwerden besorgter Eltern gegeben zehauf. Zum Beispiel wegen des Handgranatenfischens in «Globi wird Soldat» (1940). Einiges sei halt schon sehr deftig gewesen, was Globi damals getrieben habe. Das mit der Katze zum Beispiel, die er mit einem Stein um den Hals im See habe ersäufen wollen. «Alles, was auf Kosten von irgendjemandem oder -etwas gehen könnte, ist heute ganz heikel», sagt Frau Klinkenberg.

Globi hatte immer Feinde. Erzieher, Pädagogen, Psychologen zuallererst. Ein Basler Lehrer, der von seiner Schulklasse während eines Ausflugs 1948 auf dem Turm der Chrischona-Kirche eingeschlossen worden war, machte Globi-Bücher dafür verantwortlich, die er «als grösste Schundliteratur, welche je existierte» bezeichnete. «Humorloser Geselle» notierte der Globi-Vater Ignatius Karl Schiele, Werbechef des Warenhauses Globus, auf den archivierten Protestbrief.

Schiele wusste es besser. Einst als Werbefigur konzipiert, hat sich das Federvieh sofort in den Kinderherzen eingenistet. Die Kinder erkannten instinktiv, wie Globi wirklich war. Facettenreich, schwankend zwischen Anarchie und Bünzlitum, ein kunterbuntes Panoptikum des Lebens. Im Herzen sterbenslieb und hilfsbereit, aber auch rabiat und jähzornig, bis ihm der Schnabel glühte. Immer wieder musste er für seine Streiche büssen. Und als alles nichts mehr nützte, wurde er sogar verbannt, ein Jahr lang auf eine Insel im Pazifik, von wo er geläutert zurückkehrte, aber rasch wieder ins alte Muster fiel.

«Globi kann nicht mässig bleiben, alles muss er übertreiben», hiess es in «Globi im Circus» (1941). Wie ein Kind lebte er im Augenblick, war aber zur Stelle, wenn es zählte, verteidigte das Vaterland im Krieg, mischte als Kompaniekalb die Truppe auf und warf sich als Jungbauer in

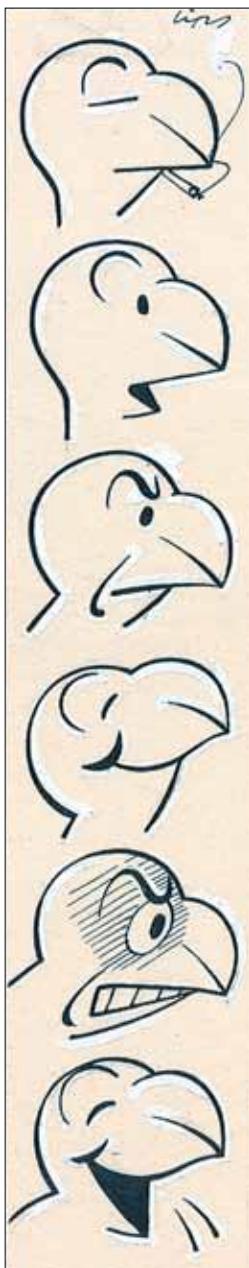
Wahlens Geist in die Anbauschlacht. Im Kern aber war er ein Nomade. Die reale und imaginäre Welt durchstreifend, blickte er hinaus in die Ferne in unbändigem Übermut, liess sich auch gern mal von Eingeborenen zum Häuptling krönen, ohne die Absicht freilich, den Eroberer zu spielen.

Schwankend zwischen Anarchie und Bünzlitum – ein kunterbuntes Panoptikum des Lebens.

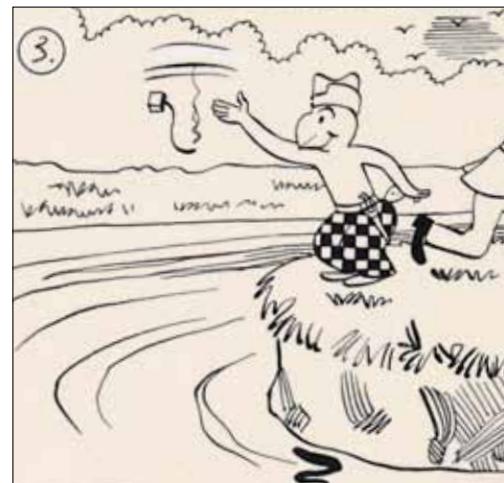
Aber der Zeiten strenger Atem piff hartnäckig in Globis kleine Welt. Der frühe Lehrerprotest war bloss Vorgeplänkel. 1971 tritt Schriftsteller Gerold Späth in der Fernsehsendung «Tatsachen und Meinungen» eine Gerölllawine über Globi und seine Macher los. Globi, moniert die Edelfeder, sei «rassenfeindlich». In Globi-Büchern würden Afrikaner diskriminierend als «Neger» bezeichnet, stimmt Regula Renschler von der Menschenrechtsorganisation Erklärung von Bern in den Kanon ein. «Sie tragen einen Bast- oder Bananenblätterrock, dazu häufig Spangen um den Hals», wedelt sie 1981 in ihrer Kinderbuchstudie «Das Gift der frühen Jahre» mit dem moralischen Zeigefinger.

Selbstzensur in aller Stille

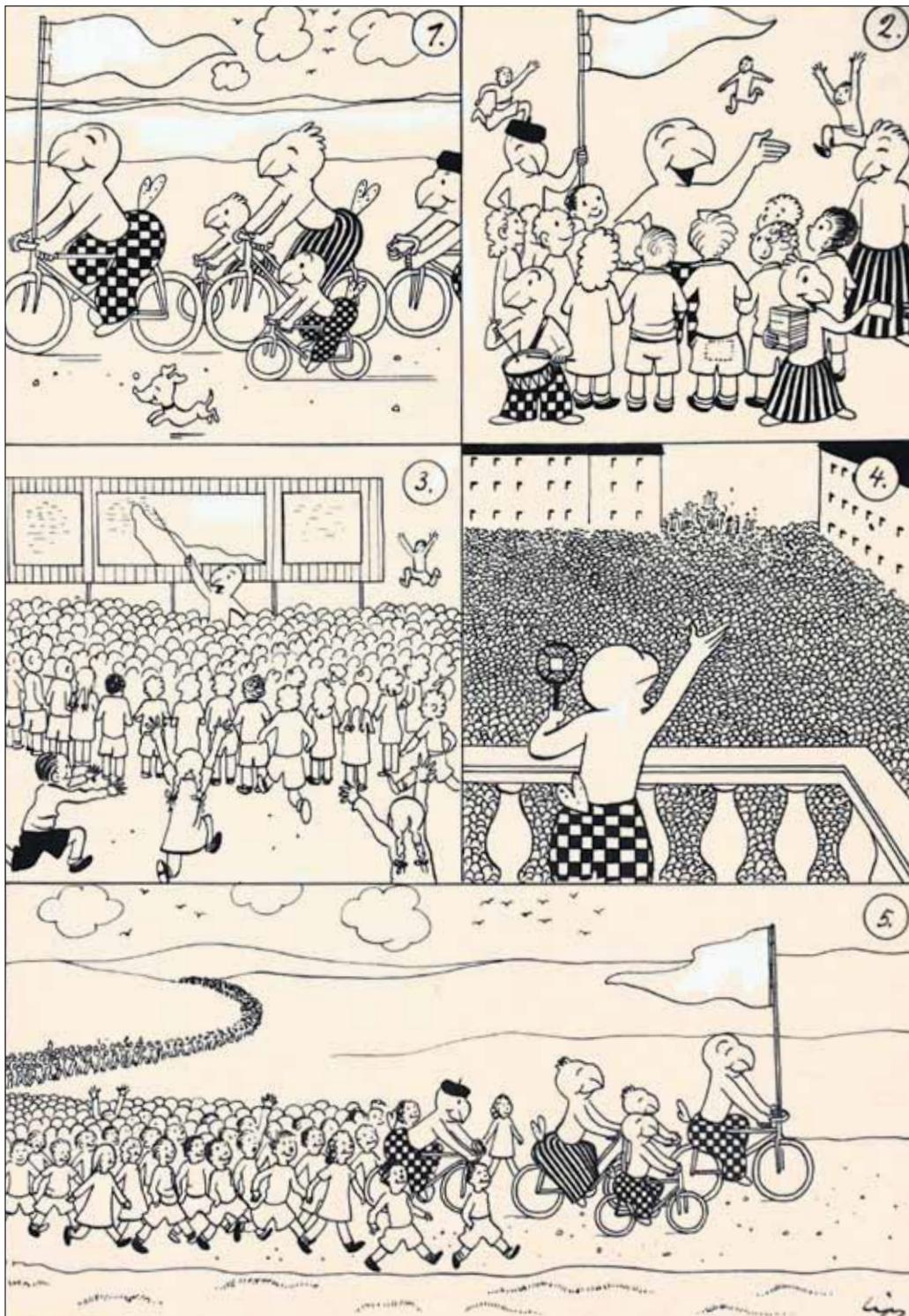
Die Globi-Redaktion sieht sich zur Reaktion gezwungen. Schiele beauftragt einen Zeichner, die kritisierten Stellen des legendären Globi-Schöpfers Walter Lips zu korrigieren. Im Band «Mit Globi und Käpten Pum um die Welt» (1944) werden die Lippen der Eingeborenen verdünnt, Glubschaugen verkleinert, das Haar modern frisiert. Das Resultat überzeugt



Bis der Schnabel glüht.



Besorgte Eltern: Handgranatenfischen, 1940.



«Helvetischer Totalitarismus»? Kritik an «Globi an der Landesausstellung», 1939.

Schiele nicht. «Enttäuschend!», schreibt er zur Retusche. Vorerst lässt man das Alte sein, schickt Globi aber auf den politisch korrekten Pfad. In «Globis Glanz-Idee» (1975) mutiert der gezüchtigte Vogel zum Ökoaktivisten, erklärt den «Kampf dem Lärm und Schmutz». Doch in aller Stille waltet die Selbstzensur. So werden in der Neuauflage von «Globis Weltreise» besonders beanstandete Episoden ausgewechselt.

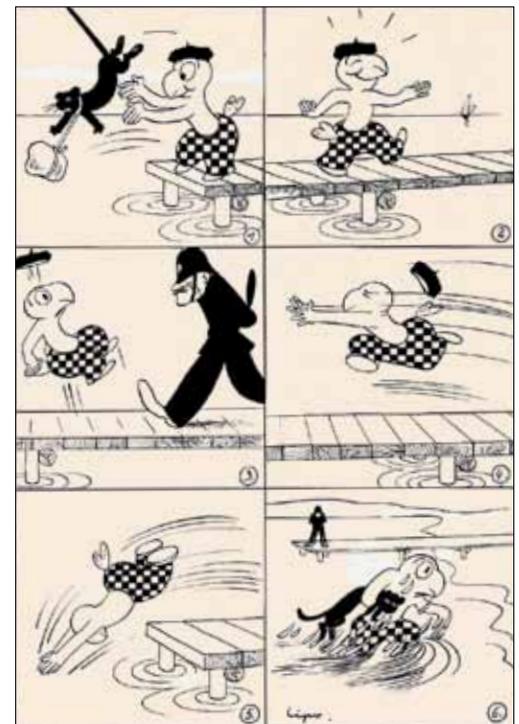
Globi ereilt dasselbe Schicksal wie Tintin, Pippi oder Kasperli. Sie werden von allem gesäubert, was irgendwie nach «Kolonialismus» riecht. Bilder werden umgezeichnet, Verse neu getextet. Einiges wird gar im Gift-

schränk weggeschlossen, will heissen: nicht mehr aufgelegt. Die meisten Globi-Frühwerke gibt's heute nur noch antiquarisch.

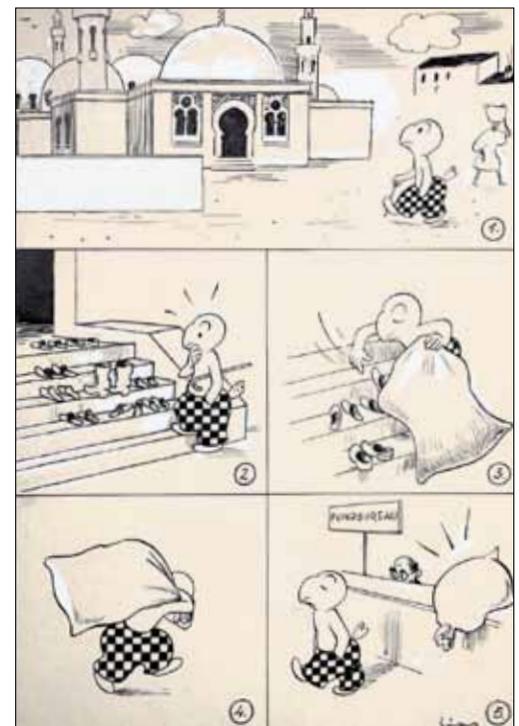
«Im Stil eines Duce»

«Heute ist Globi mehr der Erfinder», sagt Verlagsleiterin Klinkenberg, «hilfsbereit, mehr ein Tausendsassa, dem immer etwas in den Sinn kommt.» Auch das Cholerische, das er früher hatte, sei heute «sehr problematisch».

Das Kleid gerupft und der Schnabel gestutzt, wurde Globi zu neuem Leben animiert. Zum Film, den Globi-Urväter selig sei's geklagt, hat man ihn geholt. Und, schlimmer



«Heute ganz heikel»: «Globi junior», 1938.

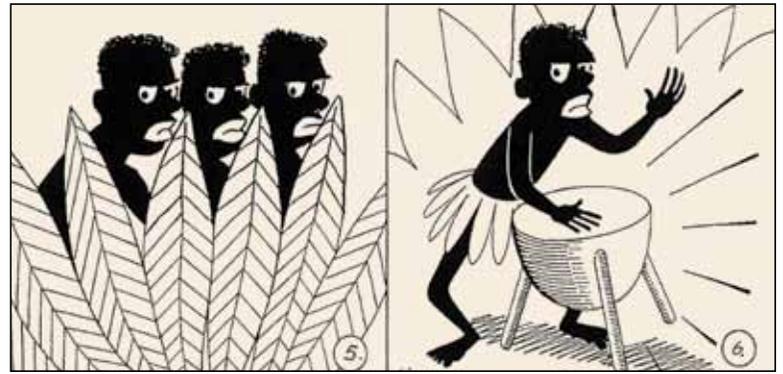
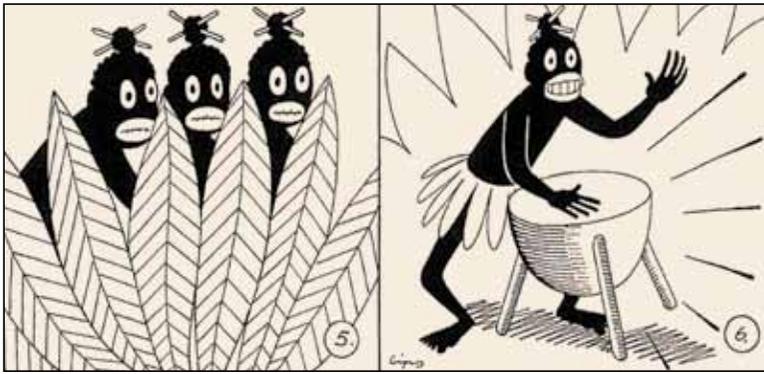


Im Kern ein Nomade: «Globis Weltreise», 1935.

noch, vertont. Unerbittlich kräht der Hörspiel-Globi aka Walter Andreas Müller seither aus dem Kinderzimmer, der derbste Globi-Streich war schlimmer nimmer.

Doch selbst mitten im Kommerzfetisch holte Globi die längst abgestreifte Vergangenheit ein. Georg Kreis, Rassismus-Wächter vom Rheinknie, ortete bei Globi 2004 diktatorische Züge. «Globi propagiert die Landesausstellung «Landi 39» im Stil eines Duce auf dem Balkon der Piazza Venezia», monierte Kreis in einem Forschungsartikel über «helvetischen Totalitarismus».

Ausgerechnet Globi! Dessen geistiger Schöpfer Schiele, ein wertkonservativer, reli-



Gerölllawine der Empörung: «Mit Globi und Käpten Pum um die Welt», 1944 (links); Retouche-Versuch von «Negern» zu Afrikanern, 1973.

göser Patriot, der einst die «Tatgemeinschaft der Schweizerischen Jugend» mitgegründet hatte, eine Organisation zur Abwehr faschistischer und kommunistischer Infiltration der Schweiz. Und der Globi 1940 für die Landesverteidigung mobilisierte, mit freundlichem Geleitwort von General Guisan höchstpersönlich.

All das hat Spuren hinterlassen. Der letzte Rest an Anarchischem ward ihm ausgetrieben, man hat ihn gehäutet zum Werbevieh für die Bürokratie. Globi trat den Marsch durch die Institutionen an, ging zur Bahn und Post, rettete Leben fürs Rote Kreuz, putzte die Alpen blank, suchte am Flughafen nach verlustig gegangenen Gepäck, drückte die Schulbank und ging,

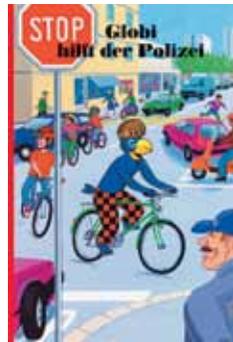
Letztes Jahr durfte Globi wieder Bauer werden. Ein «schlauer Bauer», versteht sich, ein Biobauer.

ultimativer Ritterschlag zum Gut-Globi, sogar zum Schweizer Fernsehen. Das Bild-Text-Konzept ist noch das Gleiche wie anno dazumal: Vierzeiler, zuerst acht und acht, dann sieben und sieben Silben, doch was einst charmant, wenn auch etwas altbacken klang, holpert jetzt wie ein Leiterwagen auf einer Schotterstrasse. «Globi tanzt herum vor Freude: / <Dieses Studiogebäude / darf ich sehen – tolle Sach! / Morgen geht's nach Leutschenbach!>»

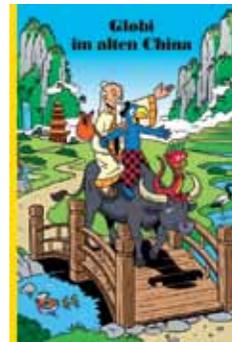
Ausgeklügeltes Globi-Franchising

Letztes Jahr durfte Globi sogar zum zweiten Mal Bauer werden. Ein «schlauer Bauer», versteht sich, ein Biobauer. In einem Anflug von Wiedergutmachungseifer für seine frühen «kolonialistischen» Sünden fliegt er nach Kenia zu Bäuerin Barke (Suaheli für «Segen», erklärt die Fussnote), «einer Fachfrau mit viel Grips», die ihn das umweltfreundliche Bauern lehrt, während auf dem heimischen Hof eine «Kumpelin» zum Rechten schaut.

Globi boomt im ökologisch gebürsteten Federkleid. Der Verlag (der seit 2007 zu Orell Füssli gehört) betreibt ein ausgeklügeltes Franchising: Globi-Wanderweg, Globi-SBB-Spielwagen, Globi-Lunchbox, Pappbücher, Malbücher, Wissensbücher. Globi tingelt als



Gut-Globi, 1994.



Neuster Globi-Band.

Chemielehrer durchs Land, nervig-neunmal-klug, sogar kochen kann er, auch vegetarisch natürlich. Dem Publikum gefällt's. Besonders das «Schweizer Kochbuch» sei ein Hit, meldet der Verlag, «10 000 verkaufte Exemplare in vier Monaten».

Und Globis neuestes Abenteuer im alten China? Er rettet Drachen und Pandas, überlistet einen Tiger, gerät einmal sogar in Gefangenschaft und lernt Weisheiten von Laotse. Möge der nostalgische Leser darüber pietätvoll schweigen. Lassen wir stattdessen jene sprechen, die es stets am besten wissen, die

Jüngsten unter uns. Ihnen, dass sie ausdrücklich festgehalten, hat die private Rezension-Leseprobe sehr gefallen.

Für Nostalgiker und Nörgeler gibt's dafür einen besonderen Leckerbissen. Im Zürcher Buchantiquariat Benz sind 600 Originalobjekte, Zeichnungen, Skizzen und Bücher aus dem Globi-Nachlass von Schiele zu bestaunen.* Aber nicht mehr lange und zum letzten Mal. Da niemand das nötige Geld für die Sammlung zwecks einer permanenten Ausstellung aufbringen wollte, wird der Schatz nun restlos verkauft.

Und was bringt die Zukunft? Welcher Laune des Zeitgeistes wird Globi als Nächstes unterworfen? Wird er vegan? Hipster? Transgender? Zurück aus China, wird er sich wieder in der Heimat tummeln, verrät die Verlagsleitung. «Der nächste Globi wird in Zürich spielen. Es gibt einen Krimi, einen Goldraub!», sagt Gisela Klinkenberg begeistert. In der Rolle des Bösewichts: «Ein Banker!» Wer sonst?

* Die Ausstellung «Globi im Antiquariat» läuft noch bis Ende März im EOS Buchantiquariat Benz an der Kirchgasse 17 in Zürich.



Was bringt die Zukunft? Tuschzeichnung «Globi bei der Kartenleserin», 1932.

Wahhabs Botschaft für die Welt

Milliarden für Moscheen, islamische Zentren, Armenhilfe, Stipendien, Diplomatie und Terror: Wie Saudi-Arabien seine erzkonservative Staatsreligion im Rest der Welt verbreitet. Teil 2/2

Von Pierre Heumann

Vor über 200 Jahren begann in der Wüste der Arabischen Halbinsel Mohammed ibn Abd al-Wahhab ein Projekt, das heute weltweit nachwirkt. Wahhab, zu Beginn des 18. Jahrhunderts in der Nähe von Riad geboren, trachtet nach einem «authentischen» Islam, der sich strikt an die Lehren des Propheten hält. Er hat Erfolg. Die nach ihm benannte radikalste Form des Islam ist in Saudi-Arabien seit Jahrzehnten Staatsreligion (*Weltwoche* Nr. 8/15).

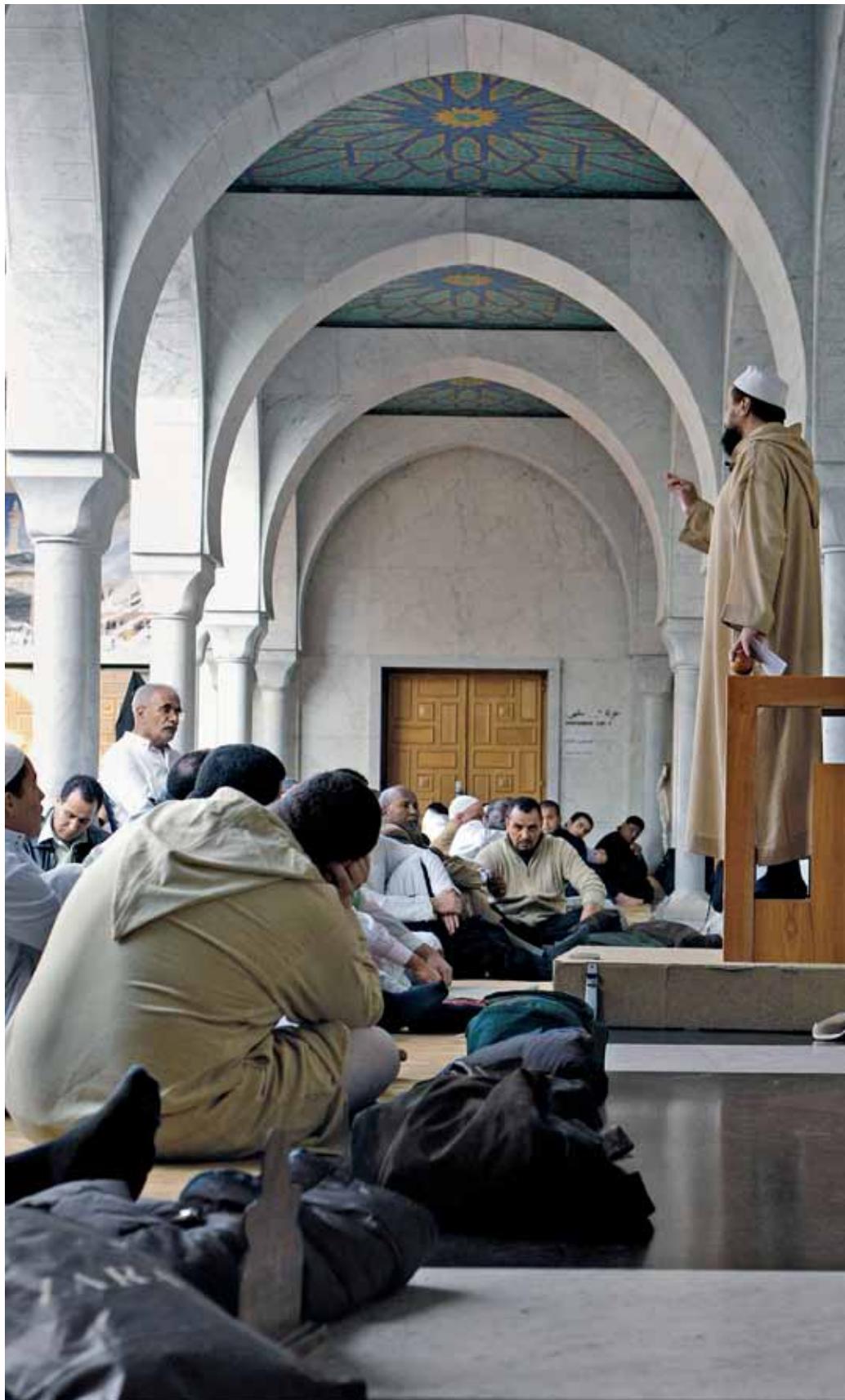
Doch die Wüste ist Wahhabs Jüngern nicht genug. Sie wollen die ganze Welt in ihrem Sinn beeinflussen, prägen und letztlich auch erobern. Menschen in Europa, Asien, Amerika, Afrika und Australien sollen die unverfälschten Lehren Mohammeds befolgen. Auch die Schweiz steht auf dem Programm der Missionare: Im Propaganda-Apparat der Wahhabiten figuriert Genf ganz oben.

Für die weltweite Promotion des Wahhabismus haben die Saudis ein globales Netzwerk aufgezogen, in das sie bereits mehr als hundert Milliarden Dollar investiert haben. Die Ambitionen der Scheichs sind damit nicht befriedigt. Bis zum Ende des Jahrzehnts will Saudi-Arabien weitere hundert Milliarden für die weltweite Wahhabisierung ausgeben, schätzen Experten. Hinzu kommen weitere Riesensummen von privaten Gönnern.

Prinzipien des Islam

Um völkerumfassend Anhänger seiner Staatsreligion zu gewinnen, investiert Saudi-Arabien einen Teil seiner Öleinnahmen in schlagkräftige Organisationen und Institutionen. Das wichtigste Vehikel der Wahhabiten ist die Muslim World League (MWL), die Islamische Weltliga. Sie bezeichnet sich selbst zwar als Nichtregierungsorganisation, zählt aber zu jenen Organisationen, die die grössten Zuwendungen vom saudischen Herrscherhaus erhalten, wie die tunesisch-deutsche Islamwissenschaftlerin Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, die an der Schule für Verfassungsschutz in Deutschland unterrichtet, sagt. Nach eigenem Bekunden will die MWL die «Botschaft Gottes überall auf der Welt propagieren» und die zunehmende Säkularisierung in der islamischen Welt bekämpfen. Ihr ultimatives Ziel «Frieden auf Erden» setze voraus, dass die Prinzipien des Islam weltweit befolgt würden, postuliert die MWL-Charta.

Zur Durchsetzung dieser Ziele hat die World Muslim League, die in wichtigen UN-Organisationen vertreten ist, zahlreiche Tochterorganisationen gegründet. Sie verteilen zum Beispiel



Strategisches Denken der Wahhabi-Promotoren: Mosquée du Petit-Saconnex, Genf.

Pakete an Bedürftige und bauen Heime für Waisenkinder, in denen den Kindern strikte, auf Wahhab zurückgehende Einhaltung der Scharia-Regeln eingepflegt wird. In ihrem missionarischen Eifer bringen sie den Koran unter die Leute, bezahlen Stipendien und Flugtickets für ausländische Studenten, die sich an der Universität Mekka auf eine spätere Imam-Tätigkeit irgendwo auf der Welt vorbereiten, und sie prägen Lehrinhalte an Schulen, die von Wahhabiten finanziert werden. Rund tausend Prediger sind derzeit in 94 Ländern im Einsatz.

Auf dem Weg zur globalen Dominanz spielen die islamischen Zentren die Hauptrolle. In ihnen sind Moscheen, Schulen und Begegnungszentren angesiedelt. Viel ist schon erreicht: In den USA stehen zum Beispiel laut einer Schätzung bis zu achtzig Prozent der Moscheen unter wahhabitischen Einfluss. Wo die wahhabitische Abdeckung noch zu gering scheint, wird investiert. So ist in Südasien ein von Saudi-Arabien finanziertes 35-Milliarden-Dollar-Programm zum Bau von Moscheen und Religionsschulen unterwegs.

Das strategische Denken der Wahhabi-Promotoren zeigt sich auch in der Schweiz. Eine der ersten Moscheen, die in Europa mit Geld aus Saudi-Arabien gebaut wurden, ist die Mosquée du Petit-Saconnex in Genf. In Riad hatte man die Rhone-Stadt nicht zufällig als Standort gewählt. In der Uno-Metropole Genf wollten saudi-arabische Politiker ihre religiöse Diplomatie stärken, sagt Samir Amghar von der Université libre de Bruxelles, Spezialist für den Islam in Europa. Amghar hat vor drei Jahren eine Studie über die Radikalisierung des politischen Islam für das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) abgeschlossen. Der erste Imam, der nach Genf geschickt wurde, stammte aus Marokko, sprach fließend Französisch, und er hatte mit summa cum laude an der Universität von Medina abgeschlossen. Der überzeugte Wahhabit wurde, wie die meisten seiner Berufskollegen heute, von der MWL bezahlt – also vom saudischen Königshaus.

Abschaffung der säkularen Gesetzgebung

Mit der Durchsetzung religiös-politischer Anliegen in Europa wurde auch der Bau der Moschee in Brüssel, der europäischen Hauptstadt, begründet, sagt Amghar. Sowohl in Genf als auch in Brüssel wurden die Moscheen Ende der 1970er Jahre im Beisein des Königs von Saudi-Arabien eingeweiht. Und weder der damalige Bundespräsident Willi Ritschard (SP) noch Belgiens König Baudouin liessen es sich nehmen, der Feier in Genf respektive in Brüssel beizuwohnen – und den Saudis damit einen Persilschein für ihre Absichten auszustellen, in Europa Fuss zu fassen.

Die zur Schau gestellte Freude an den von Riad finanzierten Bauten kann zwar erklärt werden, wenn man den Reichtum des Ölexportors

in Rechnung stellt. Und doch wäre Skepsis angebracht gewesen. Bereits an den ersten Sitzungen der Islamischen Weltliga MWL wurden nämlich Forderungen erhoben, die im Westen hätten Alarm auslösen müssen. So lässt sich in ihrer Charta nachlesen, dass die Wiedereinführung der drakonischen islamischen Strafen zum Programm der wahhabitischen Moscheenbauer gehört – zum Beispiel das Abhacken der Hand eines Diebes, die Steinigung des Ehebrechers – wie auch Bigamie, die Verhinderung der Gleichstellung von Mann und Frau sowie

In den USA stehen bis zu achtzig Prozent der Moscheen unter wahhabitischen Einfluss.

die Verschleierung der Frau. Doch damit nicht genug: Gefordert wurde laut Charta der saudischen Moscheenförderer auch die Abschaffung der säkularen Gesetzgebung.

Um ein Haar wäre es vor zehn Jahren den Wahhabiten gelungen, die Universität Basel als trojanisches Pferd zur Verbreitung ihres radikalen Glaubens einzusetzen. Das Angebot eines in Wien ansässigen Islaminstitutes, den Lehrstuhl für eine Imam-Ausbildung an der Universität Basel zu finanzieren, hatte zunächst verlockend geklungen. Zumal der Universitätsrat keine öffentlichen Mittel für eine Imam-Ausbildung aufwenden wollte. Doch dann wurde man in Basel skeptisch, hatte Zweifel, dass sich die Herkunft der in Aussicht gestellten Gelder überprüfen lasse. Hinter dem Investor aus Wien verbarg sich nämlich ein Institut mit engen Beziehungen zu den Muslimbrüdern, die mit den Wahhabiten ideologisch wesensverwandt sind. Basel lehnte das Angebot ab. Zu Recht: Denn der ideologische Kern der Muslimbruderschaft müsse, sagt Wöhler-Khalfallah, in den salafistischen Wahhabismus saudi-arabischer Prägung eingereiht werden. Die Muslimbruderschaft und der Salafismus seien nichts anderes als zwei unterschiedliche Zweige ein und desselben Stammes, nämlich des Wahhabismus.

Zwar hat Saudi-Arabien die Muslimbruderschaft als Terrorgruppe eingestuft – allerdings nicht wegen ideologischer Differenzen, sondern aus Sorge vor einer Machtübernahme. Trotzdem hat neulich Saudi-Arabiens Aussenminister gesagt, dass sein Land kein Problem mit der Muslimbruderschaft habe.

Die MWL baut nicht nur Moscheen und unterhält islamische Indoktrinationszentren: Sie hilft Terroristen aus aller Welt sowohl logistisch als auch finanziell. Es besteht eine enge Verbindung zu al-Qaida und deren Ableger. So sollen prominente Mitglieder der saudischen Königsfamilie das Terrornetz bei der Vorbereitung des Terroranschlags vom September 2001 finanziell unterstützt haben, behauptete im vergangenen Jahr Zacarias Moussaoui, ein in den USA inhaftiertes Al-Qaida-Mitglied. Auch

für Islamisten-Forscher Amghar ist es offensichtlich, dass Saudi-Arabien diverse Salafi-Gruppen finanziere.

Auch die Milizen des Islamischen Staates (IS) konnten anfänglich auf die Hilfe von privaten Bürgern in Saudi-Arabien zählen, weil der IS seine Wurzeln im Wahhabismus hat. Der IS ist letztlich nichts anderes als eine Gewalterruption des Wahhabismus. Doch Riad hat inzwischen gute Gründe, den IS als Feind zu deklarieren. Dieser versteht sich auch als Rebellion gegen die offizielle Staatsdoktrin Saudi-Arabiens, die ihm «zu liberal» ist. Für den IS sei die Aushöhlung der Legitimität des Königs wie «eine Rückkehr zu den wahren Ursprüngen des saudisch-wahhabitischen Projektes», meint Alastair Crooke, der in Beirut das Conflicts Forum leitet und zuvor Nahostberater der EU war.

Ein weiterer Pfeiler saudischen Hegemoniestrebens ist die Internationale Islamische Hilfsorganisation IIRO. Ihre Jahresberichte sind im Ton ähnlich beifällig gehalten wie diejenigen westlicher Erfolgfirmen: «Wir konnten mit Gottes Hilfe unsere Aktivitäten ausdehnen, in Saudi-Arabien und im Ausland», heisst es da zum Beispiel. IIRO habe Zehntausende von Hilfspaketen in alle Welt verschickt, kümmere sich um Waisenkinder und um die religiöse Ausbildung der Jugend. Beigefügte Episteln von Armen und Waisen aus Somalia, Pakistan, Afghanistan, Jordanien, dem Jemen, Sudan und von Flüchtlingen in der Türkei, im Libanon oder in Syrien sollen die Dankbarkeit dokumentieren.

Offen Terrorismus unterstützt

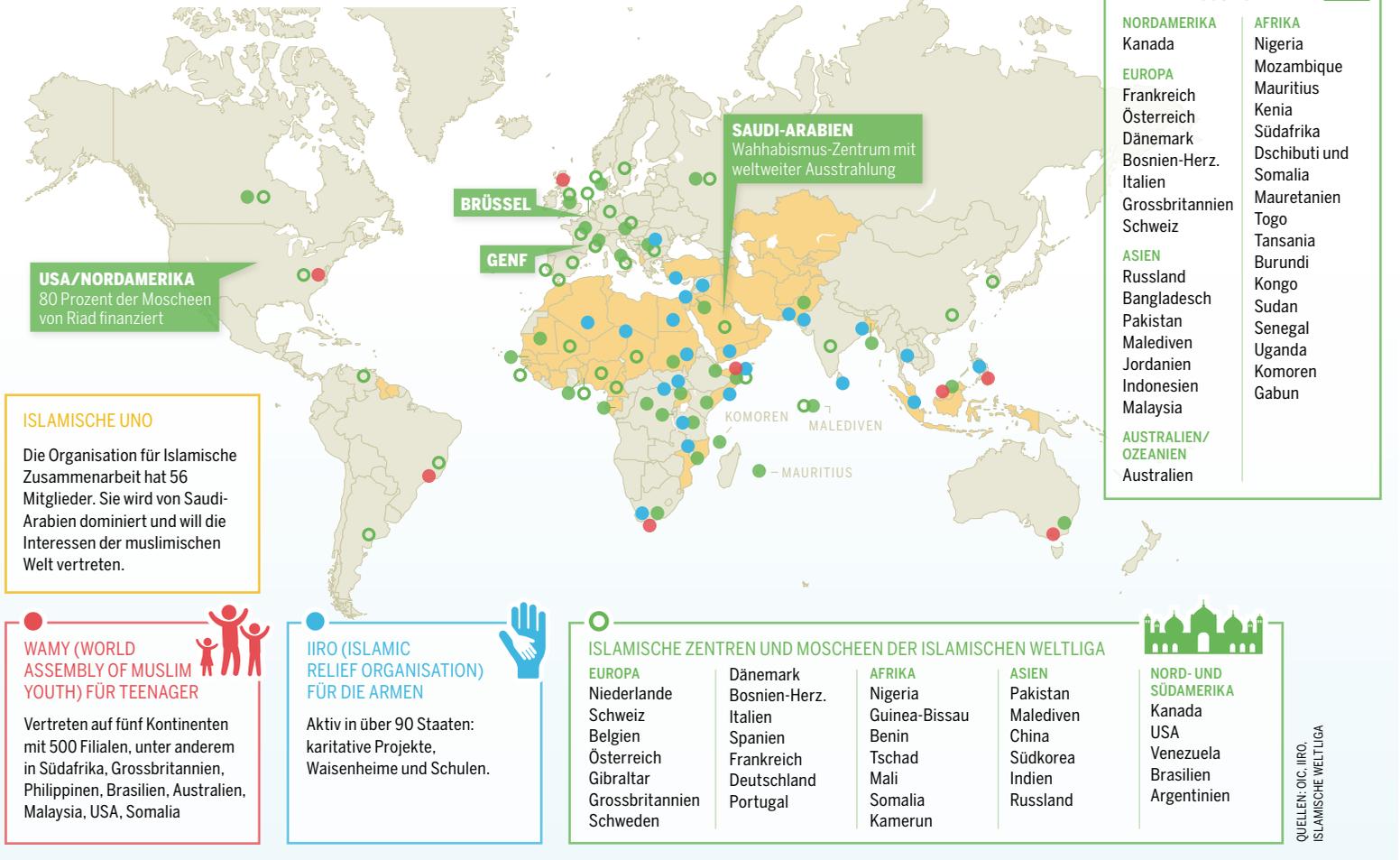
Doch es geht der IIRO nicht nur um humanitäre Hilfe. Sie ist auch ins Terrornetzwerk der al-Qaida eingespannt. So unterhielt sie Beziehungen zu Osama Bin Laden, dem Al-Qaida-Chef, und sie stellte den Mudschaheddin in Afghanistan ihre Büros zur Verfügung. Bereits in den 1990er Jahren konnte ein Schwager Bin Ladens, der den Al-Qaida-Zweig auf den Philippinen geleitet hatte, die lokale IIRO-Filiale als Tarnorganisation für terroristische Aktivitäten benutzen. Fürsorge, Indoktrination und Terror gehen Hand in Hand.

Laut Robert Baer, einem ehemaligen CIA-Spion, hat auch der jetzige König von Saudi-Arabien, Salman ibn Abd al-Asis, unter dem Deckmantel der IIRO Terroraktivitäten unterstützt. Im Sommer 1998 habe er ein Lager für Tschetschenen in einem geheimen Militärlager 120 Kilometer von Riad entfernt gesponsert. Neben dem Training mit Waffen und Bomben standen wahhabitische Indoktrinationsstunden auf dem Programm.

Ein zentrales Vehikel, um Teenager auf wahhabitische Glaubensgrundsätze und Lebensführung einzuschwören, ist auch die World Assembly of Muslim Youth, kurz WAMY. Sie unterhält ein dichtes Netz von Büros für die Jugendarbeit – neben dem Hauptquartier in Saudi-Arabien weitere 56 Filialen in der ganzen

Propaganda aus der Wüste

Säulen der Indoktrination: Moscheen, islamische Zentren, Jugendarbeit, Diplomatie



Welt, zum Beispiel in Frankreich, Deutschland und in Grossbritannien sowie in den USA. Die zu einem grossen Teil von Saudi-Arabien finanzierte WAMY organisiert Fussballturniere oder richtet Stipendien aus, damit die Jungs die rigide Islamversion lernen, so wie sie von den Wahhabiten in Saudi-Arabien definiert ist. Aus dem Grund ist sie auch schon das saudische Äquivalent zur Hitlerjugend genannt worden.

Gegründet wurde die WAMY, die eng mit der MWL verbandelt ist, von einem Muslimbruder namens Kamal Helwabi. Auch die WAMY sieht in der Jugendarbeit einen Deckmantel für den

Laut einem Ex-CIA-Spion hat auch der jetzige König von Saudi-Arabien Terroraktivitäten unterstützt.

Terror. So kam die US-Untersuchungskommission zu 9/11 zum Schluss, dass die WAMY offen islamischen Terrorismus unterstützt habe und dass es «Beziehungen zwischen WAMY und den Entführern der Flugzeuge» gebe.

Zu den radikalsten Scharfmachern der Wahhabi-Ideologie gehört Jussuf al-Karadawi, der der bedeutendste Ideengeber der Muslimbruderschaft ist, deren Ideologie eine verstärkte Form des Wahhabismus ist. Karadawi machte wiederholt von sich reden, weil er «im

Namen Allahs» ausdrücklich zu Selbstmordattentaten gegen Israel aufgefordert hatte. Auf dem Nachrichtensender Al-Dschasira, wo er eine regelmässige Plattform hat, beantwortet er Fragen zum muslimischen Alltag. Dabei vermischt er Religion und Politik, propagiert ein veraltetes Moralverständnis und redet der Diskriminierung Andersdenkender das Wort.

Einfluss in der Uno

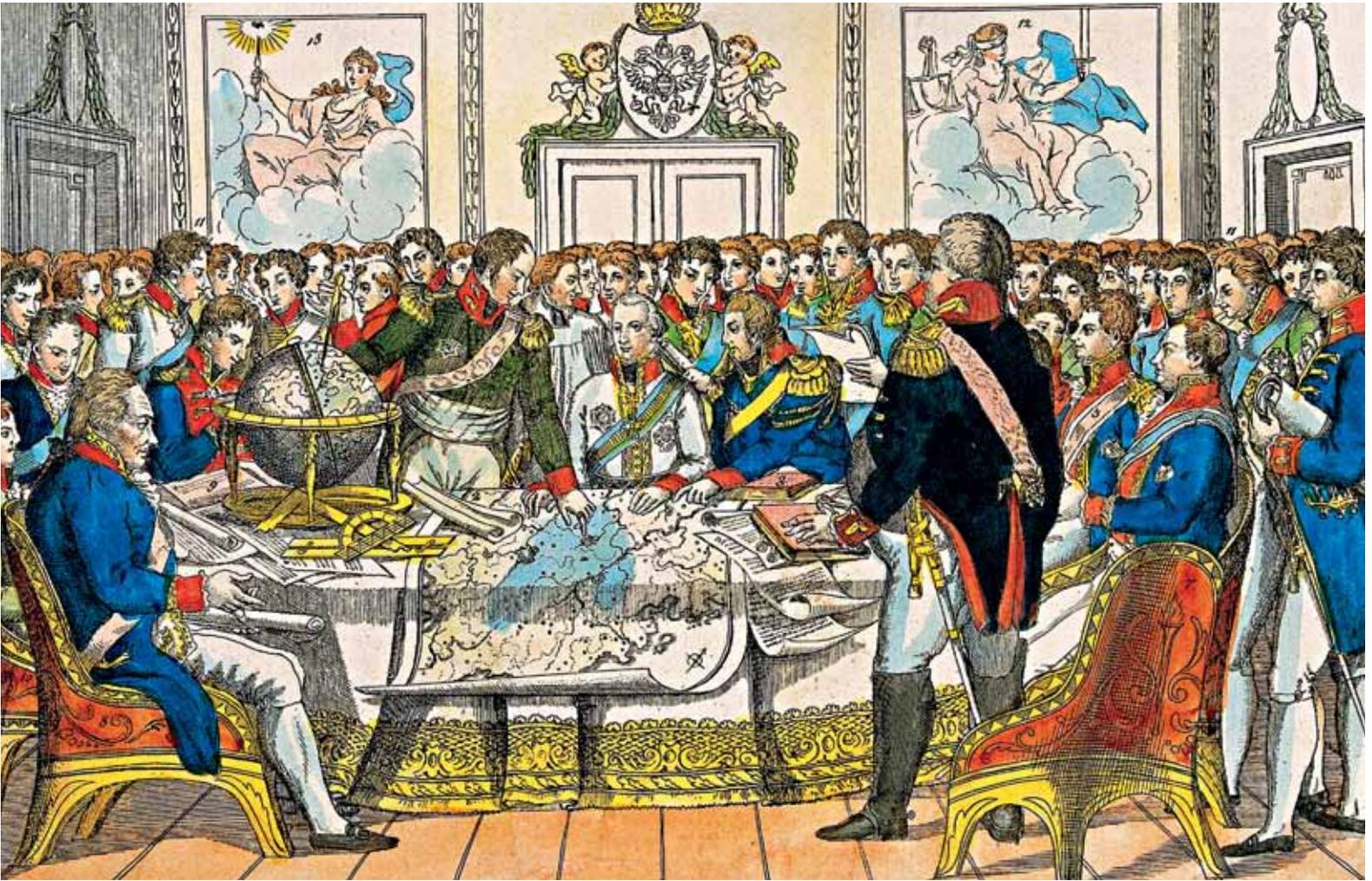
Der aus Ägypten stammende und in Katar wohnende TV-Scheich beeinflusst das Religionsverständnis europäischer Muslime. Er ist Vorsitzender des European Council for Fatwa and Research (ECFR), also des Fatwa-Rates der Islamisten. Die Beziehungen zu Wahhabiten sind eng. Mindestens zwei ECFR-Mitglieder sind auch im religiösen Rat der MWL vertreten. Die einzelnen Gremien und Organisationen sind so intensiv ineinander verschachtelt, auch personell, dass die Transparenz ihrer Arbeits- und Wirkungsweisen nicht vorhanden ist. Sicher aber ist: In diesem ideologischen Umfeld, in dem Dschihadisten aus Europa gross geworden sind, sind sie motiviert, dem Islamischen Staat ihr Leben zu opfern.

Die MWL und die IIRO haben innerhalb der Uno bereits einen starken Einfluss. Zusätzlich hat Saudi-Arabien für seine Expansionsziele ein weiteres Gremium geschaffen, das ihm auf

dem internationalen Parkett einen noch besseren Zugang zur Diplomatie und zu internationalen Organisationen verschafft: die Organisation of Islamic Conferences (OIC). Sie will als die weltweit grösste Vertretung islamischer Länder die kollektive Stimme der muslimischen Welt sein. An die zwei Dutzend afrikanische und ein Dutzend asiatische Staaten sind vertreten, zudem vierzehn aus dem Mittleren Osten sowie drei aus Osteuropa.

In der OIC, der islamischen Parallelorganisation zur Uno, spielt Saudi-Arabien die erste Geige. Das Königreich, das die OIC finanziert, bestimmt die Politik des wichtigsten internationalen Gremiums der islamischen Welt. Seit zwei Jahren wird sie von einem ehemaligen Minister Saudi-Arabiens geführt: Er war zuvor zuständig für Kultur und Information und später für den Hadsch.

Der wahhabitische Einfluss wird auch mit Hilfe der Diplomatie von der Wüste in die grosse Welt getragen. Saudi-Arabien, das sich 1948 geweigert hatte, die internationale Menschenrechtserklärung zu unterzeichnen, hat dies im Rahmen der OIC auf die ihm eigene Art nachgeholt. In der «Menschenrechtserklärung» der OIC wird die Religionsfreiheit eingeschränkt, die Gleichberechtigung der Frau verneint, ebenso das Recht, den Islam zu kritisieren oder ihn auszulegen.



Russland bot sich als Garantiemacht für die Neutralität an: Wiener Kongress, 1815.

Berner Diplomatie per SMS

Es gibt nicht viele Länder, zu denen die Schweiz schon so lange diplomatische Beziehungen unterhält wie zu Russland. Nun ist Moskau verstimmt, weil sich die Schweiz den westlichen Sanktionen angeschlossen hat. Die Eidgenossenschaft setze ihre Neutralität aufs Spiel, sagen einflussreiche Politiker. *Von Wolfgang Koydl*

Auch im neuen Russland ist noch vieles beim Alten geblieben. Die gewählten Volksvertreter mögen zwar von klapprigen Tschajka-Limousinen auf schwere BMW umgestiegen sein, doch im Inneren der Duma tummelt sich noch genau das gleiche Personal wie zu den Zeiten, als hier die zentrale sowjetische Planungsbehörde Gosplan untergebracht war: muffige Milizionäre, aufgetakelte Vorzimmerdamen, arrogante Apparatschiks und dazwischen lustlos wischende Putzbrigaden. Selbst die verspiegelte Scheibe gibt es noch, hinter der Sicherheitsleute den obligatorischen Propusk, die Zutrittsgenehmigung, ausstellen. Nur ihre Hände sind sekundenlang sichtbar, wenn sie den Pass an sich ziehen und wieder ausspucken.

Wladimir Gutenjow gehört nicht zu dieser alten Zeit, sondern zu einer neuen Generation. Der Anzug sitzt, die Designerbrille auch, der Tonfall ist ruhig, gemessen, diplomatisch ausgefeilt. Hier sitzt kein Mann des Apparats, son-

dern ein Profi, der etwas von der Welt ausserhalb Russlands versteht: 48 Jahre alt, Ingenieur mit Erfahrungen in einer jener wenigen Branchen, in denen die russische Wirtschaft noch global mitreden kann – Rüstung und Raketenbau.

«Hightech, Wirtschaft, Kultur»

Vor einiger Zeit ist Gutenjow in die Politik gewechselt. Für die Regierungspartei «Vereinigtes Russland» vertritt er die südrussische Region Samara im russischen Parlament. Er leitet den Industriausschuss der Volksvertretung, und seit einiger Zeit ist er sogar einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma. Das ist nicht ganz unbedeutend für die Schweiz, denn Gutenjow steht nebenbei noch einer Gruppe von Abgeordneten vor, die sich der Freundschaft und den guten Beziehungen zur Eidgenossenschaft verpflichtet fühlen.

In letzter Zeit freilich verspürte die russische Seite wenig schweizerische Freundlichkeiten.

«Beziehungen kann man immer verbessern», umschreibt es Gutenjow höflich. «In unserer Situation entsprechen sie der Realität.» Übersetzt bedeutet das: Wir sind alles andere als glücklich über euch. Der Grund sind die westlichen Sanktionen gegen Moskau, denen sich Bern flugs angeschlossen hat – vorgeblich, um auszuschliessen, dass die Schweiz als Schlupfloch zur Umgehung der Massnahmen genutzt wird.

Zur Schweiz kam Gutenjow auf ungewohntem Weg – über die Naturwissenschaften. Seine Universität in Samara unterhält enge Beziehungen zur ETH in Zürich und zur EPF in Lausanne. «Ich wusste schon immer, wie einzigartig dieses Land ist», erklärt er. «Hightech, Wirtschaft, Kultur.» Doch nun hat die Schweiz in einem entscheidenden Punkt viel von ihrer Einzigartigkeit eingebüsst: Weil sie «im Nachgang» die Sanktionen der Europäischen Union und der USA übernahm, zweifelt Moskau an der Neutralität des Landes.

«Fremden politischen Ambitionen und fremden wirtschaftlichen Interessen» habe die Schweiz dieses wichtige Gut geopfert, beklagte Gutenjows Chef, der Duma-Vorsitzende Sergei Naryschkin, die Beteiligung der Schweiz an den Strafmassnahmen. Es sei schade, dass das Land von seinem Neutralitätsprinzip abgewichen sei und damit «historisches Erbe, kulturelle Bezie-

Moskau, so scheint es, nimmt die Neutralität sogar ernster als manche in der Schweiz.

hungen, wirtschaftliche Partnerschaft und anderes mehr» aufs Spiel gesetzt habe. Für etwaige daraus folgende Nachteile müsste die Schweiz sich die Schuld selber zuschreiben.

Das war die höfliche Version. Weitaus deutlicher wurde Naryschkin bei einer geschlossenen Veranstaltung in der Duma, an der auch Pierre Helg, der Schweizer Botschafter in Moskau teilnahm. So kräftig war die Wortwahl, dass der eidgenössische Diplomat nach Augenzeugenberichten rot im Gesicht anlief – ob vor Wut oder vor Scham, ist nicht bekannt. Die Entrüstung der Russen war verständlich: Undiplomatisch grob hatte der Nationalrat Ende vergangenen Jahres den russischen Botschafter in Bern davon in Kenntnis gesetzt, dass ein Besuch Naryschkins zu einer Veranstaltung anlässlich des 200. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und dem Zarenreich im Jahr 1814 zum gegenwärtigen Zeitpunkt «nicht opportun» sei. Die Nachricht kam, so heisst es, per SMS.

100 000 Kalaschnikows

Es gibt nicht viele Länder, zu denen die Schweiz schon so lange diplomatische Beziehungen unterhält. Zar Alexander I. hatte damals keinen Geringeren als seinen Spitzendiplomaten, Graf Johannes Kapodistrias, als Emissär an die eidgenössische Tagsatzung entsandt. Ein Jahr später setzte sich dann Russland auf dem Wiener Kongress für die Neutralität des kleinen Alpenlandes ein. Mehr noch: Russland bot sich als Garantmacht für die Neutralität an.

Das ist mehr als eine historische Reminiscenz. Russland misst der Schweizer Neutralität bis heute höchste Bedeutung bei – anders als die Europäische Union, die sich immer häufiger darüber hinwegsetzt und die Schweiz gleichsam als 29. Mitglied vereinnahmt. Moskau, so scheint es, nimmt die Neutralität sogar ernster als manche in der Schweiz, die in der politischen Unabhängigkeit des Landes ein exotisches Hindernis auf dem Weg zu einem als vollwertig empfundenen Mitglied der Völkergemeinschaft sehen. Doch für Moskau macht die Neutralität das Wesen der Schweiz aus: Sie ist einer der wenigen berechenbaren Faktoren in einem zunehmend unübersichtlicher werdenden Europa. Vor allem aber bietet sie eine Garantie,



«Was ist das Ziel?»: Parlamentarier Gutenjow.

dass es Grenzen für die raumgreifende Ausbreitung von EU und Nato auf dem Kontinent gibt.

Unauflösbar mit der Neutralität verbunden sind nach Moskauer Ansicht zudem die zahlreichen internationalen Organisationen, die in der Schweiz ihren Sitz haben. Im Kreml würde man den weiteren Verbleib dieser Institutionen in der Schweiz in Zweifel ziehen, falls sich am aussenpolitischen Status ihres Gastlandes etwas ändern würde. Nicht zuletzt schätzt man es in Russland, dass die Neutralität der Schweiz die Möglichkeit gibt, unabhängig in Streitfragen zu vermitteln. Die Bemühungen des Schweizer OSZE-Vorsitzes unter Didier Burkhalter im vergangenen Jahr in der Ukraine werden noch heute ausdrücklich gelobt.

Der grösste Geniestreich gelang dem Aussenminister freilich, nachdem er das internationale Amt niedergelegt und die Spitzendiplomatin Heidi Tagliavini als OSZE-Vertreterin in Kiew bestätigt hatte. Es gibt wenige ausländische Diplomaten, die im russischen Aussenministerium derart geschätzt werden wie die gebürtige Baslerin. Seitdem sie als Sonderbeauftragte der EU – manchmal greift man eben auch in Brüssel gerne auf neutrale Expertise zurück – die Ursachen für den russisch-georgischen Krieg von 2008 untersuchte, geniesst sie auch in Moskau höchstes Vertrauen. Staatspräsident Wladimir Putin selbst kennt und schätzt sie. Beim jüngsten Minsker Gipfel der Präsidenten Poroschenko, Putin und François Hollande mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel spielte sie hinter den Kulissen eine wertvolle Rolle.

Der erste Zorn über die Schweizer Sanktionen ist mittlerweile abgeklungen. Beim Abgeordneten Gutenjow etwa klingt durchaus Verständnis dafür an, dass sich das kleine Land dem Druck aus Brüssel und aus Washington

nicht so ohne weiteres widersetzen konnte. «Die Brüsseler Bürokratie hat viel zu viele Möglichkeiten, über einzelne Länder zu bestimmen», meint er – und leider betrifft das auch das Nichtmitglied Schweiz. Wie viele Gesprächspartner in Moskau weist er allerdings darauf hin, dass nur die USA Vorteile aus den Strafmassnahmen saugen würden: «Was ist das Ziel der Sanktionen?», fragt der Parlamentarier. «Die Wirtschaft Russlands zu schwächen? Oder Europas Volkswirtschaften zu schwächen?» Die Frage ist rhetorisch, denn er beantwortet sie gleich selbst: «Seit Beginn des Sanktionsregimes hat der russische Triebwerkhersteller Energomash einen Vertrag über die Lieferung von sechzig Raketentriebwerken im Wert von einer Milliarde Dollar an die USA abgeschlossen. Kalaschnikow hat 100 000 Gewehre geliefert. Der Umsatz der deutschen Maschinenbauindustrie im Russlandgeschäft ist um zwanzig Prozent eingebrochen, im gleichen Zeitraum hat der Umsatz im russisch-amerikanischen Handel um sieben Prozent zugelegt.»

Im Interesse der Schweizer Wirtschaft

Solche Zahlen kennt man natürlich auch in der Schweiz, wo nicht jeder glücklich ist über den nacheilenden Gehorsam, mit dem man westliche Sanktionen umgesetzt hat. Aber auch in Moskau ist es ein offenes Geheimnis, dass der Bundesrat in dieser Frage gespalten ist. Didier Burkhalter will, dass man am besten gar nichts macht, weil er mit beiden Seiten Gespräche führen will. Eveline Widmer-Schlumpf und Doris Leuthard wollen sich nicht festlegen. Alain Berset und Simonetta Sommaruga sollen eher dem Lager der Scharfmacher zuneigen, welche die Sanktionsschraube anziehen wollen. Die Sozialdemokraten Johann Schneider-Amman und Ueli Maurer hingegen hoffen auf eine Lockerung. Der eine im Interesse der Schweizer Wirtschaft, der andere im Gedanken an die Schweizer Neutralität. ○

Jürg Hoss • Liquidator



Verkauf

Nach mehreren Renovationen des weltbekannten Zürcher 5-Sterne-Hotels Baur au Lac gelangen im Auftrag der Hotelbesitzer die ausgewählten, nicht mehr benötigten Einrichtungsgegenstände zum Verkauf.

Details mit Bildern unter:
www.hoss-liquidator.ch

Freie Besichtigung und Verkauf:
Täglich von 10 Uhr bis 18 Uhr,
Samstag von 10 Uhr bis 16 Uhr
Uraniastrasse 31, 8001 Zürich

www.hoss-liquidator.ch

«Keiner, der aus der Hüfte schießt»

Die Bundesanwaltschaft produziert seit Jahren Fehlschläge. Was läuft falsch? Was muss besser werden? Bundesanwalt Michael Lauber mahnt eine selbstkritische Haltung an und verspricht griffige interne Kontrollen. *Von Philipp Gut und Fabian Unternährer (Bild)*

Herr Lauber, in aller Kürze: Wofür braucht es die Bundesanwaltschaft eigentlich?

Die Bundesanwaltschaft braucht es für den Staatsschutz, die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Korruption auf internationalem Niveau.

Wie viele Fälle bearbeiten Sie zurzeit?

Sogenannte Massenfälle – also eher einfache Delikte wie die Sprengung von Robidog-Kästen – haben wir etwa 2000. Hinzu kommen rund 400 komplexere Fälle pro Jahr.

Wie autonom ist die Bundesanwaltschaft?

Seit 2011 ist sie als wirklich unabhängige Behörde ausgestaltet. Ich bin also verantwortlich für das Personal, die Finanzen, die Organisation, auch für die einzelnen Verfahren. Sämtliche Mitarbeiter sind mir weisungsunterstellt.

Informieren Sie den Bundesrat über Ihre Aktivitäten?

Man informiert sich über verschiedene Gremien, aber immer über klar abgestimmte Kanäle. Es läuft nicht über den Bundesrat, sondern über die zuständigen Ämter.

Derzeit macht der Fall des französischen Datendiebs Hervé Falciani wieder Schlagzeilen. Man spricht von «Swissleaks», obwohl die Genfer Filiale einer ausländischen Bank, der britischen HSBC, betroffen ist. Könnte das auch ein Fall für Sie werden?

Wir analysieren die Situation juristisch eingehend. Aber wir können nur dann ein Strafverfahren eröffnen, wenn konkrete Hinweise auf eine Straftat in Bundeskompetenz vorliegen. Das ist immer ein riesiger Schritt, der gut überlegt sein muss. Eine leichtfertige Eröffnung, nur weil eine solche gerade populär ist und von gewissen Medien gefordert wird, werde ich sicher nicht machen.

Ein Problem in diesem Fall ist das Bankkundengeheimnis, es handelt sich um gestohlene Daten. Nun gäbe es andere Methoden, um legal an Beweismaterial zu kommen, beispielsweise Hausdurchsuchungen. Ist das eine Option?

Das muss die Lageanalyse zeigen. Zudem erforderte ein solcher Schritt vorgängig eine Verfahrenseröffnung.

Laut Gerüchten könnte Ihr Vorgänger Erwin Beyeler den Franzosen bei der Dechiffrierung und Auswertung der gestohlenen Daten geholfen haben. Das könnte

ja auch ein Motiv für die Zurückhaltung der Bundesanwaltschaft sein – möglicherweise kämen dann Fakten ans Licht, die unangenehm für Sie sein könnten.

Davon habe ich noch nie gehört. Jedenfalls hat die Bundesanwaltschaft den französischen Behörden zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Dechiffriercodes übermittelt. Es gibt Anhaltspunkte, dass Herr Falciani selbst dafür gesorgt hatte. Was aktuell «Swissleaks» anbelangt, kann ich nur sagen: Gestohlene Daten bleiben gestohlene Daten. Wir können sie nicht einfach auswerten. Dies wäre eine *fishing expedition* und wäre rechtlich nicht zulässig. Uns geht es auch nicht um den Inhalt dieser CD. Was uns interessiert, sind der wirtschaftliche Nachrichtendienst und der Datendiebstahl.

Falls die Presseberichte stimmen, ist es zu Geldwäscherei im grossen Stil gekommen. Spüren Sie schon Druck aus dem Ausland?

Die Bundesanwaltschaft ist immer von irgendeiner Seite unter Druck, das gehört wahrscheinlich dazu. Aber zum ganzen inhaltlichen Komplex, der jetzt in der Presse

«Eine Einstellung bedeutet für mich nicht unbedingt einen Misserfolg.»

diskutiert wird, haben wir noch kein einziges Rechtshilfesuch bekommen. Ein erstes Gesuch aus Belgien liegt zur Prüfung beim Bundesamt für Justiz.

Das Vertrauen in die Bundesanwaltschaft ist erschüttert, Flop reihte sich an Flop: vom sogenannten Fall Holenweger über die Hinterzimmer-Intrige gegen den ehemaligen Justizminister Christoph Blocher und die Hells Angels bis zu den jüngsten Misserfolgen in Mafiaverfahren. Wenn Sie diese Fälle selbstkritisch überblicken: Was lief da schief? Erkennen Sie gewisse Muster, die auf systembedingte Mängel schliessen lassen?

Zunächst: Eine selbstkritische Haltung ist sehr wichtig, gerade in einer Behörde, die sehr viel Macht hat, die Leute verhaften, Vermögen beschlagnahmen kann. Ich hoffe, wir sind genug selbstkritisch, um Fehler zu erkennen und aus ihnen zu lernen. Gewisse Schwierigkeiten hatten wohl auch mit der alten Strafprozessordnung zu tun, mit der wechselnden Zuständigkeit von Bundesanwaltschaft und Eidgenössischem Unter-

suchungsrichteramt. Was die grossen, komplexen Verfahren betrifft, ist die interne Kontrolle sehr wichtig. Ich habe ein Controlling eingeführt, das diese Fälle begleitet. Wir beobachten die Verfahrensdauer und müssen uns immer wieder fragen, was das Filet eines Falls ist. Was wir nicht vor Gericht bringen können, müssen wir weglassen.

Sie betonen, man müsse den justiziablen Kern einer Sache identifizieren. Verlieren Ihre Staatsanwälte also öfter den Faden?

Es ist wahrscheinlich ein immanentes Risiko in der Strafverfolgung, dass gerade gute Ermittler alles ermitteln wollen und bisweilen den Faden verlieren können. Deshalb braucht es ein System, das hilft, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die Verfahren dürfen auch nicht endlos dauern. Je länger es geht, desto eher muss man beim Strafmass mit einem Discount rechnen.

Verstehe ich es richtig: Sie raten Ihren Leuten, endlos dauernde Fälle lieber fahren zulassen?

Genau. Es muss Bestandteil einer strategischen Verfahrensplanung sein, abzuschätzen, was in welcher Zeit möglich ist. Manchmal muss man Fälle halt auch einstellen, unter Umständen verbunden mit einer Geldeinzahlung. Eine Einstellung bedeutet deshalb für mich nicht unbedingt einen Misserfolg. Der Erfolg einer Staatsanwaltschaft kann nicht nur daran gemessen werden, wie viele Anklagen zu einer Verurteilung vor Gericht führten.

Greifen wir ein konkretes Beispiel heraus: Im erwähnten Fall Holenweger fabrizierte die Bundesanwaltschaft selber den Anfangsverdacht und zerstörte eine unbescholtene Bank. Der Justizapparat wurde kriminell. Haben Sie Ihre Leute heute so im Griff, dass solche Machenschaften nicht mehr vorkommen können?

Das darf nie passieren. Wenn eine Strafverfolgungsbehörde nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeitet, dann ist sie keine glaubwürdige Strafverfolgungsbehörde mehr. Mit einer kritischen Verfahrensbegleitung, mit dem angesprochenen Controlling, kann man viel ausrichten. Sämtliche Fehler verhindern kann aber auch das nicht.

Die Pleiten nehmen kein Ende. Das mit Pauken und Trompeten angekündigte Verfahren gegen angebliche Mitglieder der kalabresischen 'Ndrangheta (Fall Quatur) musste jüngst nach zwölf Jahren ohne



«Im Zweifel für die härtere Massnahme»: Bundesanwalt Lauber.

Anklage ergebnislos eingestellt werden. Zurück bleiben 800 Aktenordner und ein Millionenaufwand.

Dieses Verfahren ist ausserordentlich, weil es so lange dauerte und weil es sehr komplex ist. Es umfasst dreizehn Beschuldigte. Ich machte eine 360-Grad-Analyse und kam zum Schluss: «Ich habe die Beweise, ich gehe vor Gericht.» Dann änderte sich aber etwas Wesentliches. Im Oktober letzten Jahres wurde der Hauptbeschuldigte in Italien in letzter Instanz freigesprochen: Er war nicht an einer Mafiaorganisation beteiligt. Das machte eine Verurteilung in der Schweiz aussichtslos. Deshalb stellten wir den Fall im Hauptpunkt der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation ein. Bezüglich Geldwäscherei, Waffen- und schweren Betäubungsmittelhandels haben wir jedoch im Januar mehrere Personen angeklagt.

Das verstehe ich nicht. Wenn Sie angeblich schon vor einem Jahr genügend Beweise hatten – was tut dann das Urteil in Italien zur Sache? Beweise müssten doch Beweise bleiben.

Aufgrund dieses Freispruchs in Italien ist es nicht mehr möglich, beweismässig die Verbindung von der italienischen 'Ndrangheta zur mutmasslichen Existenz einer in der Schweiz operierenden kriminellen Organisation herzustellen. Mit dieser neuen Beweislage wäre ein Prozess in der Schweiz wohl aussichtslos gewesen.

Wenn Sie von Geldwäscherei reden, müsste ja eine kriminelle Vortat vorhanden sein. Aus den Akten ist eine solche allerdings nicht ersichtlich. Sind Sie sicher, dass es je zu einer Verurteilung kommen wird?

Wir haben den Fall mit einer Task-Force analysiert. Gestützt auf die Analyse sind Entscheide gefallen, und zwar, die verbleibenden Anschuldigungen justiziabel vor Gericht zu bringen. Nach dem Grundsatz «Im Zweifel für die härtere Massnahme» musste ich Anklage erheben. Dass das Gericht hingegen im Zweifel für den Angeklagten entscheiden muss, ist eine andere Sache.

Vertiefen wir diesen Fall noch etwas, denn er scheint exemplarisch zu sein für die anhaltenden Probleme der Bundesanwaltschaft. Das Bundesstrafgericht in Bellinzona wies die Anklage gleich zwei Mal wegen Verfahrensfehlern zurück. Auch in andern Fällen kommt es regelmässig zu Rügen und Rückweisungen. Fehlt es an Fachwissen? Oder beherrschen Ihre Leute schlicht das Handwerk nicht?

Im erwähnten Mafiaverfahren bemängelte das Gericht, wir hätten den Beschuldigten nicht ausreichend rechtliches Gehör gewährt. Mit der neuen Strafprozessordnung sind die formellen Anforderungen gestie-

gen, wie filigran dies zu geschehen hat. Die Formvorschriften haben zugenommen. Deshalb akzeptiere ich auch das Urteil des Gerichts.

Sie haben ein internes Monitoring eingeführt, um komplexe Verfahren besser zu kontrollieren. Trotzdem lief der erwähnte Mafialfall ins Leere – offenbar genügen die Massnahmen nicht.

Es ist ein permanentes Bemühen, diese Massnahmen zu verfeinern und zu verbessern. Die Bundesanwaltschaft ist heute viel stärker hierarchisch und weisungsgebunden organisiert als früher. Das hilft, dass ich sie besser steuern kann. Und das erwähnte Controlling soll das unterstützen. Umgekehrt wäre es nicht gut, wenn unsere Staatsanwälte bloss ausführende Beamte wären. Die Staatsanwälte sollen auch Selbstvertrauen und die Kompetenz haben, zu entscheiden.

Im Schweizer Fernsehen sagten Sie sinngemäss, es gebe in der Schweiz gar kein ernstzunehmendes Mafiaproblem. Das provoziert die Frage: Weshalb führen Sie dann trotzdem so aufwendige Verfahren durch?

Ich kann nur wiederholen: Die Schweiz ist kein mafioses Land. Alarmismus ist fehl am Platz. Aber wir dürfen auch nicht nachlässig werden und das Problem verniedlichen. Wir müssen wachsam bleiben und Verfahren führen, weil der gesetzliche Auftrag besteht, gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen. Die kriminellen Organisationen in Italien sind wie ein Krebsgeschwür, das sagen die Italiener selber. Ob und wie sie in der Schweiz aktiv sind, das müssen die Untersuchungen zeigen.

Nach allem, was Sie bisher schon wissen: Wie aktiv ist die italienische Mafia denn in der Schweiz wirklich?



In der Schweiz gibt es kein gesellschaftliches Mafia-Phänomen wie in Italien. Die Schweiz wird aber überall dort missbraucht, wo sie stark ist: beim Finanzplatz, bei den freien Berufen, der Möglichkeit, hier diskret zu leben. Eine systematische Unterwanderung durch die Mafia sehe ich aber nicht.

Kann man aus Ihrer eher entspannten Lagebeurteilung schliessen, dass Sie in Zukunft vorsichtiger agieren und nicht mehr so leichtfertig ermitteln und Anklage erheben werden?

Ich werde das nicht machen und habe es nie gemacht. Gerade das Beispiel HSBC zeigt ja, wie vorsichtig und auch juristisch sauber ich vorgehen will.

«Bei der Mafia-Ermittlung geht es nicht nur um die Bosse – wir nehmen alle dran.»

Zu reden gab Ihre Aussage, in der Schweiz genügte die gesetzlichen Grundlagen nicht, um Personen allein aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation anzuklagen. Prominente Strafrechtsprofessoren widersprechen. Marc Forster von der Universität St. Gallen etwa unterstellt Ihnen eine «bewusste Provokation», um Druck für gewünschte Gesetzesverschärfungen zu erzeugen.

Ich würde nie provozieren, wenn es nicht nötig ist. Hier ist es nicht nötig, weil wir schon 2012 im Parlament unsere Ansichten vorstellen konnten, und offenbar nimmt man unsere Anliegen ernst.

Der Eindruck bleibt: Sie werfen rhetorische Nebelpetarden, um vom eigenen Versagen abzulenken. Wären die Verdächtigen tatsächlich die grossen Fische, als die sie die Bundesanwaltschaft darstellte, dann hätten Sie sie längst überführen können.

Bei der Mafiaermittlung geht es nicht nur um die Bosse – wir nehmen alle dran. Vor dem Gesetz sind alle gleich.

Die Öffentlichkeit nahm mit Erstaunen zur Kenntnis, dass die Italiener, mit denen Sie nach Ihren Aussagen so gut zusammenarbeiten, ein Video ins Internet stellten, das angebliche Mafiosi in Frauenfeld zeigt. Wie konnte es zu dieser Veröffentlichung kommen?

Das hat mit der italienischen Strafprozessordnung zu tun. Wenn der Staatsanwalt Verhaftungen vornimmt, gibt er den Fall ab. Die Verteidiger haben ein eminentes Interesse, die Öffentlichkeit offensiv zu informieren. Der Staatsanwalt macht das deshalb auch. Aber er es ist klar: Nach schweizerischem Strafprozessrecht geht so etwas nicht. Es begünstigt die Kollusionsgefahr und widerspricht der Unschuldsvermutung.

Was dachten Sie, als Sie das Video sahen?

I was not amused. Aber ich kann nichts dagegen tun.

Hat dieses Vorpreschen die Ermittlungen behindert?

Sagen wir es diplomatisch: Eine kohärente Vorgehensweise mit dem Ausland ist nicht immer einfach sicherzustellen.

Quält Sie in einsamen Nächten nicht manchmal der Gedanke, dass Sie gegen Unschuldige ermitteln könnten?

Ich kann sehr gut verstehen, dass man sich gegenüber dem Staat mit seinem ganzen Machtapparat klein vorkommt, auch hoffnungslos. Mir ist sehr bewusst, was es alles bedeuten kann, wenn eine Strafverfolgungsbehörde gegen einen vorgeht. Das bereitet mir nicht gerade schlaflose Nächte. Aber ich überlege eine Sache gründlich, bevor ich entscheide.

Ein mögliches nächstes Grounding könnte der Fall des Basler Finanziers Dieter Behring sein. Auch hier läuft Ihnen die Zeit davon.

Ich gebe Ihnen recht, was die Verfahrensdauer anbelangt. Auch dieser Fall ist aufwendig und komplex. Das hat mit der sehr hohen Anzahl an Geschädigten zu tun und auch damit, dass Herr Behring, wie es sein Recht ist, alle die ihm gesetzlich zur Verfügung stehenden Rechtsmittel einlegt. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir noch in diesem Jahr die Anklage einreichen können.

Versuchen wir die Dinge im grösseren historischen Zusammenhang zu sehen: Nach dem Ende des Kalten Kriegs suchte man einen neuen Hauptfeind. Man meinte ihn in der internationalen organisierten Kriminalität zu finden, baute den Apparat aus, kündigte vollmundig spektakuläre Fälle an. Heute muss man nüchtern feststellen: Der Berg hat ein paar Mäuse geboren, aber dafür erstaunlich viele Fehlschläge produziert.

Ich war Mitte der neunziger Jahre einmal selber bei der Bundeskriminalpolizei tätig. Der Kampf gegen Geldwäsche und organisierte Kriminalität wurde damals verstärkt, weil die Grenzen fielen. An diesem Befund hat sich meines Erachtens nichts geändert, im Gegenteil. Die Wirtschaften sind dynamischer geworden, geblieben ist indes die territoriale Zuständigkeit der Strafverfolgung. Dazu müsste man sich Gedanken machen, ob zum Beispiel das Rechtshilfegesetz anzupassen ist.

Sie plädieren für noch einfachere, schnellere Rechtshilfe. Das könnte aber auch gefährlich sein. Die *Weltwoche* hat kürzlich über mehrere Fälle berichtet, in denen die Schweiz ausländischen Strafverfolgungsbehörden auf unbelegten Verdacht hin Tür und Tor öffnete – und damit die Rechte hier ansässiger Ausländer tangierte.

Dieses Spannungsfeld ist da. Ich vertrete nicht die Meinung, die Rechtsgüter der Schweiz sollten leichtfertig aufgehoben werden. Dennoch sollte die internationale Rechtshilfe den neuen Realitäten entsprechen.

Nach welchen Kriterien rekrutieren Sie Ihre Leute? Gibt es Charaktertests?

Von den 220 Mitarbeitern sind etwa 50 von mir gewählt, im Wesentlichen die Staatsanwälte. Bei ihnen führen wir ein unabhängiges Assessment durch. Zudem habe ich alle vier Jahre die Möglichkeit, die Staatsanwälte wiederzuwählen – oder nicht wiederzuwählen.

Bislang hat eine personelle Erneuerung nicht stattgefunden. Sehen Sie Bedarf dafür?

Mir ist bewusst, dass die Qualität gerade der Staatsanwälte entscheidend ist. Jede einzelne Wahl werde ich bewusst treffen, nach von mir als Arbeitgeber bestimmten Kriterien.

Aus dem Innern der Bundesanwaltschaft vernimmt man eine gewisse Unsicherheit über Ihren Kurs. Spüren Sie selber etwas davon?

Es mag eine gewisse Verunsicherung geben, aber eigentlich nehme ich die interne Lage als ruhig wahr. Ich habe Tage der offenen Tür, mein Büro steht für alle offen.

Herr Lauber, Sie sind der «Mister Task-Force». Sobald ein Problem auftaucht, setzen Sie publikumswirksam eine Sondertruppe ein. Das könnte auch bloss PR sein. Sind Sie sicher, dass Ihre Massnahmen wirklich effektiv sind?

Ich verstehe diesen Eindruck. Aber Sie müssen schon sehen: Bei solchen Riesenverfahren können Sie nicht einfach von heute auf morgen alles umkrempeln. Ich bin keiner, der aus der Hüfte schießt, aber entscheiden tue ich.

Sie sind angetreten, um die Bundesanwaltschaft nach den Entgleisungen der Vergangenheit zu vernünftigem Handeln zurückzuführen. Wo sehen Sie sich selber auf diesem Weg?

Ich sehe mich mitten auf dem Weg.

Was muss aus Ihrer Sicht konkret noch besser werden?

Wir müssen das Controlling noch intensivieren. Zudem müssen die internen Abläufe und Prozesse noch viel besser werden – wir sind ja selbstverwaltet, und ich habe erst die Grundlagen gelegt.

Wo sehen Sie in absehbarer Zukunft die grössten Herausforderungen?

Die internationale organisierte Kriminalität wird uns weiter beschäftigen. Es gibt aber auch Korruptionsfälle, die allein die Schweiz betreffen, denken Sie an die Fälle im Staatssekretariat für Wirtschaft oder an das Informatikprojekt Insieme der Bundesverwaltung. Wir werden wachsam bleiben und sorgfältig ermitteln müssen. International, aber auch in der Schweiz.

Clever sparen!

Jetzt nur 450.–/Monat

Wir könnten unsere Preise auch auf 650.–/Monat erhöhen. Wollen wir aber nicht!

220'000 Impressions pro Monat

200'000 Impressions pro Monat

180'000 Impressions pro Monat

300'000 Impressions pro Monat

Das marktführende Stellenportal für IT-Spezialisten

Das Stellenportal für Medical-Stellen

Das Schweizer Stellenportal für Handwerker

Das Schweizer All-Branchen Portal



Testen Sie uns:
info@stellen-anzeiger.ch

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80



Die Mutter aller Flaschen erobert die Welt: Burma, 1927.



Hüftschwung in Glas

Von Daniele Muscionico

Nichts wäre das Leben ohne sie. Oder doch viel weniger. Weniger sexy, spritzig, süffig zumal. Ein Leben ohne diese Flasche, kann man es sich denn überhaupt vorstellen? Können ja, wollen nein.

Nein. Ihr Name bleibt ein Geheimnis, denn es ist genug zu wissen, dass die *lady in brown* dieses Jahr ihren 100. Geburtstag feiert. Hundert Jahre und alterslos. Philippe Starck, Armani und Co. sehen alt aus neben ihr.

1915 kam sie zur Welt, ein Produkt der Root Glass Company in Indiana, Earl R. Dean und sein Team haben sie kreiert. Ihre Aufgabe war es, eine Flasche zu erfinden, die man noch im Dunkeln erkennen kann. Eine Flasche mit einem Unterscheidungsmerkmal, das in jeder Glasscherbe kenntlich sei, das in jedem einzelnen Splitter das grosse Ganze lesbar macht. Genauer, *die* grosse Ganze, die weiblichste Erfindung eines Softdrink-Behälters, seit Gott dem Menschen die Glaspresse in die Hand gegeben hat.

Earl R. Dean wusste, dass das Getränk mit Kokablättern und Kolanüssen versetzt war. Doch er konnte keine Fotos finden, um sich ein Bild davon zu machen, wie denn ein Kolablatt, wie denn eine Kolanuss wohl aussehen könnte. Aber er fand in einer Bibliothek die Abbildung einer Kakaofrucht, er sah, wie die Kakaoschote geformt ist. Von dieser Form inspiriert, entwickelte er die Flasche mit dem Hüftschwung.

Dass die Marke, die wir hier nicht nennen, nicht eigentlich ihre Flasche zum Werbeargument gemacht hat, ist womöglich eines der wenigen Versehen in einer der grössten Erfolgsgeschichten des 20. Jahrhunderts. Die Marke, die wir hier nicht nennen, lebt von ihren Werbekampagnen und der alten Gründergeschichte, dass ihr kalter Brauner ursprünglich von einem Morphinisten erfunden worden sei.

Oder doch von einem Bürgerkriegsveteranen in Jacobs' Pharmacy in Downtown Atlanta, der manchmal zu tief in sein Reagenzglas geblickt haben soll? Jedenfalls mischte er aus Kokablättern, Kolanüssen, ätherischen Ölen und Weinen etwas, was auch ihm selbst geschmeckt haben muss. «French Wine Coca» nannte er die Sache, die bald ohne Wein auskommen musste, da die Prohibition über Atlanta hereinbrach.

Die Mutter aller Flaschen feiert Geburtstag! Man wird ihr zu Ehren ein Gläschen heben oder zwei. Doch nicht nur ihr, sondern auch Earl R. Dean – dem Warhol vor Warhol, dem Popkünstler vor dem Pop, dem Entdecker der gläsernen Hüfte – zu Ehren.

Zurück in die Steinzeit

Julien Blanc ist in den USA eine Art Guru unter den professionellen Frauenverführern. Die dreisten Methoden des selbsternannten «Abschleppkünstlers» sind umstritten. Grossbritannien, Brasilien, Singapur und Kanada haben Einreiseverbote gegen den gebürtigen Schweizer verhängt. Von Sarah Pines

«Warum zum Teufel braucht man eine Entschuldigung, um eine Frau anzusprechen?», fragt der schmächtige, dunkelblonde Mann mit Dreitagebart eine Gruppe von 200 artig gekleideten, glattrasierten Männern im Tagungsraum eines Hotels in Las Vegas. «Die einzig gültige Entschuldigung ist: «Du bist ein Mann, sie ist eine Frau», fährt er fort und macht eine den Koitus nachahmende Handbewegung. Schwaches Gelächter. Julien Blanc ist *dating coach*. In Seminaren und Vorträgen lehrt er Männer die Kunst des Verführens als «Alpha-tiere»: maskulin, dominant, Frauen führend, ihre Wege bestimmend. Dabei werfen Blancs Methoden Fragen nach der Grenze zwischen masochistisch-weiblicher Hingabe als akzeptiertem Teil des gesellschaftlich-kulturellen Wertekanons und glorifizierter Misogynie auf.

Seit 2008 ist Blanc leitende Lehrkraft der 2002 gegründeten amerikanischen Firma Real Social Dynamics (RSD), die Männer weltweit in Flirtfragen berät. RSD organisiert mehrstündige, mit bis zu dreitausend Dollar pro Kopf kostspielige Seminare in Hotels oder Veranstaltungsräumen rund um die Welt. Im Mai 2014 organisierte Blanc ein Bootcamp in einem Zürcher Hotel. Im Vorfeld hatten die Jungsozialisten des Kantons Zürich vergeblich an die Kantonspolizei und den Regierungsrat appelliert, ein Verbot für den als sexistisch befundenen Workshop zu verhängen.

Schrecklich lustig

Seit November 2014 schliesslich ist Blanc Gegenstand einer Medienkampagne, die ihm Aufruf zum Missbrauch von Frauen vorwirft. Grundlage waren Blancs eigene Hashtags und Youtube-Videos. Auf Twitter zeigte #choking-girlsaroundtheworld Blanc beim Würgen von Frauen in den Strassen europäischer oder japanischer Grossstädte, vor Klubs, Geschäften oder Restaurants. Auf einem in Japan abgehaltenen Seminar erklärte Blanc: «In Tokio kannst du als weisser Mann machen, was du willst. Ich stolche durch die Strassen, schnappe mir die Köpfe junger Frauen, einfach so, pffft, runter auf den Schwanz, schreie dabei «Pokémon».» Ausserdem twitterte Blanc eine Indikationsliste für häuslichen Missbrauch (#howtomakeherstay) unter der Bezeichnung «Checkliste» zur Erlangung von Macht über eine Frau: durch ihre Isolation von Freunden oder Dingen, die ihr Spass machen, wie Lesen oder Sport, oder durch Selbstmorddrohungen des Mannes, um sie zum Bleiben zu zwingen.

In einem vierminütigen Fernsehinterview mit dem Sender CNN vom 18. November entschuldigte sich Blanc für die Checkliste und die Würgevideos, bezeichnete beide als einen «schrecklichen Versuch, lustig zu sein». Dennoch unterschied Blanc strikt zwischen seinem virtuellen Humor und seiner Integrität als Lehrkraft. Die Videos seien ohne Berücksichtigung des Kontextes bewertet worden, viele der Frauen seien Partybegleiterinnen und mit seinen Gesten einverstanden gewesen. Dennoch veranlasste die australische Regierung noch im November die Deportation Blancs aus einem Hotel in Melbourne und die Absage seines geplanten Seminars.

Nachdem die amerikanische Künstlerin Jennifer Li auf Twitter unter dem Namen «Aggressive Asian» auf die Würgevideos Blancs gestossen war, zeigte sie ihn bei der japanischen Botschaft an und startete die #takedownjulienblanc-Kampagne. Für Blanc folgten Einreiseverbote von Grossbritannien, Brasilien, Singapur und Kanada.

Julien Blanc ist gebürtiger Schweizer aus dem Kanton Waadt und lebt heute in Los Angeles, Kalifornien. Als Teenager sei er ein Streber gewesen, habe unter mangelndem Selbstvertrauen gelitten, erklärt er auf der eigenen Website Pimpingmygame.com. Das Buch «The Game» des «Abschleppkünstlers» (engl. *pick-up artist*) Neil Strauss – ehemaliger Musikjournalist der *New York Times* und heute RSD-Coach – habe ihn gelehrt, den «Trottelmodus» zu überwinden, «auf wildfremde Mädchen zuzugehen und sie dazu zu bringen, mit mir schlafen zu wollen».

«Bringe Frauen dazu, darum zu betteln, mit dir schlafen zu dürfen.»

Die Abschleppkünstlergemeinde entstand in den siebziger Jahren in den USA. Ihre meist männlichen und heterosexuell orientierten Anhänger berufen sich unter anderem auf das Buch «How to Pick Up Girls» (1978) des Regisseurs Eric Weber oder auf die Filmkomödie «The Pick-Up Artist» (1987). Inzwischen internationalisierte sich die Gemeinde durch Facebook, Twitter und Websites wie Pick-up-artist-forum.com, Datingskillsreview.com oder Puatraining.com. Viele Abschleppkünstler glauben an die Frau als Algorithmus, deren neurolinguistische Schemata sich kna-

cken lassen wie ein durch eine Firewall geschützter Computer. Oder, in den Worten Blancs: «Bringe Frauen dazu, darum zu betteln, mit dir schlafen zu dürfen, nachdem du ihr logisches Denkvermögen kurzgeschlossen hast.» *Negging* beziehungsweise beleidigen ist dabei die beliebteste aber nicht zwingend auf Blancs Workshops gelehrt, Flirtmethode von Abschleppkünstlern. Mit Partysätzen wie «Man sieht deinen Haaranatz», «Ist dein T-Shirt geschrumpft?» oder «Deine Nase ist etwas rot, wie bei einem Eskimo» sollen sich Frauen durch Negativaufmerksamkeit entwertet fühlen und ihrerseits beim Mann um Anerkennung und Aufmerksamkeit werben. Eine mildere Form der Anmache ist die Stoss-zieh-Methode, nach der eine Frau mit Komplimenten angezogen und mit Beleidigungen abgestossen wird.

Aufruf zur Demütigung

Auf Blancs Facebook-Seite empörten sich Fans gegen das Einreiseverbot ihres Idols. «Scheiss Feministen», schrieb einer. «Freie Meinungsäusserung und Männlichkeit ist wohl zu viel des Guten für Vormundschaftsstaats-Schlappschwänze», wetterte ein anderer. «Drecksack», «Stück Scheisse», «Vergewaltiger», «Dich würde ich erstechen» ist der Gegentenor von Blancs Opponenten auf Twitter. Assoziiert wird sein Vorgehen vor allem mit dem Aufruf zur Demütigung von Frauen. Durch fehlende Anerkennung, so die Analyse, fühlten Männer sich entmannt. Dies bringe sie dazu, die eigenen Versagensängste auf Frauen zu projizieren und sie durch feindliches Sexualverhalten zu bestrafen. Resultat sei die bedingungslose Privilegierung männlichen Begehrens vor der Autonomie der Frau, die die Gefahr körperlichen Missbrauchs oder gar der Vergewaltigung berge.

Blancs Seminare ähneln andächtigen Bruderschaftstreffen vor dem grossen Trinken. Die Teilnehmer, meist zwischen Anfang zwanzig und Mitte dreissig, lauschen still der von Grosswildjärgern begleiteten Aerobicstimme Blancs, notieren sich auf neuen Schreibblöcken oder direkt ins iPhone Tipps zur Flucht aus der empfundenen Mittelmässigkeit. «Was Höhlenfrauen gut fanden, darauf stehen Frauen heute noch», doziert Blanc. In der Tat ist das mythische Ziel der RSD-Seminare die Wiedergewinnung eines goldenen Zeitalters der Männlichkeit. Das Flirtspiel mit dem Ziel Sex wird zur Kompen-



Moment maskuliner Ermächtigung: Julien Blanc in Amsterdam, Kraukau, New York und beim Würgen einer Frau.

sation für die mit dem Ende der Steinzeit eingebüßte Männlichkeit des modernen Mannes.

In der Steinzeit, so Blanc, war dem Mann grenzenloser Sex erlaubt. Abgewiesenwerden durch die Frau sei nahezu unmöglich und Sex für möglichst viele Nachkommen Überlebensstrategie beider Geschlechter gewesen. Seine Seminare sollen «sozial ungeschickten Typen Selbstvertrauen geben, um mit Frauen Kontakt aufzunehmen, eine Beziehung anzufangen». Zentrales Thema der Seminare ist der *bitch shield*, die komplette Unnahbarkeit einer begehrten Frau, und die Überwindung der Angst der männlichen Teilnehmer vor dem Abgewiesenwerden. Abgewiesen zu werden ist Teil des Gesellschaftsspiels, doch kann

der Umgang damit variieren. Statt Aggression, Paranoia oder Minderwertigkeitskomplexen rät Blanc Männern zu Selbstgenügsamkeit: «Sei deine eigene Party, hab mächtig viel Spass, und bringe Frauen dazu, auf dieser Party sein zu wollen, die *du bist*.» Dadurch erscheinen Frauen in den Augen der Abgewiesenen selbst als verschmäht und das Selbstbild der Männer bleibt intakt.

Regeldurchwirktes Flirtspiel

In dem ersten Band der Trilogie «Fifty Shades of Grey» (2011) geht die Protagonistin Ana mit dem Geschäftsmann Christian Grey einen «Unterwerfungsvertrag» ein, der schliesslich in gleichberechtigte Liebe mündet. Der Maso-

chismus Anas wurde kritisiert, aber auch als kulturelles Werkzeug der Emanzipation der Frau gepriesen. Blanc scheint auf ähnliche Weise zu versuchen, die vielleicht verständliche Sorge vor Kontrollverlust und Zurückweisung in einen positiven Moment maskuliner Ermächtigung zu wenden. Dennoch ist fraglich, ob sich Zurückweisung durch steinzeitlichen Sex als vermeintlich einzigen gemeinsamen Nenner zwischen den Geschlechtern vermeiden lässt. Vielleicht verweist gerade das regeldurchwirkte Flirtspiel der «Abschlepper», auch wenn es erfolgreich ist, auf die absolute Entfremdung und die fehlenden kommunikativen Schnittmengen zwischen vielen Männern und Frauen.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Ian McEwan:** Kindeswohl (*Diogenes*)
- 2 (2) **Michel Houellebecq:** Unterwerfung (*Dumont*)
- 3 (4) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 4 (–) **Cecelia Ahern:** Das Jahr, in dem ich dich traf (*Fischer Krüger*)
- 5 (3) **Sibylle Berg:** Der Tag, als meine Frau einen Mann fand (*Hanser*)
- 6 (10) **Linus Reichlin:** In einem anderen Leben (*Galiani*)
- 7 (5) **Tana French:** Geheimer Ort (*Fischer Scherz*)
- 8 (–) **Markus Heitz:** Der Triumph der Zwerge (*Piper*)
- 9 (–) **Guillaume Musso:** Vielleicht morgen (*Pendo*)
- 10 (9) **Lukas Bärfuss:** Koala (*Wallstein*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (2) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 3 (4) **Pascal Voggenhuber:** Zünde dein inneres Licht an (*Giger*)
- 4 (3) **Karoline Arn:** Elisabeth de Meuron von Tschärner (1882–1980) (*Zytglogge*)
- 5 (–) **Sarah Diehl:** Die Uhr, die nicht tickt (*Arche*)
- 6 (5) **Martin Werlen:** Heute im Blick (*Herder*)
- 7 (6) **Carolin Wiedemeyer:** Nutella (*Heel*)
- 8 (7) **Guido Maria Kretschmer:** Eine Bluse macht noch keinen Sommer (*Edel*)
- 9 (9) **Guinness World Records 2015** (*Hoffmann und Campe*)
- 10 (10) **Benjamin Behnke, Kai Daniel Du:** Trick 17 – 365 geniale Alltagstipps (*Frech*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Levy und Schneider

Der Basler Regisseur Dani Levy lebt seit vielen Jahren in Berlin. Nun zeigt er im Zürcher Schauspielhaus, wie er sich die Gartenzweigschweiz vorstellt. Seine Komödie «Schweizer Schönheit» entpuppt sich als ein klischeebeladener Schwank, wie man ihn sonst im Bernhard-Theater sieht – nur weniger lustig und auf Bühnenhochdeutsch, was schlecht zu dem Genre passt. So kommt auch ein «Bürgermeister» vor, offensichtlich hat niemand Levy darauf hingewiesen, dass der in der Schweiz «Stadtpräsident» oder «Gemeindeammann» heisst. Man hätte dem Regisseur den brillanten Volksschauspieler und Autor Jörg Schneider als Berater zur Seite stellen sollen. Angesichts der schelmischen Art Levys sei die Vermutung gewagt: Die beiden hätten sich hervorragend verstanden. (rb)

Literatur

Die zwei Leben des Emil Ludwig

Er interviewte Mussolini, beriet Roosevelt, entwarf eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa, schrieb Bestseller. Trotzdem ging Emil Ludwig vergessen. Zu Unrecht. Von Dagmar Just

Er war der König der Biografen, doch eine Biografie über ihn gibt es nicht. In seinen Büchern hat er alles, was im Abendland Rang und Namen hat, porträtiert: von Jesus bis Roosevelt, von Cromwell und Cleopatra bis zum Mittelmeer und zum Nil. Sie verkauften sich weltweit 2,5 Millionen Mal und machten ihn reich und berühmt. Aber sein eigenes Leben ist, von den paar Fakten abgesehen, die in allen Lexika stehen, ein weisser Fleck.

Emil Ludwig starb 1948 in Ascona, wo er auch begraben ist. Sein Nachlass liegt in der Schweizerischen Nationalbibliothek: 21 Laufmeter Bücher, Auszeichnungen, Urkunden, Briefe, Schallplatten, Tonbänder, Filme. Aber wie er vom Musenjüngling zu dem «in der ganzen Welt gefeierten Historiker der Weimarer Republik» (Brecht) geworden ist und wieso man ihn später vergass, bleibt rätselhaft und unerklärt. Vielleicht verschwand er ja gar nicht zufällig aus dem öffentlichen Gedächtnis, und das Problem seiner Biografie ist, dass man sie doppelt erzählen muss – als Geschichte einer literarischen Rokeffeller-Karriere und als politische Tragödie.

Aufstieg

Er gehört zum gleichen Geburtsjahrgang 1881 wie Atatürk und Stefan Zweig. Seine Kindheit in einer Breslauer Akademikerfamilie, liberal und jüdisch, assimiliert, ist behütet. Mit achtzehn Jahren die ersten Veröffentlichungen. Trotzdem beendet er ein Jurastudium mit Promotion. Kurzer Ausflug in den Kohlehandel seines Onkels. Dann erste Liebe und Flucht in die Schweiz, nach Ascona, zu den Rebellen vom Monte Verità. Heirat, zwei Söhne, Familienleben. Prekäre Existenz als Schriftsteller. Enorme Produktivität: zwei bis drei Theaterstücke pro Jahr plus Essays plus Romane und Porträts. Der Fokus liegt schon da beim schweren Heldenfach: Napoleon, Bismarck, die Borgia. Er findet Mäzene und Freunde, knüpft Netzwerke. Im Ersten Weltkrieg Intermezzo als Korrespondent für die Wiener *Presse* und das Berliner *Tageblatt*. Dann beginnt sein Aufstieg. Mit «Goethe» – Geschichte eines Menschen in drei Bänden – seiner ersten grossen Psychografie. 1924/25 folgen «Napoleon» und «Wilhelm der Zweite». Beide werden Bestseller. Von da an geht es Schlag auf Schlag: Porträts von Shakespeare und Stanley, Schiller und Schliemann, Beethoven, Lenin, Rathenau: «Er müsste ein Rundschreiben an seine Kritiker schicken: <Entschuldigen Sie, dass ich so viel Erfolg habe>» (Tucholsky). Stattdessen legt er eine

Serie spektakulärer Interviews mit den VIPs der aktuellen Politik vor: Mustafa Atatürk (1930), Josef Stalin (1931), Benito Mussolini (1932), Thomas G. Masaryk (1936). 1932 wird er Schweizer Staatsbürger. So kann er im Mai 1933 die Berliner Bücherverbrennung, bei der man auch seine Werke ins Feuer wirft, aus sicherer Entfernung im Radio verfolgen.

1936 mischt er sich mit der Streitschrift «Mord in Davos» in den Prozess gegen den jüdischen Studenten David Frankfurter ein, der Hitlers Statthalter in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, erschoss, und fordert dessen Freispruch. Vier Jahre später entwirft er eine politische Utopie: eine Verfassung für die «Vereinigten Staaten von Europa». Dann emigriert auch er. Mit 59 Jahren Landung in Amerika. Fast alle Emigranten kämpfen dort ums Überleben, er muss seinen Erfolgskurs nur fortsetzen. Präsident Roosevelt installiert ihn als Sonderbeauftragten für deutsche Fragen. Die auflagenstärksten Tageszeitungen drucken seine Texte. Ebenso die Exilpresse.

Er reist mit Vorträgen durchs Land – fünfhundert in vier Jahren. Das Committee on Foreign Affairs lädt ihn als einzigen Intellektuellen des deutschsprachigen Exils ein, seine Ideen über «The German People» dem Kongress zu unterbreiten. Im Januar 1945 wird er von Roosevelt und Harry S. Truman persönlich mit der Mission beauftragt, im Tross der drei populären US-Generäle Patton, Clayton und Eisenhower nach Europa zu gehen und Amerikas Zeitungslesern von der Befreiung, speziell in Deutschland, zu berichten. Unterwegs entdeckt er noch die von den Nazis versteckten Särgen von Goethe und Schiller. Dann kehrt er in die Schweiz zurück, die ihm Heimat ist seit vierzig Jahren, in sein Haus bei Ascona, wo er Ehrenbürger ist. Dort schreibt er weiter, mischt sich ein, bringt fünf Bände gesammelte Werke heraus und stirbt. Ein Mann, der alles erreicht hat, nach einem erfüllten Leben, einer triumphalen Karriere als «deutscher Plutarch», Chronist seiner Zeit und Mitarchitekt des Nachkriegseuropas. Dies die Vogelperspektive der Fakten. Zoomt man sie heran, kippt das Bild jedoch ins Gegenteil.

Niedergang

Emil Ludwig brauchte nur fünf Werke, um alle für das Nachleben eines deutschen Kulturträgers wichtigen politischen und intellektuellen Lager sukzessive gegen sich aufzubringen. Zuerst verprellt er die Wagnerianer mit der



Deutscher Plutarch: Schriftsteller Ludwig mit Gattin Elga, 1948.

Schmähchrift «Richard Wagner oder Die Entzauberten», pünktlich zur Jahrhundertfeier 1913 veröffentlicht. Nach der Psychografie «Wilhelm der Zweite» von 1925 hassen ihn alle Monarchisten und sonstigen Antirepublikaner. Wie er darin den abgedankten deutschen Kaiser demontiert, wirkt derart provokativ, dass ihn dessen Generaloberst a.D. von Plessen öffent-

Er brauchte nur fünf Werke, um alle intellektuellen und politischen Lager gegen sich aufzubringen.

lich zum Duell fordert. 1929 landet er mit der Doku-Fiction «Juli 14» den nächsten Paukenschlag. Ein Politthriller der Extraklasse: «Den Söhnen zur Warnung». Einziges Thema: wie die politischen Eliten Europas gemeinsam den Ersten Weltkrieg verschuldet haben. Damit macht er sich alle Verkünder der Unschuldsthe-

se zum Feind, die Deutschnationalen im eigenen Land und die Alliierten der Entente.

Zu ihren Hasstiraden gesellt sich eine von führenden deutschen Historikern vom Zaun gebrochene Kampagne gegen seine Art «populärer Geschichtsschreibung». Da tritt er mit seinem Mussolini-Interview schon den nächsten zwei Fraktionen, Kommunisten und Nationalsozialisten, auf die Füße: «dieser humanisierte Diktator» (*Weltbühne*) – «ist nicht unser Duce» (*Völkischer Beobachter*). Vier Skandale in zwanzig Jahren – das ist in der skandalgeschüttelten Weimarer Republik nicht wenig. Zunächst profitiert er auch davon – mit astronomischen Auflagen seiner Bücher von bis zu 200 000 Exemplaren. Die Zäsur ist der 6. Juli 1942. Denn nach den an diesem Tag in der *New York Times* veröffentlichten Auszügen aus seiner im «Biltmore Hotel» von Los Angeles gehaltenen Rede ändert sich alles. Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels notiert

dazu bereits am 7. Juli in sein Tagebuch: «Der Jude Emil Ludwig-Cohn meldet sich zu Wort. Er plädiert sozusagen für eine Ausrottung des deutschen Volkes. Solche Stimmen können wir gut gebrauchen. Sowohl in Bezug auf die Fortsetzung des Krieges als [...] auf die Verstärkung der antisemitischen Stimmung im Reich.» Der Schlüsselsatz der Rede: «Germany is Hitler and Hitler is Germany.» Er kostet Emil Ludwig das deutsche Publikum und

Nach dem Krieg erscheinen seine Artikel und Bücher zwar wieder auf Deutsch, aber in der Schweiz.

führt zum Bruch mit den tonangebenden deutschen Exilanten. Davon erholt er sich nie mehr. Als der Krieg zu Ende ist, erscheinen seine Artikel und Bücher zwar wieder auf Deutsch, aber in der Schweiz. In Deutschland nimmt man ihn nicht mehr zur Kenntnis oder reagiert offen feindselig. Einflussreiche Fürsprecher findet er nicht. Sein letztes Buch, «Othello», erscheint auf Englisch. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Am 17. September 1948 stirbt er einsam und verbittert.

Goldader

Gut sechzig Jahre später scheint er völlig perdu: zu viel Pomp und Pathos, Held und Vaterland; alte Geschichte mit alten Männern, Welt von gestern, zu fern und zu kompliziert. Entsprechend kommt er weder in den Medien noch an den Universitäten, im Buchhandel oder bei Konferenzen vor. Das mag nachvollziehbar sein, soweit es seine literarische Produktion betrifft, die Dramen, Gedichte, Romane, Gelegenheitstexte. Aber dass damit auch der einflussreichste politische Schriftsteller der Deutschen im 20. Jahrhundert aus dem kollektiven Bewusstsein verschwunden ist, der wirkungsmächtigste Biograf der zwei heikelsten Abschnitte ihrer Geschichte, ein jüdischer Autor und Opfer der Bücherverbrennung noch dazu – das ist brisant, um nicht zu sagen: skandalös.

Erst in jüngster Zeit taucht sein Name hier und da wieder auf: in einem Sammelband mit Europa-Utopien, einer Kritik über den aktuellen Bestseller zum Ersten Weltkrieg, Christopher Clarks «Schlafwandler». Das könnte signalisieren, dass er für diese Partisanen des Kulturbetriebs ein interessanter Steinbruch oder gar eine Goldader ist. Auch darum sollten drei seiner grossen Skandalwerke für alle zugänglich neu aufgelegt werden: «Wilhelm der Zweite», «Juli 14» und «Mord in Davos». Nicht nur, weil es grossartige Zeitdokumente sind, gut recherchiert und spannend präsentiert. Vor allem demonstrieren sie exemplarisch, wie frei es sich auf politisch vermintem Gelände denken lässt und wie produktiv politisch inkorrektes Denken damals wie heute ist. Was kann gute Literatur mehr? ○

Top 10

Knorr's Liste

1	Birdman	★★★★★
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
2	Whiplash	★★★★☆
	Regie: Damien Chazelle	
3	Dora oder Die sexuellen...	★★★★☆
	Regie: Stina Werenfels	
4	Selma	★★★★☆
	Regie: Ava DuVernay	
5	The Imitation Game	★★★★☆
	Regie: Morten Tyldum	
6	Wild Tales	★★★★☆
	Regie: Damián Szifrón	
7	Baymax	★★★★☆
	Regie: Don Hall / Chris Williams	
8	Wild	★★★★☆
	Regie: Jean-Marc Vallée	
9	Jupiter Ascending	☆☆☆☆☆
	Regie: Andy Wachowski, Lana Wachowski	
10	Fifty Shades of Grey	☆☆☆☆☆
	Regie: Sam Taylor-Johnson	

Kinozuschauer

1 (1)	Fifty Shades of Grey	51 024
	Regie: Sam Taylor-Johnson	
2 (-)	Traumfrauen	18 212
	Regie: Anika Decker	
3 (2)	Honig im Kopf	16 969
	Regie: Til Schweiger	
4 (4)	The Spongebob Movie (3-D)	13 063
	Regie: Paul Tibbitt	
5 (3)	John Wick	10 845
	Regie: David Leitch, Chad Stahelski	
6 (5)	The Imitation Game	7 028
	Regie: Morten Tyldum	
7 (-)	Into the Woods	5 468
	Regie: Rob Marshall	
8 (-)	Whiplash	5 082
	Regie: Damien Chazelle	
9 (7)	Usfahrt Oerlike	5 043
	Regie: Paul Riniker	
10 (6)	Jupiter Ascending (3-D)	4 731
	Regie: Andy Wachowski, Lana Wachowski	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Dracula Untold (Universal)
2 (1)	Maze Runner (Fox)
3 (3)	Lucy (Universal)
4 (2)	Sin City 2 (Impuls)
5 (4)	Gone Girl (Fox)
6 (5)	Madame Mallory ... (Rainbow)
7 (9)	Monsieur Claude... (TBA)
8 (8)	Guardians of the Galaxy (Disney)
9 (7)	Sex Tape (Sony)
10 (-)	Predestination (Rainbow)

Quelle: Media Control



Informativer Spass: «Red Army».

Kino

Krieg auf dem Eis

Der Dok-Film «Red Army» erzählt furios die Geschichte der sowjetischen Eishockey-Nationalmannschaft. *Von Wolfram Knorr*

Kaum zu glauben, aber wahr. Ausgerechnet Muskelbrocken von Mannsbildern haben sich von der filigranen Bewegungskunst der Tänzer des Bolschoi-Balletts inspirieren lassen und von den vertrackten Zügen der Schachspieler: die Akteure des russischen Eishockeys. Tatsächlich gelang es der Nationalmannschaft mit Grandeza und verwirrenden Spielzügen, alle Gegner über lange Zeit zu überrumpeln und zu besiegen – vor allem die hochbezahlten Profis aus Kanada und den USA. Gegen die elegant unberechenbare Russen-Kurverei auf dem Eis hatten die ruppigen Westler kein richtiges Konzept. Unversehens wurden die Duelle zu ideologischen Schlachten der Machtblöcke während des Kalten Kriegs. Es war, wie einer sagt, immer auch ein wenig Krieg auf dem Eis.

Putins Sportminister

Von dieser irren Zeit, in der Sport immer auch Politik und Weltanschauungs-Show war, erzählt der temperamentgeladene Dokumentarfilm «Red Army – Legenden auf dem Eis» von Gabe Polsky. Der Spross russischer Einwanderer, der schon als Knabe ein glühender Fan der sowjetischen Nationalmannschaft war, tauchte tief in die Vergangenheit, um herauszufinden, was die russischen Spieler eigentlich antrieb; Geld war es jedenfalls nicht und ideologische Indoktrination wohl auch nicht. Eishockey war vor allem der beliebteste Sport, auf Spielplät-

zen, in Schulen, bei der Armee. Im Jahre 1980, nur wenige Monate nach dem Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan, verlor in Lake Placid die Mannschaft der UdSSR gegen US-College-Spieler. Das war so erniedrigend, dass darauf eisenhartes Training folgte. Die Mannschaft fühlte sich über Monate wie zur Zwangsarbeit verdonnert. Aber so entstand eben ein zusammengeschweisstes Team, das über Jahre die Wettkämpfe dominierte. Bald kristallisierten sich fünf Spieler heraus, deren Zusammenspiel die Spielverläufe beherrschte. Ex-Verteidiger Wjatscheslaw Fetissow steht Polsky Rede und Antwort und lässt den Hockey-begeisterten Reporter auch schon mal auflaufen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde es für den hochsubventionierten Sport immer problematischer: Das Geld ging aus, schon wurden die Spieler begehrte Objekte der amerikanischen Liga NHL, und der Sowjetstaat hatte nichts dagegen: Der Wechsel versprach Geld. Doch für Fetissow und Co. war es nicht leicht, das Land zu verlassen. Ausserdem wurden sie in der NHL alles andere als euphorisch empfangen. Es ist grotesk, dass die Russen erst von den Amis hymnisch gefeiert wurden, als Fetissow und seine Kollegen im Team spielten. In dieser Phase entstand der Begriff von der «Red Army». 1997 gewannen die Detroit Red Wings mit den fünf Russen den Titel und wurden bejubelt.

Putin konnte Fetissow als Sportminister für kurze Zeit zurücklocken. Der Film besticht durch seinen vitalen Elan, den Griff in den Fundus kurioser alter Dokumente und die aufschlussreiche Beziehung zwischen Sport und Politik. Wie Gabe Polsky immer wieder dieses Verhältnis in den Mittelpunkt stellt, ist ungemein kurzweilig. Nicht nur für Eishockeyfans ein informativer Spass. ★★★★★☆

Weitere Premieren

American Sniper — Ein ruchloser Killer hält San Francisco in Atem, und der zynische Bulle Harry Callahan jagt den Sniper und legt ihn um. Callahan war Clint Eastwood, besser bekannt als «Dirty Harry» (1971). Den Killer, der von Wolkenkratzern schoss, sollte Audie Murphy spielen, höchstdekoriertes Kriegsheld des Zweiten Weltkriegs und Westerndarsteller. Es kam nicht dazu: Murphy starb bei einem Flugzeugabsturz. Die Geschichte entbehrt nicht einer gewissen Ironie, denn über vierzig Jahre später widmet sich Clint Eastwood wieder einem Scharfschützen, der diesmal kein Verbrecher, sondern ein Kriegsheld ist. «American Sniper», nach der Biografie des erfolgreichsten Army-Scharfschützen im Irakkrieg, ist nicht nur Eastwoods kommerziell erfolgreichster Film, sondern auch sein umstrittenster. Sah er sich in der Rolle Callahans mit dem Vorwurf der Selbstjustiz konfrontiert, wird ihm nun als Re-



Umstrittener Held: «American Sniper».

gisseur hemmungsloser Patriotismus vorgeworfen. Chris Kyle behauptete stolz, im Irak 160 Feinde getötet zu haben. Er war ein Grossmaul, vielleicht auch nur, um seine seelischen Probleme zu kompensieren. Wie auch immer, Eastwood, der in der Vergangenheit Helden-skeptische Filme wie «Flags of Our Fathers» (2006) drehte, interessiert sich kaum für die Schattenseiten seines Helden (Bradley Cooper). Gleichwohl hat er die Heldensaga höchst raffiniert und packend umgesetzt. ★★★★★☆



Elegant und sicher: «Samba».

Samba — Omar Sy, seit «Intouchables» Frankreichs Publikumsliebling, spielt im neuen Film des Regieduos Eric Toledano und Olivier Nakache den Senegalesen Samba, der seit zehn Jahren illegal in Frankreich lebt, bei einem Onkel wohnt und als Tellerwäscher jobbt. Für eine feste Anstellung beantragt er ordentliche Papiere, landet in Abschiebehäft und wird von einer Hilfsorganisation betreut, für die Alice (Charlotte Gainsbourg) arbeitet, die Samba gegenüber Skepsis und Distanz aufzugeben beginnt. Um sich nicht zu wiederholen, hat das Regieduo einen ernsteren Stoff gewählt, ohne aber in sozialkritische Tristesse abzudriften. Elegant und sicher hält es die Balance zwischen Drama, Komödie und Melodram. Es gibt wunderbare Szenen aus der Behördenwelt. Andere, aus tristem Arbeitsalltag, wirken dagegen zu geschönt. Den Film trägt Omar Sy mit seiner lakonischen Präsenz. ★★★★★☆

Fragen Sie Knorr

Kürzlich habe ich den Schwarzweissfilm «Don Camillos Rückkehr» gesehen. Darin stand das ganze Dorf einschliesslich der Dorfkirche knietief im Wasser. Wie konnte man das damals ohne digitale Filmbearbeitung arrangieren? U. K., Gwatt



In der Po-Ebene, wo die Don-Camillo-und-Peppone-Filme spielen, genauer in Brescello, kommt es oft zu Überschwemmungen grossen Ausmasses. Katastrophen dieser Art sind dokumentiert. So gab es im Spätherbst des

Jahres 1951 starke Regenfälle, die am 14. November auf breiter Front die Dämme des Po brechen liessen. Ganze Ortschaften wurden dabei von der Umwelt abgeschnitten. Julien Duvivier (1896–1967), Regiealtmeister aus Frankreich, lehnte sich in den Fünfzigern dem Verismus an. Erste Szenen drehte er Ende 1951 während des Rückgangs des Wasserspiegels, weitere schnitt er später in die Filmhandlung hinein.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Die fliegenden Satansbraten

Von Peter Rüedi

Die Gruppe ist so schräg wie ihr Name. Sie heisst Hildegard lernt fliegen (wer ist Hildegard? Egal, Hauptsache, sie fliegt), und sie ist ein Sextett, bei dem der Berner Vokalakrobat Andreas Schaerer nur zögernd das Possessivpronomen braucht. Obwohl er der Frontmann, Komponist, Spiritus Rector und Einheizer der Band ist. Die hat so etwas wie ein Gesamtkunstwerk im Sinn, mal infernalisches, mal seren; so etwas wie luzide Anarchie. Schaerer ist also der Primus, will der aber durchaus unter Gleichen sein, in einem kollektiven Verband, der zwischen gefinkelt Auskomponiertem und tobender freier Improvisation das ganze Vokabular dessen sucht, was im weitesten Sinn Jazz meint. Das ist schon auf Tonträgern ein eminentes Natur-, nein: Kunstereignis, von grossem Überraschungs-, also Unterhaltungswert. Aber im Grunde ist die Feuerwerksmusik dieser sechs erleuchteten Satansbraten (neben Schaerer, der ein ganzes Orchester und sämtliche imaginären Wörterbücher von Laut bis Luise im Hals hat, sind das: Matthias Wenger auf Alt- und Sopran-sax, Benedikt Reising auf Alt-, Baritonsaxofon und Bassklarinetten, Andreas Tschopp auf Posaune und Tuba, Marco Müller am akustischen Bass und Christoph Steiner an Drums, Marimba und Schreibmaschine) auf die szenische Realisierung angewiesen. Ist doch Musik in ihrem «fernen Kern der Sache» (der Titel einer CD von Hildegard lernt fliegen), vor Erfindung der Tonaufzeichnung, immer leibhaftig und hier und jetzt gewesen. So vermittelt die DVD eines Konzerts im Deutschen Theater Göttingen nicht ein fakultatives Surplus, sondern eben den Kern der Sache. Sie ist das dem Live-Auftritt nächst adäquate Medium. Der ist überwältigend. Zunächst schon wegen Schaerers vitaler vokaler Artistik: seiner Lautgedichte, der phänomenalen Instrumentalduos mit Posunist Tschopp und Drummer Steiner bis zu Ausflügen ins Fach der Operettensoubrette. Aber dann auch dank der halsbrecherisch perfekten und dennoch lockeren Organisation der orchestralen Tutti. Klingt jetzt vielleicht ein bisschen nach humorigem Sauglattismus. Unterscheidet sich von dem aber durch sprühenden Witz, Intelligenz und Brillanz.



Andreas Schaerer's Hildegard lernt fliegen: Live in Göttingen. Enja Yellowbird DVD yeb-7750

Frisches Blut

Illustre Gästeliste des Zürcher Opernballs; Dreitagefest in Marrakesch. *Von Hildegard Schwaninger*



«Langweilig wird es sicher nicht»: Debütanten im Opernhaus, 2012.

Der Zürcher Opernball, 1997 erstmals durchgeführt, ist mittlerweile eines der etabliertesten Society-Events der Limmatstadt. «Die Dinerplätze sind ausverkauft, wir haben eine Warteliste», freut sich PR-Lady **Martina Baeriswyl**, die im Auftrag der Freunde des Zürcher Opernhauses und des Opernhauses den Ball organisiert. Tickets mit Diner kosten 950 Franken pro Person, eine Loge für sechs Personen kostet 8000 Franken, Flanirtickets für je 290 Franken (ein Glas Champagner inklusive) gibt es noch. Der Ball ist elegant, aber so streng wie in Wien, der einstigen Metropole eines Kaiserreichs, ist die Etikette noch nicht. Dort werden Damen, die nicht in grosser Ballrobe erscheinen, wieder nach Hause geschickt – zum Umziehen. Und für Männer gilt: Frack mit Orden. Die Smokings überlässt man den Kellnern. Als sie erstmals am Zürcher Opernball war, leistete sich ausgerechnet Boutiquen-Lady **Trudie Götz** den modischen Fauxpas und erschien im superkurzen Mini; am Wiener Opernball hätte man sie nicht eingelassen.

Das gesellschaftliche Highlight findet am 7. März statt. Traditionell kocht der Chef des «Baur au Lac» ein immer ähnliches Menü (Krabbensalat, Kalbsfilet mit Morcheln, Dessertvariationen). Der Auftritt der Debütantinnen und Debütanten, generalstabsmässig inszeniert von Tanzlehrerin **Marianne Kaiser**, ist einer der gewinnbringenden Höhepunkte des

Abends. Er bringt frisches Blut; Eltern bestaunen ihren Nachwuchs und werden vielleicht zu Opernpublikum. Die Philharmonia Zürich spielt unter dem Dirigenten **Alain Altinoglu** Jacques Offenbach und Johann Strauss. Es singen **Julie Fuchs** und **Anna Goryachova**. Balletteinlagen werden von den Startänzern **Felipe Portugal** und **Andrei Cozlac** choreografiert, unter anderen tanzen die Primaballerinas **Yen Han**, **Katja Wünsche**, **Viktorina Kapitonova**.

Intendant **Andreas Homoki** darf eine hochkarätige Gästeschar begrüssen: Finanz, Wirt-



Sängerin **Anna Goryachova**.

schaft, die Kader von Swiss Casinos (neuer Sponsor). **Prinzessin Carolina von Bourbon-Parma**, eine Cousine des niederländischen Königs Willem-Alexander, und ihr Mann, der Kleiderkönig

Albert Brenninkmeijer (C&A), stehen auf der Gästeliste. Die von Königin Elisabeth geadelte Operndiva **Dame Gwyneth Jones** (sie ist Waliserin) wird mit ihrem Mann, dem jungen Schweizer Dirigenten **Adrian Müller**, zum zweiten Mal am Zürcher Opernball sein, wie auch Schauspieler **Martina Gedeck** und Regisseur **Markus Imboden**. Aus der Sportwelt: die Ex-Skirennfahrer **Michael von Grüningen** und **Brigitte Oertli**. Schriftsteller **Adolf Muschg** gehört, mit seiner japanischen Frau, mittlerweile zum Inventar, wie auch Stadtpräsidentin **Corine Mauch** und Kunsthaus-Direktor **Christoph Becker**. Die einstige Party-Queen **Shawne Fielding** geht auch wieder mal unter die Leute, und – unvermeidlich – kommt auch das Ehepaar **Walter und Irina Beller**.

Seit letztem Jahr gibt es auf der Bühne eine Bar, was gut für die Stimmung ist. Dort singt nach Mitternacht die Popgruppe **Boney M**. Im Bernhard-Theater gibt es Samba und Salsa, Live-Musik und Latino-Shows, auf der Studio- bühne Disco. **Martina Baeriswyl**: «Programm ist genug. Langweilig wird es sicher nicht.»

Schon am Tag darauf, am Sonntagabend, gibt es auf der Bühne eine Welturaufführung: «Die rote Laterne» von **Christian Jost**, ein Auftragswerk des Opernhauses. Komponist **Jost** erholt sich zurzeit mit Freunden, darunter auch **Aviel Cahn**, Intendant der Vlaamse Opera in Antwerpen, beim Skifahren in Zermatt.



1001 Nacht: Chirurg **Leuzinger**, Gattin **Fatiha**.

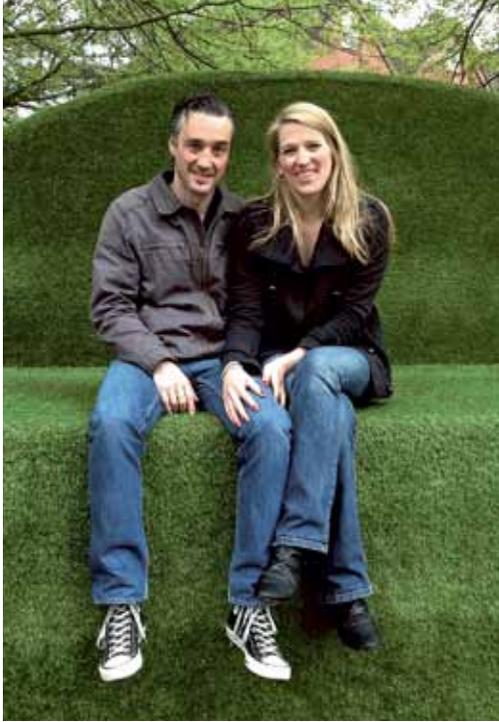
Seine Freunde dürfen sich auf 1001 Nacht freuen: **Jan Leuzinger**, Zürcher Schulterchirurg mit *moviestar looks*, wird fünfzig, und das wird im Mai mit einem Dreitagefest in Marrakesch gefeiert. Leuzingers Frau **Fatiha** ist aus Marokko. Unter den Gästen sind ein paar prominente Arztkollegen: die Chirurgen **Conradin von Albertini** (Spezialität: Fettabsaugen und Haartransplantation), **Thorsten Carstensen** (Viszeralchirurgie), **Christoph Wolfensberger** (Beauty) mit Ehefrau **Petra**, Radiologe **Dirk Tomala**, **Victor (Vicky) Hofmann** (innere Medizin) mit seiner blutjungen russischen Frau **Irina** sowie Pelzdesigner **André** und **Lisa Bisang**. Und **Blick**-Reporterin **Flavia Schlittler**.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Weil es uns gibt

Die Journalistin Mara Braun, 36, und der Schriftsteller Alexander Pfeiffer, 43, müssen nicht aus ihrem Buch zitieren, um Gründe zu nennen, warum man an die grosse Liebe glauben sollte.



Schöne Hände: Paar Pfeiffer-Braun.

Mara: Alex hat, noch vor unserer Zeit, ein Gedicht geschrieben, in dem eine Passage lautet: «Tisch, Stuhl, Bett / und zwei Kissen / und nur auf einem / der Abdruck eines Kopfs.» Als ich einmal morgens alleine in meinem Bett lag, in dem es bloss ein Kissen gab, fiel mir plötzlich diese Stelle ein. Sie hat in meinem Kopf gesummt wie ein Lied. Ich bin dann losgefahren, um ein zweites Kissen zu kaufen, für seinen Kopfabdruck: Ich wollte, dass er bleibt.

Alexander: Wir haben uns eigentlich zu spät kennengelernt – weil wir schon so lange im selben Umfeld unterwegs waren, ohne uns zu begegnen. Und wir haben uns dennoch zu früh kennengelernt – weil ich zu dem Zeitpunkt, als es passierte, noch nicht wieder bereit war für eine so grosse Liebe. Aufgefallen sind mir an ihr als Erstes ihre Hände. Ich hatte noch nie und habe nie mehr so schöne Hände gesehen. Das klingt vielleicht nach einem oberflächlichen Merkmal, aber an diesen Händen lässt sich ihre gesamte Persönlichkeit ablesen. Was ich, als ich sie das erste Mal gesehen habe, natürlich nur ahnen konnte, hat sich in der Zwischenzeit vollends bestätigt.

Mara: Mir sind zuerst seine Augen aufgefallen und dass ich ganz stark das Bedürfnis hat-

te, immerzu seinen Blick zu suchen, aber auch: in seinem Blickfeld zu sein. Daran hat sich bis heute nichts geändert, ihn anzuschauen oder von ihm angeschaut zu werden, hat eine Wirkung auf mein ganzes Wesen, eine eigene, intensive Kraft. Etwa sieben Wochen nach der ersten Begegnung bin ich mit Freunden in den Urlaub geflogen, das war schon lange gebucht. Da habe ich viel an ihn denken müssen und auch gemerkt: Ich möchte, dass es weitergeht mit uns beiden, wenn ich wieder zu Hause bin.

Alexander: Alles ging ziemlich schnell – und doch auch zögerlich. Als hätte der Verstand Probleme gehabt, dem Instinkt zu folgen. An ersten Schritten gab es viele. Sie hat mir mit den Augen gesagt, was ich wissen musste. Dann habe ich getan, worauf sie gewartet hat. Und so ging es weiter – Schritt für Schritt. Nach etwa drei Monaten war mir klar, was ich möchte, dass aus uns ein Paar wird. Ich konnte mir einfach nicht mehr vorstellen, ohne sie zu leben.

Mara: Man glaubt, die Liebe verstanden zu haben, dabei wissen wir nicht viel über dieses Gefühl: Es lässt sich nicht mit dem Verstand erfassen, und das ist vielleicht Teil der Magie. Die Gründe, um an die Liebe zu glauben, sind individuell – deswegen habe ich für mein Buch auch mit anderen Paaren darüber gesprochen. Der wichtigste Grund ist hoffentlich der eigene Partner. Bei vielen bleibt die grosse Liebe so lange theoretisch, bis sie mit einem anderen Menschen geteilt werden kann. Auch ich glaube daran, weil es uns gibt.

Alexander: Enttäuschung kann ein Grund sein, dass jemand nicht mehr an die grosse Liebe glauben kann. Eine grosse Liebe erlebt zu haben und akzeptieren zu müssen, dass sie zu Ende gegangen ist, weil ihre Grösse nicht gereicht hat, um alles andere zu überdauern, ist bitter. Was dagegen hilft? Sterben vielleicht. Oder besser: weitermachen.

Protokoll: Franziska K. Müller

Mara Braun: 111 Gründe, an die grosse Liebe zu glauben. Schwarzkopf & Schwarzkopf.

Eigengoalie

Von Andreas Thiel — Und jetzt auch noch der Pedro Lenz.

Journalist: Herr Thiel, Ihr alter Freund Pedro Lenz bezichtigt Sie im *Blick* der Brandstiftung und der Aufhetzung von Menschen. Glauben Sie jetzt dann bald selber daran, dass Sie einer dieser Hassprediger sind?



Thiel: Nachdem Roger Schawinski behauptete, ich als gelernter Bauzeichner könne die Bücher, die ich gelesen habe, gar nicht verstehen, könnte ich natürlich behaupten, Pedro als gelernter Maurer könne gar keine Bücher lesen. Aber das wäre vermessen, da Pedro selber Bücher schreibt und zudem nach der Lehre die Matura gemacht und studiert hat.

Journalist: Was hat er studiert?

Thiel: Bei seinen Aussagen im *Blick* offensichtlich nichts. Die Aufhetzung von Menschen ist eine Straftat. Aber die Unterstellung einer Straftat ist auch eine Straftat. Nach Schawinski, Notter und Frei wird jetzt also auch noch der Lenz straffällig. Da kritisiert man ein Buch, welches dazu aufruft, alle Juden zu verfolgen und zu töten, und das ganze linke Establishment läuft Amok. Ich frage mich langsam, wer alles ein Interesse daran hat, diese Aufforderung zur Verfolgung und Tötung von Juden zu leugnen oder zu verharmlosen.

Journalist: Sie haben gesagt, der Islam müsse reformiert werden. Viele finden das rassistisch.

Thiel: Das muss man doch sagen dürfen, dass eine Religion eine Reformation nötig habe. Es muss ja deswegen nicht jeder damit einverstanden sein. Die Katholiken glauben heute noch, dass die Reformation des Christentums gar nicht nötig gewesen sei.

Journalist: Diese Reformation ist ja nun auch schon 500 Jahre her.

Thiel: Da sehen Sie, wie weit der Weg der europäischen Muslime noch sein kann.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Glanz und Substanz

Von Peter Rüedi



Ich kenne Skeptiker, die sind grundsätzlich alarmiert, wenn ein Mann aus der Werbung sich plötzlich auf den Weinbau wirft. Oliviero Toscani (der Fotograf: Benetton!) ist so ein Fall. Seit ein paar Jahren produziert er auf seinem Gut in Casale Marittimo (Maremma) unter dem Label OT einen beachtlichen Roten. Keinen spektakulären. Hat er auch nicht im Sinn. Den Wechsel des Metiers versteht er als eine Rückkehr zu den Wurzeln, wenn sein internationaler Blend (Syrah, Cabernet Franc, Petit Verdot) sich auch in einer Preisklasse bewegt, die über den Möglichkeiten seiner lokalen Trattoria liegt. Ein anderes Beispiel ist der Werber Gavino Sanna, zu dessen Kunden unter anderem Barilla, Tuborg und Fiat gehörten. Eines Tages im Jahr 2006, so seine Legende, stand er vor dem morgendlichen Rasierspiegel und beschloss, seine Agentur zu verkaufen und in der südwestlichsten Ecke Sardinien Wein zu machen, in Sant'Anna Arresi (Sulcis Iglesiente). Der Auftritt seines Vermentino verrät denn auch, dass der bald 75-jährige sein altes Metier noch nicht ganz hinter sich gelassen hat. Der Wein heisst «Opale» und trägt eine Etikette von superlativischer Eleganz. Das wäre zweifelhaft, löste der Wein in der Flasche die Affiche nicht in jeder Hinsicht ein. Ich bin ein bekennender Vermentino-addict. Die hocharomatische weisse Spezialität Sardinien und der tyrrhenischen Küste hat ein so grosses Potenzial, dass ihr Reifeprozess scharf beobachtet respektive gebremst sein will. Sollen die Weine nicht zu üppig oder gar platt alkoholisch ausfallen, muss rechtzeitig gelesen werden. Es ist eine Gratwanderung zwischen reicher Aromatik und frischer Säure. Bei diesem 2012er «Opale» ist die Equilibristik perfekt gelungen. Er ist ein tiefer Weissler mit einer glitzernd strahlenden Oberfläche. Viel reife Frucht, gekochte Äpfel und ein dezenter Hauch von Jasmin in der Nase, etwas Vanille vom sparsamen Holz und eine Spur Caramel. Langer Abgang. Ein sehr harmonischer Wein, der auch etwas kräftigere Speisen erträgt. Und auf Werbung fast ganz verzichten kann. Er spricht für sich selbst.

Cantina Mesa: Opale Vermentino di Sardegna DOC.
13,5%. Hofer Weine. Fr. 22.–. www.hoferweine.ch

Letzte Chance

Der beste Koch Winterthurs hört auf. Deshalb sollte man das «Pearl» jetzt noch besuchen. Von David Schnapp



Kontraste in Texturen, Temperaturen und Geschmácken: Denis Ast, «Pearl», Winterthur.

Denis Ast ist ein besonnener, viel arbeitender Vierzigjähriger. Im Verlaufe der letzten sieben Jahre hat er das Restaurant «Pearl» im Winterthurer Stadthotel «Krone» vom Zustand einer Baustelle in jenen des besten Lokals *in town* überführt. Winterthur mag eine charmante sozialdemokratische Stadt sein, aber man besucht andere Orte, wenn man sehr gut essen will. Das «Pearl» ist – neben dem «Taggenberg» vielleicht – die löbliche Ausnahme. Ein Michelin-Stern und sechzehn Gault-Millau-Punkte sprechen für die Arbeit Asts. (Neben den eigenen Erfahrungen, die wir vor Ort gemacht haben – dazu aber gleich mehr.)

Taube und Kirsche

Die schlechte Nachricht: Denis Ast hört auf. Ende März schliesst das «Pearl». Wie es weitergeht, ist noch nicht ganz geklärt. Vermutlich wird das bisherige Bistro, das Küchenchef Ast auch noch betrieben hat, ausgebaut. Die gute Nachricht: Die Mitarbeiter am Hauptsitz der Tamedia AG in Zürich erhalten einen talentierten, sympathischen Leiter in ihrer «Werdino»-Kantine. Verwaltungsratspräsident Pietro Supino höchstselbst soll Denis Ast als neuen Chefkoch im Medienhaus ausgewählt haben.

Immerhin bleibt noch rund ein Monat, um das «Pearl» zu besuchen. Ast gehört zu den

Köchen, die gerne komplexe Spannungen auf einem Teller erzeugen. In Texturen, Temperaturen und Geschmácken wird mit Kontrasten gearbeitet, am weitesten geht bei unserem Besuch die Kombination aus zarter, warmer Taubenbrust, deren herbem, leicht metallischem Wildgeschmack ein kühles Kirschensorbet gegenübersteht. Was beim Lesen irritieren mag, erweist sich beim Essen als vergnügliche Kombination. Ast stellt nämlich auch noch etwas Schokolade dazu (bittersüss), eingelegte Kirschen (süsssauer), fermentierten Knoblauch (scharf würzig) und schliesslich als Texturkontrast Olivenölerde.

Natürlich geht nicht jeder Gang so weit. Bodenständiger, aber gleichwohl mit feinem Gespür fürs punktgenaue Abschmecken präsentiert sich der Hauptgang zum Thema Bierschwein. Kurz gebratenes Filet und tagelang geschmorter Haxe werden zusammen mit einem tollen Jus, würzigen Spitzkohlkompott und luftigen Brezelsoufflé kombiniert. Danach können wir mit Sicherheit sagen, dass die Schliessung des «Pearl» Winterthur kulinarisch hart treffen wird.

Restaurant Pearl

Marktgasse 49, 8400 Winterthur, Tel. 052 208 18 18
Sonntags und montags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Luxus mit Anschluss

Der Mercedes S500 ist eine Limousine mit Hybridantrieb und dem schönen Moment der Geräuschlosigkeit. *Von David Schnapp*

Wenn die schwere Tür des Mercedes S500 Plug-in Hybrid mit jenem typischen, schmatzenden Geräusch schliesst, das in der Automobilwelt die Oberklasse von allen unterlegenen Kategorien trennt, dann könnte man im Inneren des Wagens selbst eine Stecknadel hören, die auf die flauschigen Bodenteppiche fällt. Wir übertreiben hier etwas, um eine Besonderheit dieses Fahrzeugs zu veranschaulichen: In einer S-Klasse herrscht in Folge weitreichender akustischer Dämmungsmassnahmen absolute Ruhe. Selbst ein mit Martinshorn vorbeifahrender Feuerwehrkonvoi erscheint in

einer S-Klasse wie ein farbiger Stummfilm. Die Geräuschlosigkeit ist deshalb noch bedeutender geworden, weil das Mercedes-Flaggschiff jetzt mit einem neuen Antrieb erhältlich ist: eine Kombination aus Benzinmotor mit sechs Zylindern, drei Litern Hubraum und 333 PS sowie einem Elektroantrieb mit 116 PS und einer Lithium-Ionen-Batterie.

Vernetztes Denken

Etwa dreissig Kilometer weit reicht der Strom aus der Batterie, um die lange Limousine geräusch- und emissionslos voranzubringen, und wenn man das etwas zu sportlich aussehende kleine Leder-Holz-Lenkrad in den Händen hält und der Wagen gewissermassen davonschwebt, ist das ein sehr erhebendes Gefühl. Denn zum lautlosen Antrieb kommt ein Fahrwerk, das einen mit demonstrativer Mühelosigkeit und einer hochtechnisierten Sanftheit über jede Bodenwelle, jeden Kanaldeckel trägt, dass man lange suchen müsste, um etwas Vergleichbares zu finden. Nur noch Rolls-Royce bietet in seinen Fahrzeugen ein vergleichbares Erlebnis an.

Der alternative Antrieb steigert den Komfort noch, weil damit die entfernt wahrnehmbaren Vibrationen des Benzinmotors wegfallen und die lautlose Kraft des Elektromotors das Erlebnis eines Strassenraumgleiters ermöglicht.

Den Hybridantrieb hat Mercedes nicht erfunden, aber der Weltkonzern aus Stuttgart hat ihn wohl mit Hilfe des vernetzten Denkens, wenn man so will, auf eine neue Stufe gehoben. Das Auto ist nämlich in der Lage, verschiedenste Signale, etwa ein bremsendes Auto vor sich oder die GPS-Daten, in das Fahrverhalten einzubeziehen, um eine optimale Rückgewinnung der Bremsenergie zu ermöglichen oder die vorhandene Energie auf effiziente Weise einzusetzen. Das Navigationssystem weiss, wann Steigungen und Gefälle kommen, wann Tempo 80 erlaubt ist oder wann nur 50, und nutzt dieses Wissen, um möglichst viel Benzin zu sparen.

Zwei kleine Haken hat diese schöne Limousine: Die grosse Batterie nimmt im Kofferraum Platz weg. Und: Wer den Plug-in-Hybrid aufladen will, hält einen Campingstecker in der Hand, den man nicht in eine normale Steckdose stecken kann. Warum Mercedes nicht wie die Konkurrenz den Universalanschluss mitliefert, bleibt unbeantwortet. Wer über die Zukunft des Autofahrens so viel nachgedacht hat, kann nicht wollen, dass am Ende alles an einem unpassenden Stecker scheitert.

Mercedes S500 Plug-in Hybrid lang

Leistung: 333 + 116 PS, Hubraum: 2996 ccm
 Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
 Preis: Fr. 146 200.-; Testwagen: Fr. 199 395.-





«Ich glitzere»: Magier Marvey, 43.

MvH trifft

Peter «Marvey» Wollenmann

Von Mark van Huisseling — Wie wird ein Illusionist aus Feusisberg ein Star in Asien?

Wie sieht der Tag eines Magiers aus?» – «Absolut unterschiedlich, je nachdem, ob wir was vorbereiten, neue Illusionen zum Beispiel, oder Verhandlungen führen, Verträge anschauen. Während der Shows proben wir häufig, und am wildesten ist es immer davor – bis alles steht und läuft und eingespielt ist... Im Moment ist grad die Vorbereitungsphase für ein, zwei weitere Illusionen im Hinblick auf das 25-Jahr-Jubiläum, wir testen bereits im März im Magic House [sein Wohnhaus in Feusisberg, wo es im Untergeschoss eine Bühne und 99 Zuschauerplätze gibt]; es geht um einen fliegenden Teppich. Was keine neue Idee ist, aber live auf der Bühne hat man's doch noch nie gesehen, hähä.» – «Ich hab «Magier» gesagt, das ist falsch, Sie sind Illusionist, nicht wahr?» – «Es stimmt beides, Magier ist der Oberbegriff, Illusionist der Fachbegriff. In der Fachsprache sind Illusionen grössere Effekte, Kunststücke mit Personen, grossen Gegen-

ständen ... Das ist mein Spezialgebiet, neben der Manipulation, offiziell die Königssparte der Zauberei, da geht es nur um die Hände, ohne Hilfsmittel, so hab ich angefangen.» – «Magie gibt es ja nicht, oder?» – «Ich will mit meiner Kunst niemandem auf die Füsse treten. Aber die Frage ist: Wie wird man Zauberer? Ein Grund ist schon die Suche nach Phänomenen. Aber es ist Unterhaltung.»

Peter Marcel Wollenmann, Künstlername Peter Marvey, 43, ist ein Schweizer Zauberkünstler und Illusionist (Wikipedia), vermutlich der erfolgreichste Magier der Schweiz (MvH). Er trat etwa im «Caesars Palace» in Las Vegas auf, vergangenes Jahr hatte er ein mehrere Monate dauerndes Engagement in einem Resort in der Nähe von Kuala Lumpur in Malaysia. Ferner bekam er in der Branche wichtige Auszeichnungen, beispielsweise den «Baguette d'Or» an der Veranstaltung Monte-Carlo Magic Stars. Er lebt in Feusisberg zusammen mit sei-

ner Frau aus Puerto Rico, Vivi «Stärkste Frau der Welt» Vega; er habe ihr überirdische Kräfte verliehen, stand in der Medieninformation (was bestimmt auch interessant ist, wenn es um die Rollenverteilung in der Beziehung geht).

«Sie haben nie behauptet, Sie haben übersinnliche Kräfte, richtig?» – «Das hab ich nie behauptet, nein. Und würd' ich auch nie. Ich lass aber vieles offen. Ich bin sehr interessiert an all diesen Phänomenen, von Homöopathie bis Esoterik. Bei mir ist das [übersinnliche Kräfte] aber auch keine Frage, alles kommt sehr glitzernd daher, und es ist den meisten Leuten klar, dass ich unterhalte. Es ist Entertainment, soll Spass machen.» – «Sind Sie Autodidakt, oder kann man Zauberei irgendwo lernen?» – «Grundsätzlich gibt es keine Schule, definitiv keine, es gibt Kurse, da geht man zweimal in der Woche zwei Stunden hin. Ich war immer sehr interessiert, habe mir alle Live-Shows angeschaut, die erreichbar waren, ging an Zauberkongresse... Ich hab aber immer in meiner Karriere auch Leute gehabt, die mir geholfen und mich beeinflusst haben.» – «Siegfried und Roy vielleicht, optisch scheinen Sie mir ähnlich – sind das Vorbilder?» – «Sie sind gute Freunde, Vorbilder nicht; ich hab höchstens eines, das wäre der [Thomas Alva] Edison, der Erfinder. Wenn man die Kostüme vergleicht, komme ich viel schlichter daher, ich glitzere zwar gern, aber nicht in allen Momenten. Grundsätzlich will ich aber sicher eine Traumwelt zeigen, sonst geht es für mich nicht auf.»

«In Asien sind Sie ein Star, habe ich gelesen, *big in Japan*, Malaysia [Riesenplakate von ihm in einer Tokioter Einkaufsstrasse; 150 oder so Auftritte ausserhalb von Kuala Lumpur vor Tausenden von Zuschauern], weshalb eigentlich?» – «Ich bin ein Exot in Asien, ganz klar, andererseits bin ich auch ein Original; diese Kombination ist wohl der Grund. Wir freuen uns immer sehr, wenn eine Aktion in Asien startet und wir dort hingehen – aber in Zürich, zum Beispiel, läuft show- und anlassmässig sicher viel mehr als in Kuala Lumpur, sie haben diese Vergnügungsstadt [wo er auftrat] mit dem einzigen Casino, das in ganz Malaysia erlaubt ist.» – «Stört es Sie, dass Sie weit weg berühmter und erfolgreicher sind als zu Hause?» – «Mir ist es lieber so, als wenn ich der Lokalmatador in Zürich wär – und danach wär's fertig. Für mich war immer klar: Wenn ich auf die Bühne geh, dann ist das international.»

«Gibt es einen Trick, den Sie unbedingt noch vorführen möchten?» – «Ja, endlos viele Träume und Ideen. Im Moment der fliegende Teppich, aber der ist schon fast umgesetzt... Und viele, die ich nicht offenlegen kann – ich werde weltweit kopiert.»

Sein liebstes Restaurant: «Das «Dieci», ich geh mit der Vivi hin, wir bestellen immer das Gleiche: Salat mit Gambas und dann Pasta all'arrabbiata.»
«Dieci Ristorante», Fischmarktplatz 1, Rapperswil, Tel. 055 210 12 20

1		2		3		4	5			6	7	8		9
						10		11						
12	13		14							15				16
17						18								
	19													
						20			21	22				
23		24		25				26						
27						28					29	30		
31			32		33			34						
		35				36				37				
38										39				
		40						41						

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sie macht Hoffnung auf Ehrung

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Ein Telegramm passt da genauso gut. 6 Diese berühmten Terme mit heilender Wärme in bella Italia. 10 Machen vor allem Franzosen mit 1 waagrecht. 12 Maestro der Eleganz, ganz sicher eine lebende Legende. 15 Für Schlemmer und angehende Nerds: Liste mit Empfehlungen und Befehlen. 17 Die von Griechenland war Prinzessin von Griechenland und Dänemark. 18 Es ist die Kunst, Chancen aufzuspüren, sie zu entwickeln und davon zu profitieren. 19 Die Brücke über die Drina machte ihn weltberühmt. 20 Oft sein Schicksal: gelegt, gekocht, geköpft, gegessen. 23 Tinte, Tusche und Toner erinnern uns an sie. 26 Eine luftige Sache, doch so gelingt die klare Wende. 27 Elektromagnetisches Relais von geringer Ausdehnung. 28 Ohne Wasser und Schaum gelingt sie kaum. 31 Der Beruf passt zum jüngsten Schwingerkönig aller Zeiten. 34 Bibel-Test: Wer spricht im Buch Mose 22, 28 mit ihrem Reiter, als ihnen ein Engel entgegentritt? 35 Die Florentiner Patrizierfamilie konnte es gar nicht mit den Medici. 37 Einst wohl Reisfeld am Teich, heute Stadt bei Osaka. 38 Unklar, ob er mit 39 waagrecht gedealt hat. 39 In der Modebranche braucht man den Stoff höchstens hinter den Kulissen. 40 Diese Vögel sind wahrlich eine grosse Familie. 41 Das Schmuckstück bedeutet für manche Glück, für andere eher nicht.

Senkrecht — 1 Aus dem Liebling Gottes aus biblischer Zeit wurde ein Engländer. 2 Wo Solidarität etwas bewegte - hinter dem Vorhang. 3 Auch Spione mögen die Methode, mit Schallimpulsen viel zu entdecken. 4 Er hat keine Grille im Kopf, der dabei an ein niedliches Zuhause denkt. 5 Wohl provinziell, doch Mittelpunkt auf Sizilien. 6 Der schöne Wahn - Marcel kannte ihn. 7 Keine Halluzination, jener Käfer auf vier Rädern. 8 Sie stehen zur Wahl: Dorf bei der Reuss oder beim Biglenbach. 9 Man stelle sich vor, die Olga wird zum Mann - und dann? 11 Bin ich der Betrachter, ist sie mir sicher zugewandt. 13 Wer bei Montgomery an Georgia denkt, liegt falsch. 14 Der biblische Ort erinnert an die Hexe von dort. 16 Mit der Heirat geht diese Eigenschaft verloren. 21 Um es wirklich heiss zu machen, fehlt das Kernstück. 22 Eine göttliche Begleiterin Poseidons. 23 Der Ballaststoff eignet sich auch als Bindemittel. 24 Besatz: elegant und markant, von Uniformen bekannt. 25 Salopp gesagt: militärisch nicht ganz topp. 29 Grosser Wagen, darin auch Mizars Begleiter. 30 Don Giovanni Interpreten: nicht Bassi oder Pinza, aber ebenso berühmt. 32 Wer steht vor Getz und musiziert? 33 Luzifer habe sich eine rankende erschaffen, um einfacher in den Himmel zu gelangen. 36 Japanisch: gegenwärtiger Zeitpunkt als Einheit allen Seins.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 405

	F	L	U	G	G	A	S	T		G	M	A	N	
R	I	A		I	N	N	E	R	E	I	E	N		K
E	D	E	L	T	A	N	N	E		R	E	I	S	E
S	E	R		T	R	A	N	S	P	O	R	T	E	R
E		C	R	E	P	E		T			E	A	R	L
D	A	H	E	R		H	A	E	M	U	S		V	
A	L	E	C		T	E	R	R	A		A	M	O	S
	M		H	E	I	N	E		U	L	L	A		E
B	E	S	T	I	E		A	B	S	E	G	N	E	N
E	R	N	S	T	F	A	L	L		G	E	I	S	S
R	I	O		E			E	U	R	O		E	P	O
T	A	B	E	L	L	E		E		S	Y	R	E	R

Waagrecht — 1 FLUGGAST 8 GMAN (Mang - o) 11 RIA (umgekehrt: air, franz. f. Luft) 12 INNENREIEN 14 EDELTANNE 15 REISE 17 SER (Schweiz. Eisenbahn-Revue) 18 TRANSPORTER 19 CREPE (Suzette) 21 EARL 22 DAHER 24 HAEMUS (antiker Name f. Balkangebirge) 27 ALEC (brit. Schauspieler, 1914-2000; Filmtitel) 28 TERRA (lat. f. Land, Erde) 29 AMOS 32 HEINE 34 ULLA (Kurzform der genannten Vornamen) 36 BESTIE 38 ABSEGGEN 41 ERNSTFALL 42 GEISS 43 RIO (port. u. span. f. Fluss) 44 EURO 45 EPO 46 TABELLE 47 SYRER

Senkrecht — 1 FIDE (Abk. f. Weltschachverband, franz.) 2 LAERCHE 3 GITTER 4 GNARP (schwed. Ort, Prang = Tempelturm) 5 ANNAHEHEN 6 SENN 7 TRESTER 8 GIRO (it. f. Rundfahrt; Rebsorte von Sardinien) 9 MEERESALGE 10 ANITA (Fetz) 11 RESEDA (bot. Name für Wau) 13 KERL 16 SERVO 20 RECHTS 23 ALMERIA 25 AREALE 26 MAUS 28 TIEF 30 MANIER 31 SENSOR 33 EITEL 35 LEGOS 36 (Ro-/Hu-)BERT 37 SNOB 39 BLUE (engl. f. blau) 40 ESPE

Lösungswort — UNIVERSITAET

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

«Ich will die ganz grosse Show: HD-Fernsehen, 250 Sender und 7 Tage Replay.»

Für Ihre Wünsche gemacht – die individuellen Vivo-Pakete:
Swisscom TV 2.0 für Viel- bis Wenigseher, Internet und auf Wunsch mit oder ohne Festnetztelefonie.

Willkommen in der individuellsten Schweiz der Welt.

Vivo M

CHF **94.–** /Mt.*

Ohne Festnetz mit
NATEL® infinity M bis XL

Jetzt auch unter
swisscom.ch/berater

* Nettopreis bei Neubeschluss eines Vivo M-Paketes (ohne Festnetztelefonie) und dessen Kombination mit einem NATEL® infinity-Abo M (99.–/Mt.), L (129.–/Mt.) oder XL (169.–/Mt.). Mindestbezugsdauer aller Vivo-Pakete: 12 Mte. Mindestvertragsdauer eines NATEL® infinity-Abos: 24 Mte.

